Für Spaniens Freiheit! Reportage Teil 2

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 3 vom 20. Januar 1978 | 11. Jahrgang | 50 Pfennig

Große Empörung in Riederwald

Polizist erschiesst 24 jährigen Arbeiter!

Es ist Freitagabend, der 6. 1. '78, gegen 1 Uhr. In einer Wohnung im Frankfurter Stadtteil Riederwald setzen einige junge Leute ihre Feier fort, zu der sie sich am Abend in einer Kneipe getroffen hatten. Klaus Beinert kommt etwas später nach. Die Wohnung, in der die Freunde feiern, ist ein langer Schlauch. Die Freunde sind in einem der hinteren Zimmer und hören daher das Klingeln und Rufen Klaus Beinerts nicht. Aber ein anderer hört es. Ernst Eppstein, Kriminal-Hauptkommissar. Er kommt im Morgenmantel aus der Wohnung, seine Dienstpistole in der Hand. Fängt Streit an mit dem jungen Mann, droht ihm, ihn rauszuschmeißen. Es kommt zu einem Handgemenge. Ein Hausbewohner, der gerade nach Hause kommt, will vermitteln. Plötzlich sieht er die Waffe in der Hand des Polizisten. Der erste Schuß trifft ihn selbst. Streifschuß am Bauch. Er rennt zurück in seine Wohnung. Seine Frau ruft Notarzt und Polizei. Der Polizist Eppstein bleibt mit Klaus Beinert allein. Als seine Freunde ihn wenig später finden, liegt er mit einem Brustdurchschuß am Boden. Er lebt noch einige Minuten. Dann stirbt er nach einem Blutsturz.

Mord? Nein, für die Klassenjustiz und die Presse nicht. Nicht, wenn ein Polizist einen Arbeiter erschießt. Wie den Kraftfahrer und gelernten Mechaniker Klaus Beinert, 24 Jahre alt, verheiratet, ein Kind von vier Jahren, von seinen Freunden „Barney" genannt. Der Polizist Eppstein behauptete einfach: Notwehr im Handgemenge. Aber jetzt hat die Obduktion ergeben, daß der Schuß aus mindestens einem Meter Entfernung abgefeuert wurde. Also von Handgemenge keine Rede. **Gezielter Todesschuß.** Klaus Beinert hat sich mit der Schußwunde noch zu einem anderen Nachbarn geschleppt und um Hilfe geklingelt, während der Polizist mit der Pistole in der Hand herumgelaufen ist und geschrien hat: „Wo ist der Kerl?" — wohl, um ihm noch eine Kugel zu verpassen. Das paßt genau zu dem Charakter Eppsteins. Schon als Jugendlicher hat er sich um den Staat verdient gemacht. Als Fähnleinführer bei der Hitlerjugend. Später lange Jahre beim Staatsschutz, also politische Polizei. Und heute? Schon drei Tage nach dem Mord verkündet er in einer Kneipe: „Das war erst der Anfang. Ab jetzt wird in Riederwald erst richtig aufgeräumt."

Und die Behörden? Die Zeitungen melden: „Vorläufige Ermittlungen ergeben: Notwehr". „Kriminalbeamter wehrt sich mit Pistole gegen Schläger" ist die Überschrift der „Frankfurter Rundschau". Außerdem habe der Polizist eigentlich gar nicht geschossen: „Ein Schuß löste sich und traf..."

Klaus Beinert und seine Freunde werden als Schläger, Asoziale und Kriminelle verleumdet: In der Wohnung des Freundes sei Heroin gefunden worden, es hätten schon Haussuchungen stattgefunden. Diese „früheren Vorkommnisse", so der zuständige Oberstaatsanwalt, hätten es „angeraten sein lassen", daß der Polizist Eppstein die Pistole sofort mit auf den Hausflur nahm. Polizeilügen! Wie damals, als die Polizei den Landwirt Schlaudraff erschoß und hinterher log, er sei ein Viehdieb gewesen.

Aber diese Lügenkampagne verfängt in Riedenwald nicht, sie steigert nur die Empörung darüber, daß hier ein Polizist gleich seine Pistole parat hat und wegen ein bißchen Lärm im Treppenhaus sofort schießt. „Ist das bei uns schon normal?" fragen sich viele Riederwälder. Nach den gesetzlichen Bestimmungen ist es normal. Im Verlauf der Terroristenhetze wurde im letzten Sommer von der Bundesinnenministerkonferenz beschlossen, daß Polizisten ihre Dienstwaffen mit nach Hause nehmen dürfen, um sie „im Alarmfall zur Verfügung zu haben". Und das Töten von Menschen wird dabei bewußt in Kauf genommen. Staatssekretär Pulch vom hessischen Innenministerium: „Ich sehe keine Notwendigkeit, daran etwas zu ändern, selbst für den Fall, daß ein Beamter von seiner Waffe mal falsch Gebrauch macht."

Fortsetzung auf Seite 7



„Vorsicht Schußwaffen!" warnt das Plakat. Wie angebracht diese Warnung ist, zeigt das Photo! — Mit einer Million DM sollen Denunzianten geworben werden bei der Fahndung nach den angeblichen „Terroristen". Polizeistaatmethoden! Aber auch ein Eingeständnis der Polizei, wie wenig das Volk bei der Terroristenjagd hinter ihr steht.

Verhindert ein neues '33!

„Bonn nimmt Kurs auf den Faschismus! Verhindert ein neues '33!" heißt es im Aufruf des ZK der KPD/ML zum 30. Januar, dem 45. Jahrestag der Machtergreifung Hitlers. „30. Januar 1933", heißt es in einem Flugblatt der Partei, das gegenwärtig überall in der Bundesrepublik und in Westberlin verteilt wird, das bedeutete:

„Berufsverbote für Kommunisten und Sozialdemokraten, soweit sie nicht gleich für lange Jahre hinter Kerkermauern verschwanden. Gleichschaltung von Presse, Rundfunk und Film. Verordnungen wie: ‚Beschränkung der persönlichen Freiheit, des Rechts der freien Meinungsäußerung, einschließlich der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechts, Eingriffe in das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechgeheimnis, Anordnungen von Haussuchungen und von Beschlagnahmen...'

Und als am späten Abend des 27. Februar die Flammen über dem — von Handlangern der Hitler-Faschisten entzündeten — Reichstag aufloderten, senkte sich die Nacht des Faschismus über Deutschland. Der Reichstagsbrand — das war das Fanal des Terrors gegen alle Antifaschisten. Auf den Straßen, in den Wohnungen, in den Zuchthäusern erschlagene, zu Tode getrampelte, ‚auf der Flucht erschossene' Arbeiter und Angestellte. Und es nutzte dem ADGB, dem Vorläufer des heutigen DGB, nichts, daß er vor Hitler zu Kreuze kroch. Hunderttausende kamen für lange Jahre hinter Stacheldraht ins KZ, viele, die meisten kehrten nie mehr zurück.

‚Gebt mir zehn Jahre Zeit', hatte der Führer, der spätere GRÖFAZ (g.ößter Feldherr aller Zeiten) gebrüllt, ‚und Ihr werdet Deutschland nicht wiedererkennen.' Und er behielt recht. Als am 8. Mai 1945 die Waffen des zweiten Weltkrieges schwiegen, war Deutschland nicht wiederzuerkennen. 3,8 Millionen in den KZs ermordete, bei Luftangriffen von Bomben zerfetzte, erstickte, verbrannte deutsche Zivilisten, vier Millionen gefallene Soldaten, die Städte, Industriewerke, Fabriken, Werften in Schutt und Trümmern. Verzweiflung und Hunger. **Insgesamt hatte das, was da am 30. Januar 1933 begann, die Welt 55 Millionen Tote, 35 Millionen Verwundete und drei Millionen Vermißte gekostet.**

Aber auch die Kommunisten hatten Recht behalten, als sie zur Reichspräsidentenwahl im Frühjahr 1932 erklärten: Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler, wer Hitler wählt, wählt den Krieg! Sie hatten Recht, genauso wie wir Recht haben, wenn wir heute — 45 Jahre später — erklären: **Bonn nimmt Kurs auf ein neues 33!**

Aber heute ist doch alles ganz anders, könnte man einwenden: ‚Wir haben keine große Nazipartei wie vor 1933, keine SA und SS, auch die Kommunisten, die von der DKP, werden kaum verfolgt, und keinesfalls kann man die derzeitige Lage in der Bundesrepublik mit der von nach 1933 vergleichen.'

Das ist wahr. Wir haben keine faschistische Massenpartei wie die NSDAP vor 1933. Was wir haben, ist eine kleine neonazistische NPD und einige Dutzend kleinerer faschistischer Organisationen und Gruppen bis hin zu den paramilitärischen Verbänden eines Herrn Hoffmann. Doch auch ein Hitler hat einst mit sieben Mann begonnen.

Die Kapitalisten wissen jedoch, daß einer offen faschistischen Partei, sollte sie ihr Haupt erheben, der geballte Haß der Werktätigen entgegenschlagen würde. Zu tief sitzt die Erinnerung an die Jahre des Hitler-Faschismus. Das allerdings hindert sie nicht daran, in Büchern, Filmen und Illustrierten-Serien Nazi-Verbrecher und -zeiten zu verherrlichen, faschistische Massenmörder wie Kappler ‚heim ins Reich' zu holen. Das allerdings hindert ihre Polizei — wie vor 1933 — nicht daran, anläßlich neonazistischer Kundgebungen und Auf-

Fortsetzung auf Seite 9



Bundesarbeitsgericht sanktioniert Entlassungsterror

Bourgeoisie rüstet für Betriebsratswahl

„Wir leben in einer Demokratie" — so flöten die Kapitalisten und die Bonner Parteien bei jeder Gelegenheit. Wie verlogen diese Phrasen sind, darauf wirft ein Arbeitsgerichtsprozeß wieder einmal ein Schlaglicht, der vor kurzem vor dem Bundesarbeitsgericht seinen vorläufigen Abschluß fand. Es ging um die fristlose Entlassung des revolutionären Betriebsrats Bernd Woitalla durch die Bosse der Howaldts-Werft (HDW) in Kiel. Noch während des Wahlkampfes war Bernd im März 1975 als einer der vier Betriebsratskandidaten der „Roten Liste" fristlos entlassen worden.

Genauer gesagt war Bernd damals bei den Betriebsratswahlen gleich zweimal entlassen worden. Zuerst auf Verlangen des Betriebsrats, weil er auf einer Betriebsversammlung einen Bestechungsfall innerhalb der reak-

Fortsetzung auf Seite 5

AUS DEM INHALT

Eine Hand wäscht die andere

„Wie jedoch die Erfahrung zeigt, wird das Ganze ausgehen wie das Hornberger Schießen. Eine Hand wäscht schließlich die andere." So stand es im „Roten Morgen", als letztes Jahr in Bonn ein Untersuchungsausschuß gebildet wurde. Es ging um die Bestechungsgelder des amerikanischen Rüstungskonzerns Lockheed. Unter dem massiven Verdacht, die Hand ausgestreckt zu haben, stand der ehemalige Kriegsminister Strauß. Jetzt hat dieser Ausschuß sein Aktenstudium beendet und verkündet: Keine Beweise für eine Bestechung.

Während Strauß in der Pose des Saubermannes verkündete, er habe ja schon immer gesagt, das Ganze sei eine gezielte Rufmord-Kampagne gegen ihn, beeilte sich SPD-Führer Jahn zu erklären: „In der Sache selbst bleiben keine Fragen mehr offen." Keine Fragen? Vielleicht nicht für die Herren in Bonn. Aber sie sollen nicht glauben, daß sie mit einer einzigen Erklärung den notorischen Lügner Strauß in den Augen der Werktätigen reinwaschen können. Welche Akten haben denn die Herren überhaupt so lange studiert? Bekanntlich sind ja sämtliche Unterlagen über den Ankauf der Lockheed-Starfighter aus dem Bonner Kriegsministerium verschwunden. Sogar das Vertragsangebot ist seit 15 Jahren verschollen. Was ist schließlich mit der Aussage eines früheren Lockheed-Bosses, beim Ankauf des Starfighters seien zehn Millionen an Strauß überwiesen worden? Darauf gibt der Bericht keine Antwort.

Während der Untersuchung hat die CDU angedeutet, man müßte einmal die Geschäfte des Ex-Kriegsministers Schmidt mit dem amerikanischen Northrop-Konzern untersuchen. Die SPD hat heute „keine Fragen mehr" zur Lockheed-Affäre. Eine Hand wäscht eben die andere.

Eine Schmierenkomödie

Die Schmierenkomödie um die sogenannte Konzertierte Aktion geht weiter. Konzertierte Aktion, das ist nach dem Wortlaut des Stabilitätsgesetzes ein „gleichzeitig aufeinander abgestimmtes Verhalten der Gewerkschaften und Unternehmensverbände." In diesem Sinne, um aufeinander abgestimmt die Lohnraubpolitik gegen die Werktätigen zu planen, haben sich in der Vergangenheit die Spitzen der Kapitalistenverbände, des reaktionären Gewerkschaftsapparats und der Bonner Regierung zig Mal zusammengesetzt.

Dann hieß es im letzten Jahr: Vetter erklärt den Boykott der Konzertierten Aktion, solange nicht die Klage der Kapitalistenverbände gegen das neue Mitbestimmungsgesetz „vom Tisch" ist. Vor ein paar Wochen — obwohl das Gesetz nicht „vom Tisch" war — kam die Meldung: Vetter will zurück. In den Zentralen der Unternehmerverbände zeigt man sich erfreut. Zustimmung kommt auch aus Bonn.

Jetzt kam wieder Nachricht von Vetter: Er „glaubt nicht mehr" an die Konzertierte Aktion. Ein Sinneswandel? Im gleichen Atemzug sagt der DGB-Boß, er sehe schon die Möglichkeit eines Zusammentreffens mit den Vertretern der Kapitalistenverbände und der Regierung. Allerdings nicht in der „Konzertierten Aktion". Man nennt es jetzt „Orientierungsgespräch", wenn es um das aufeinander abgestimmte Verhalten geht. Und zum ersten Orientierungsgespräch werden sich die Herren noch in diesem Monat treffen.

Schamlos gelogen

Nach und nach kommt es ans Tageslicht: Sie stecken alle bis zum Hals im Sumpf des Poullain-Skandals, der Düsseldorfer Regierungschef Kühn und seine Minister. Eine runde Million hatte Poullain, der Chef der Westdeutschen Landesbank, von dem Spekulanten und Bankrotteur Schmidt dafür kassiert, daß er ihn aus der Kasse der Bank mit großzügigen Vermittlungshonoraren für Kredite bediente. Als Schmidts Firma pleite machte, Verluste in Höhe von 120 Millionen Mark entstanden, ermittelte die Staatsanwaltschaft unter anderem auch gegen Poullain wegen Bestechung.

Am 2. Dezember bekam dieser saubere Herr einen neuen Fünfjahresvertrag von der Landesregierung als Boß der Bank. Als jetzt der Skandal aufflog, stellten sich die Herren Minister dumm. Von den schmutzigen Geschäften Poullains hätten sie nichts gewußt, als sie seinen Vertrag verlängerten. Aber dann kam es heraus: Finanzminister Halstenberg wußte schon seit dem Oktober davon. Nebenbei hat er selbst sich auch durch Spekulationen mit staatlich finanzierten Wohnungen bereichert.

Aber nicht nur er, auch Justizminister Posser und Regierungschef Kühn haben schamlos gelogen: Sie wußten ebenfalls schon seit Monaten von den Machenschaften Poullains. Und am Beispiel Halstenberg ist ja auch schon deutlich geworden, warum diese sauberen SPD-Minister sich solche Mühe gaben, den Skandal um Poullain zu vertuschen: weil sie genauso in schmutzige Geschäfte verstrickt sind wie er.

Schmidt-Besuch in Rumänien

Menschenhandel und Großmachtpolitik

Rumänien hat, genauso wie andere osteuropäische Länder, längst den Kapitalismus restauriert. Dementsprechend betreibt Rumäniens Regierung eine Politik der Zusammenarbeit mit imperialistischen Mächten aller Art. Helmut Schmidt, als Vertreter des westdeutschen Imperialismus in Bukarest, schloß neben schönen Erklärungen über die „Belebung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit" einen Menschenhandel ab: Jährlich 11.000 Angehörige der deutschen nationalen Minderheit verkauft ihm Ceaucescu gegen harte Devisen.

Die Gier der rumänischen Revisionisten nach Krediten wußte Schmidt im Interesse der westdeutschen Monopole gut auszunutzen. Er will Rumänien eine Bürgschaft über 700 Millionen DM geben zur Aufnahme weiterer Kredite, damit es Investitionsgüterkäufe in der Bundesrepublik tätigen kann. Daß diese Gelder versklavende Kredite sind, mit denen die westdeutschen Imperialisten ihren Einfluß auf die rumänische Wirtschaft und die anderen Länder ausdehnen wollen, geht klar aus den Forderungen Schmidts hervor.

So haben die westdeutschen Imperialisten nach anfänglichem Jubel in letzter Zeit ihre Bereitschaft zu „wirtschaftlicher Hilfe" betont heruntergeschraubt. Sie ließen Bukarest wissen, daß weitere Hilfe von der Fähigkeit der rumänischen Wirtschaft abhängt, die Qualität der Waren und das „Marketing" zu verbessern, „sich elastischer auf die westeuropäischen Erfordernisse einzustellen". D. h. mit anderen Worten, daß die Ausbeutung in den Betrieben erhöht werden muß, damit die Wirtschaft für die deutschen Monopole interessant genug ist. Prompt hat Ceaucescu im Dezember letzten Jahres auf einem „kleinen" Parteitag eine Kampagne zur Verschärfung der Ausbeutung angekurbelt. Einen „revolutionären Qualitätssprung" nennt er das. „Unsere Fabriken sind keine Erholungssanatorien", mit diesen zynischen Worten peitscht er die rumänischen Werktätigen an.

Schmidt weiß das zu schätzen, der 700-Millionen-Kredit beweist das. Darüber hinaus hat er sein Interesse an Direktinvestitionen bekundet. Zu diesem Zweck wird — nach altem Vorbild — das Nationalitätenproblem geschickt ausgenutzt. Angeblich aus Sorge um das Schicksal der 3.400 Siebenbürgener Sachsen und Banater Schwaben betreibt Bonn seit Jahren eine Abwerbekampagne, worauf Ceaucescu mit harten Maßnahmen geantwortet hat. Zusätzlich zu seinem Kuhhandel mit Bukarest schlug Schmidt jetzt vor, ein gemeinsames deutsch-rumänisches Produktionszentrum in Temisvara zu errichten, wo die unterdrückte Minderheit dann als Arbeitskräftereservoir dienen soll. Gleichzeitig bedingt sich aber Bonn aus, daß eine arbeitsintensive Produktion aufgebaut und der Absatz im voraus gesichert wird. Man sieht, das Nationalitätenproblem macht sich bezahlt. Den westdeutschen Monopolen wird der Weg geebnet zur Ausbeutung rumänischer Arbeitskraft.

Einen weiteren Coup landete Schmidt, als er mit Ceaucescu vereinbarte, daß rumänische gemeinsam mit deutschen Unternehmungen Vorhaben auf dritten Märkten verwirklichen sollten. D. h. Rumänien soll in anderen Ländern sein Image als „unabhängiges Entwicklungsland" einsetzen, um dem deutschen Kapital Tür und Tor zu öffnen.

Man sieht, wer der Nutznießer dieses „Dialogs" ist. Der westdeutsche Imperialismus kommt deshalb zu seinem Ziel, weil er geschickt die Rivalität zwischen den beiden Supermächten in Europa ausnutzt. Die Völker Europas müssen nicht nur gegen die Supermächte, sondern auch gegen diesen gefährlichen Räuber auf der Hut sein.

Grußadresse zum 31. Gründungstag der VR-Albanien

Am 11. Januar feierte das albanische Volk den 31. Jahrestag der Gründung der Volksrepublik Albanien. Aus diesem Anlaß sandte das ZK der KPD/ML dem ZK der Partei der Arbeit Albaniens und der albanischen Staatsführung ein Grußtelegramm. Darin heißt es:

Zum 31. Gründungstag der Volksrepublik Albanien senden wir im Namen der deutschen Arbeiterklasse revolutionäre Kampfesgrüße.

Mit der Gründung der Volksrepublik Albanien wurde das albanische Volk zum ersten Mal in der Geschichte Herr seiner eigenen Geschicke. In den 31 Jahren, die seitdem vergangen sind, hat das albanische Volk unter der prinzipienfesten Führung durch die PAA, durch die ständige Festigung der Diktatur des Proletariats und die unaufhörliche Revolutionierung des gesellschaftlichen Lebens in allen Bereichen gigantische Erfolge erzielt. Das einst rückständigste Land Europas ist heute ein blühender sozialistischer Staat, der mit Riesenschritten beim sozialistischen Aufbau voranschreitet und die fortschrittlichste Verfassung der ganzen Welt besitzt. Als Leuchtfeuer des Sozialismus wird die SVR Albanien von den Proletariern und den Völkern der Welt geachtet und geliebt.

Dem albanischen Volk sind diese Erfolge nicht in den Schoß gefallen. Es hat sie im bewaffneten Befreiungskampf gegen den Imperialismus und die einheimischen Ausbeuter errungen und auch nach dem Sieg der Volksrevolution ständig gegen die Angriffe der Imperialisten, der Revisionisten und der Reaktion verteidigen müssen. Dieser Kampf, den das albanische Volk unter der Führung seiner Partei führte und führt, ist ein großes Vorbild für unser Volk und für alle Völker der Welt, die heute gegen die beiden Supermächte und alle Imperialisten, gegen Kapitalismus, Reaktion und Revisionismus, für die Freiheit, Revolution und Sozialismus kämpfen. Wir wünschen Euch weitere Siege in unserem gemeinsamen Kampf für den Triumph der Sache der Arbeiterklasse und des Kommunismus.

Offen gesagt ...

Ein zweifelhafter Senatsdirektor

Nur der Zufall verhinderte am 14. August 1975 in einer Hamburger Nachtbar ein Blutbad. An der Bar hatte plötzlich ein „elegant gekleideter Herr" zu randalieren begonnen. Dann zog er seine Pistole aus dem Halfter, lud durch und drückte auf den Geschäftsführer ab. Zum Glück hatte die Pistole eine Ladehemmung, der Schuß löste sich nicht, die Kugel blieb im Lauf stecken. Mit vereinten Kräften gelang es den Angestellten und Gästen der Bar, den gemeingefährlichen Randalierer zu entwaffnen und der herbeigeholten Polizei zu übergeben. Und siehe da, der „elegant gekleidete Herr" entpuppte sich als der Herr Dr. Pieper, Senatsdirektor der Freien und Hansestadt Hamburg, seines Zeichens verantwortlich für die Aufsicht über alle Hamburger Gefängnisse.

Wer nun allerdings glaubt, daß Pieper jetzt selbst „sitzt" und die Gelegenheit hat, die Zustände in den Hamburger Gefängnissen am eigenen Leib zu erfahren, der hat sich getäuscht. Die Milde der bundesdeutschen bürgerlichen Klassenjustiz für Polizisten und Beamte wie Pieper, die im Dienst oder privat in gemeingefährlicher Weise schießen und töten, ist ja schon sprichwörtlich. Das Urteil gegen Pieper: Ein Jahr Gefängnis mit Bewährung und 6.000 DM Geldstrafe wegen „fahrlässigen Vollrauschs". Das war Pieper aber noch zuviel, hätte er doch in diesem Fall seine Beamtenpension verloren. Er legte Berufung ein und fand erneut einen Richter, von dem selbst die „Hamburger Morgenpost" schrieb, er habe „viel Rücksicht" für Pieper bewiesen, um so weniger dafür aber für die Zeugen, die beinahe Opfer des schießwütigen Senatsdirektors geworden wären. Für den 6. Dezember war die erste Verhandlung angesetzt, aber man ließ die Sache in aller Ruhe angehen und vertagte sich auf den 12. Dezember. Beendet ist der Prozeß noch immer nicht, wohl aber wurde inzwischen der Richter „wegen Befangenheit" abgelehnt.

Ganz anders dagegen verfährt die bürgerliche Klassenjustiz mit anständigen, unbescholtenen Menschen, die im Verdacht stehen, Kommunisten oder Revolutionäre zu sein. In ihren Händen sind nach einem Gerichtsurteil schon Schuhe „gefährliche Waffen".

Der Verwaltungsgerichtshof des Landes Baden-Württemberg hat jetzt in einer Entscheidung einem Anhänger des KBW den Besitz und das Führen eines Kleinkalibergewehrs verboten, weil es „genügend Gründe" dafür gäbe, daß dieses Gewehr „mißbräuchlich" für den „bewaffneten Kampf" verwendet werden könnte.

Deutlich zeigt sich an diesen beiden Fällen:

Wer im Dienst des bürgerlichen Staates steht, sei es als Polizist oder als Senatsdirektor, kann sich nicht nur bis an die Zähne bewaffnen. Er kann von seinen Waffen nicht nur im Dienst, sondern auch in seiner „Freizeit" Gebrauch machen, ohne mit einer besonders harten Strafe zu rechnen.

Beantragt dagegen ein Werktätiger, der im Verdacht steht, Kommunist zu sein, auch nur die Führung eines Kleinkalibergewehrs, weil er Sportschütze ist, dann wird Alarm geschlagen, dann ist bereits die „freiheitlich-demokratische Grundordnung" in Gefahr.

P. S.: Zum Schluß noch eine Meldung der Presse vom 15. Januar: In einem Wiesbadener Lokal hat ein betrunkener Beamter des Bundeskriminalamtes plötzlich seine Pistole gezogen und den Geschäftsführer bedroht. Nur mit Mühe gelang es diesem, den Beamten zu entwaffnen.

Kurz berichtet

WÜRZBURG

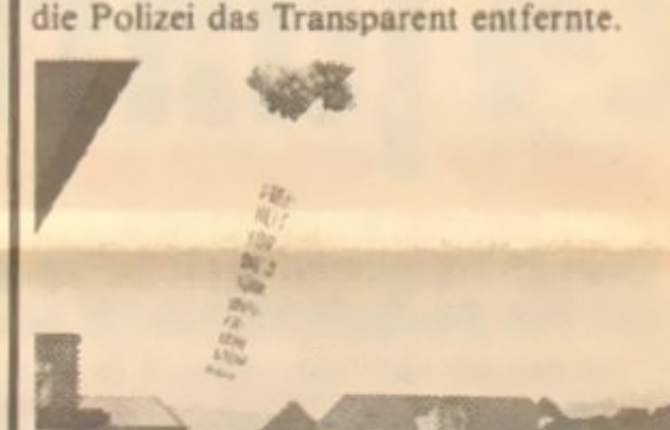
Am 14. Dezember machte der KSB/ML Würzburg eine Veranstaltung über Albanien. Die Genossen zeigten Dias und erzählten von der Reise, die einige Genossen im Sommer durch Albanien gemacht hatten. Zu der Veranstaltung kamen etwa 50 Personen, darunter viele, die bisher noch nicht auf einer Veranstaltung zu sehen waren. Die anschließende Diskussion machte deutlich, daß ein sehr großes Interesse an der Sozialistischen Volksrepublik Albanien besteht.

KÖLN

Am 18. Dezember lud die Rote Garde in Köln zu einem Liederabend ein. Die Kulturgruppe "Die Stechmücke" sang Lieder aus der Revolution von 1848. 60 Personen waren gekommen, mehr als die Hälfte davon unbekannte Gesichter. Mehrere waren auf ein Plakat hin gekommen, das die Rotgardisten auch in Schallplattenläden, Buchläden und Imbißstuben des Stadtteils ausgehängt hatten. Nach dem Liedervortrag sangen die Anwesenden noch gemeinsam Lieder. An diesem Abend wurden mehr als 20 Liederbücher über die 48er Revolution verkauft, dazu Rote-Garde-Zeitungen und Rote-Hilfe-Broschüren. Einige Anwesende luden „Die Stechmücke" ein, auch in einem Jugendzentrum und an der Fachhochschule aufzutreten.

STUTTGART

Am 14. Januar verteilten Stuttgarter Genossen der KPD/ML und der Roten Hilfe Deutschlands in der Innenstadt ein Flugblatt in deutscher und türkischer Sprache gegen die Inhaftierung der drei türkischen Antifaschisten. Dazu hängten sie ein Transparent mit der Aufschrift „Freiheit für die türkischen Antifaschisten" an Luftballons und ließen es mitten in der Stadt hochgehen. Über zwanzig Minuten lang konnte die Bevölkerung so weithin sichtbar die Forderung lesen, bis die Polizei das Transparent entfernte.



HANNOVER

Der KSB/ML verteilte vor kurzem ein Flugblatt, in dem er die „Deutsche Burschenschaft" als Hort der Reaktion entlarvte. Er deckte die verschiedenen Tricks auf, mit denen diese Reaktionäre die Studenten zu ködern versuchen: Freizeitvergnügen, billige Zimmer, gesicherter Arbeitsplatz durch Beziehungen. Der KSB/ML zeigte auf, daß diese Rattenfänger den Geist des Hitlerfaschismus propagieren und dabei vom Bonner Staat jede Unterstützung genießen, während die fortschrittlichen Studenten an den Hochschulen unterdrückt werden. Der KSB/ML rief deshalb die Studenten auf, am 30. Januar mit der KPD/ML gegen Reaktion und Faschismus zu demonstrieren.

BERICHTIGUNG

Die im letzten „Roten Morgen" in der Spalte „Kurz berichtet" erwähnte Silvesterveranstaltung war nicht in Rüsselsheim, wie wir irrtümlich schrieben, sondern in Wiesbaden.

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 — 463. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund. Druck: Alpha Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus nach Erhalt der Rechnung auf eines unserer o. a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Korrespondenz aus der DDR

Schindluder mit der Gesundheit der Werktätigen

Die Honecker und Co. protzen mit einem angeblich hochentwickelten Gesundheitswesen der DDR. Nichts läge Partei und Regierung mehr am Herzen, als die Gesundheit der Werktätigen. Nach ihren Sprüchen zu urteilen, wird keine Mühe gescheut, um auch die letzten „Schönheitsfehler" zu beseitigen, die es noch in „einigen wenigen" Krankenhäusern, Ambulatorien und Arztpraxen gibt. Damit dieses „edle Ziel" auch erreicht werden könne, müßten die Werktätigen mehr arbeiten und wachsende Arbeitshetze, höhere Normen usw. in Kauf nehmen.

Wie sieht es aber in Wirklichkeit aus? Die Tatsachen zeigen, daß die wohlklingenden Redensarten vom „hochentwickelten Gesundheitswesen zum Wohle der Werktätigen", von „großzügigen Maßnahmen" ein einziger Betrug sind.

Jeder Werktätige in der DDR weiß aus eigenem Erleben oder aus Erzählungen von Kollegen und Bekannten, wie es z. B. in den Krankenhäusern mit dem „Wohl des Menschen" wirklich bestellt ist. Auf den meisten Stationen gibt es viel zu wenig Schwestern. Wegen der Hungerlöhne im Gesundheitswesen wechseln viele von ihnen den Beruf, so daß immer weniger Schwestern die Station versorgen müssen. Mit ihrer „Lohnpolitik" haben es die Bonzen schon so weit gebracht, daß an Berliner Krankenhäusern Stationen geschlossen werden mußten, weil nicht genug Schwestern da sind. Solche Vorfälle werden natürlich streng geheimgehalten, aber wenn einmal ein längst fälliger Krankenhausneubau beginnt, prahlen die Herren mit ihren „großzügigen" sozialen Maßnahmen.

Auch im Krankenhaus muß für das gleiche Geld immer mehr gearbeitet werden. Wachsende Arbeitshetze, Streß, körperliche Überforderung kennzeichnen den Schichtdienst des medizinischen Personals. Nicht einmal geregelte Pausen gibt es. Ebenso mangelt es an Zimmern und Betten, so daß die Krankenhäuser oft völlig überfüllt sind. Immer wieder kommt es vor, daß schwerkranke Menschen auf den Fluren liegen müssen. Die technische Ausstattung und sonstige Einrichtungen sind z. T. völlig veraltet. Häufig fehlen einfache Hilfsmittel wie Desinfektionsmittel, Zellstoff u. a.

In anderen medizinischen Bereichen sieht es nicht besser aus. In den Arztpraxen, Ambulatorien usw. sind 80-100 Patienten am Tag pro Arzt keine Seltenheit. Daß dabei keine Zeit für gründliche Untersuchung und Behandlung bleibt, kann sich jeder selbst ausrechnen. Trotz großartiger Versprechungen gibt es viel zu wenig Zahnärzte, Augenärzte, Orthopäden usw. Diese sind oft völlig überlastet. So müssen viele wochenlange Anmeldezeiten in Kauf nehmen. Diese schlechten Bedingungen im Gesundheitswesen gefährden ernsthaft die Gesundheit der Werktätigen. Da werden z. B. in Krankenhäusern Methoden zur „Rationalisierung" eingeführt, bei denen der Patient, kaum hat er den OP-Saal verlassen, völlig sich selbst überlassen ist. Du erwachst in einem Ausnüchterungsraum aus der Narkose, findest eine Uhrzeit auf deinen Arm geschrieben, die dir sagt, wann du nach Hause gehen kannst. Ansonsten kümmert sich kein Mensch mehr um dich, ob du nun Schmerzen hast oder nicht.

Ehe man überhaupt in einem Krankenhaus aufgenommen wird, muß man schon halbtot sein. Den katastrophalen Bettenmangel vor Augen, schicken die Ärzte alles nach Hause, „was noch laufen kann". Das hat wiederholt zu ernsten Komplikationen geführt. Eine Rentnerin, die nach einem Verkehrsunfall auf diese Weise „abgefertigt" wurde, erlitt nach einigen Tagen einen Zusammenbruch und mußte dann für acht Wochen ins Krankenhaus. Genauso werden viele Patienten viel zu früh entlassen.

Durch den Mangel an medizinischem Personal sind viele Krankenhäuser darauf angewiesen, ungelernte Hilfskräfte anstelle von gelernten Pflegern einzusetzen. Es ist schon vorgekommen, daß nicht ausgebildete Kräfte zeitweilig ganz allein auf einer Station Dienst machen mußten. Für die Kranken wird gerade das Nötigste getan, manchmal nicht einmal dies. Wenn ein Pfleger 40 und mehr Patienten betreuen soll, ist natürlich an eine individuelle und freundliche Behandlung, Gespräche mit den Kranken, Erfüllung von besonderen Wünschen und eine ruhige Atmosphäre überhaupt nicht mehr zu denken.

Die Wiedereinführung des Kapitalismus in der DDR, die Verbreitung der bürgerlichen Ideologie des persönlichen Vorteils auf Kosten der Volksinteressen haben auch dazu geführt, daß sich viele Ärzte nur noch für ihre Karriere interessieren und sich um die Gesundheit ihrer Patienten wenig kümmern. Die schlechten Voraussetzungen im Gesundheitswesen führen zu Oberflächlichkeit, Pfuscherei und Desinteresse. Sicherlich gibt es in unserem Gesundheitswesen auch noch echte Errungenschaften wie kostenlose Medikamente und Behandlung. Aber diese stammen aus der Zeit, da die DDR noch sozialistisch war, aus den fünfziger Jahren. In der heute kapitalistischen DDR werden sie auf vielerlei Weise zunichte gemacht. Z. B. sehen sich immer mehr Patienten in Krankenhäusern gezwungen, sich nur etwas mehr Aufmerksamkeit oder eine halbwegs anständige Behandlung mit Geschenken oder Trinkgeldern zu sichern.

Wie in Westdeutschland gibt es auch in der DDR Spezialisten, die sich ihren Dienst am Menschen noch extra bezahlen lassen. Ein Teil der Kapazitäten verdient neben ihrem ohnehin märchenhaft hohen Gehalt an Privatpatienten, die sich die individuelle Behandlung durch Spezialisten etwas kosten lassen. Bei der Festlegung der Preise ist es diesen Herren völlig gleich, ob sie einen „Großverdiener" oder einen einfachen Werktätigen ausnehmen. So nutzen sie die schlechte Situation im Gesundheitswesen aus, um sich zu bereichern. Die Tatsachen zeigen deutlich: Die Reden über „Sorge um die Gesundheit der Werktätigen" sind pure Heuchelei. In Wahrheit kümmert die Bonzen die Gesundheit des Volkes einen Dreck. Es kommt ihnen nur darauf an, daß die Kranken recht schnell notdürftig „zusammengeflickt" werden, um sie wieder ausbeuten zu können.

Wie steht es aber mit der medizinischen Versorgung der Bonzen, Manager, Spitzenkünstler und ihrer Sippschaft? Für deren Gesundheit wird bestens gesorgt! So wie die Gesunden in Ausbeuter und Ausgebeutete getrennt sind, so gibt es auch bei den Kranken eine Klassenteilung! Die Privilegierten wissen ganz genau, wie miserabel die Verhältnisse in den Gesundheitseinrichtungen für das „gewöhnliche Volk" sind und haben sich deshalb ihre eigenen luxuriösen Kliniken bauen lassen, in denen jedes ihrer Wehwehchen auf's genaueste untersucht und behandelt wird. Für diesen Zweck ist dem Honeckerstaat keine Million zu schade, und die teuerste West-Ausstattung vom Farbfernsehen über modernste Spezialausrüstungen bis zum Volvo-Krankenwagen gerade gut genug. In solchen Krankenhäusern (z. B: Regierungskrankenhaus Berlin) wird man vergebens nach ungelerntem Personal suchen. Schwestern und Ärzte haben ausreichend Zeit, um sich um ihre „hochgestellten" Patienten zu kümmern. Die Bezahlung dieses medizinischen Personals liegt weit über dem Durchschnitt. Es gibt dort Zimmer mehr als genug, so daß im Bedarfsfall sogar die Angehörigen der Patienten im Krankenhaus wohnen, um in der Nähe ihrer „Lieben" zu sein... Der Gipfel ist, daß diese Krankenhäuser nicht nur den „vielstrapazierten" Bonzen und Chefs, sondern auch ihrem Familienanhang offenstehen. So werden z. B. auch Kinder von ZK-Mitgliedern, die vergleichsweise harmlose Krankheiten haben, in den Luxuskliniken behandelt.

Erst wenn wir in der sozialistischen Revolution die Schmarotzer, ob Honecker oder Schmidt, zum Teufel gejagt haben, wird es ein Gesundheitswesen geben, in dem die neuesten Errungenschaften von Wissenschaft und Technik auch wirklich der Masse des Volkes zugutekommen.

"Spiegel"-Manifest

Reklame für Bonner Revanchismus

Mittlerweile hat der „Spiegel" den zweiten Teil des Manifests eines angeblichen „Bundes Demokratischer Kommunisten Deutschlands" veröffentlicht. Damit verschärfte sich zwischen Bonn und Ostberlin der Propagandakrieg um die Autoren und Hintermänner dieses konterrevolutionären Machwerks. Aber gleichgültig in welcher Giftküche es zusammengebraut wurde, eins wird immer deutlicher: Die Machthaber im Westen wie im Osten benutzen es gleichermaßen für ihre reaktionäre volksfeindliche Politik.

Vorläufiger Höhepunkt des Propagandakriegs war die Schließung des Ostberliner „Spiegel"-Büros. Die Veröffentlichung des Manifests wurde hingestellt als ein geheimdienstliches, „entspannungsfeindliches" Manöver gegen die DDR. Aber was bezweckt die Honecker-Clique tatsächlich mit ihrer Propaganda-Offensive? Zum einen nutzt sie die reaktionären, prowestlichen Positionen, die offen antikommunistischen Ausfälle des Manifests dazu aus, Verwirrung in die Reihen der Arbeiterklasse zu tragen, um den Kampf der Werktätigen gegen die sozialfaschistische Diktatur zu diffamieren und ihn in die Nähe der revanchistischen Hetze des Manifestes zu rücken.

Zum anderen soll die dramatisch in Szene gesetzte Schließung des Spiegel-Büros klarstellen, daß die Herren in Ostberlin jede Kritik an ihrem Regime verfolgen. „Fortgesetzte und böswillige Verleumdung der DDR", das war ihre Begründung für die Ausweisung der „Spiegel"-Journalisten. Böswillige Verleumdung — so bezeichnen die Sozialfaschisten auch die zunehmende und immer offener geäußerte Kritik der Werktätigen der DDR an Ausbeutung und Unterdrükkung. Sie wollen jedem, der ihr Terrorregime bekämpft, den Stempel des Agenten der westdeutschen Imperialisten, des „entspannungsfeindlichen" Kriegstreibers aufdrücken.

Gegenüber dieser hektischen Propaganda-Kampagne des Honecker-Regimes geben sich die Herren in Bonn betont gelassen, sprechen sie gerade jetzt von der Notwendigkeit, besonders guter Beziehungen zu Ostberlin. Was aber heißt das etwa, wie es die GRF in einem neuen Jubelartikel zu dem konterevolutionären Manifest schreibt, daß die Bonner Regierung vor den Ostberliner Drohungen zu Kreuze kriecht? Im Gegenteil. Die Bonner Herren äußern sich lobend über den zweiten Teil dieses Manifests und bezeichnen ihn als glaubhaft. In Übereinstimmung übrigens mit der GRF selbst, die ganze Passagen kommentarlos in ihrer „Roten Fahne" abdruckte.

Sehen wir uns diesen zweiten Teil einmal an. Er beansprucht, eine grundlegende Kritik der Verhältnisse in der DDR zu geben. Demagogisch werden einige Erscheinungen herausgegriffen, die die berechtigte Empörung der Werktätigen hervorrufen: Schmarotzertum, die Aufblähung des Verwaltungsapparats, die Villen-Gettos der Bonzen usw. Aber nicht mit einem einzigen Wort wird erwähnt, daß in der DDR kapitalistische Produktionsverhältnisse herrschen. Neben den schon aus dem ersten Teil bekannten Haßtiraden gegen Stalin und die Diktatur des Proletariats wird ausdrücklich die unter Ulbricht betriebene Restauration des Kapitalismus als „positiver Ansatz" gewürdigt.

Die Giftmischer dieses Manifests kennen nur einen Grund für die elende Lage in der DDR: "Die Unfähigkeit des bürokratischen Apparats". Sie jammern darüber, daß „wirklich intellektuell leistungsfähige Spitzenfunktionäre" nie im „Zentrum der Macht" standen. Was wollen sie also? Den Austausch der einen Ausbeuterclique gegen die andere. Über die grundsätzliche Orientierung der Wirtschaftspolitik hatten sie sich ja schon im ersten Teil des Manifests ausgelassen: „Die BRD-Wirtschaft könnte für die nächsten zehn Jahre mit der Aufpäppelung des herabgewirtschafteten Entwicklungslandes DDR auf Hochtouren laufen."

Kein Wunder also, daß in Bonn der SPD-Deutschland-Experte Kreutzmann erklärte, man müsse sich jetzt mit dem Inhalt des Manifests auseinandersetzen. Kein Wunder, daß der „Spiegel" in diesem Machwerk Forderungen entdeckte, die „mit Grundsätzen und Zielen der SPD teilweise übereinstimmen." Warum finden denn die Bonner Herren, egal welche Version sie über die Autoren des Manifests verbreiten, seinen Inhalt so diskussionswürdig? Weil der Inhalt dieses Pamphlets nichts anderes ist als die Propagierung der Wiedervereinigung Deutschlands unter der Herrschaft des westdeutschen Monopolkapitals. Sie benutzen jetzt den Rummel um dieses Machwerk, um wieder einmal für ihre revanchistischen Pläne Stimmund zu machen.

Die GRF, für die diese revanchistische Propaganda das „historisch glänzende Aufwerfen der nationalen Frage" ist, versuchte jetzt noch einmal, ihre Komplizenschaft mit den Giftköchen des Manifests zu rechtfertigen: Diese Leute leugnen schlankweg den revanchistischen Charakter des Bonner Imperialismus und beteuern, weder im Osten noch im Westen würden es die Machthaber wagen, den „schlafenden Hund" der nationalen Frage zu wecken. Zur gleichen Zeit sprach Kohl in der Diskussion über das Manifest von einer „ostzonalen Regierung" und stellte damit offen die staatliche Existenz der DDR in Frage. Und von Wehner, den die GRF so gerne als Mustertyp des moskauhörigen Erfüllungspolitikers zitiert, stammt schließlich das Bekenntnis, er fühle sich als einer vom „Bauvolk des neuen vereinten Deutschland."

Schlafende Hunde? Niemals haben die westdeutschen Imperialisten — trotz aller Entspannungsdemagogie — ihren Anspruch auf dieses neue unter ihrer Herrschaft vereinte Deutschland aufgegeben. Mag die Gruppe Rote Fahne im Chor mit den Revanchisten heulen — die Arbeiterklasse, die Werktätigen in beiden Teilen Deutschlands werden unter der Führung unserer Partei ihren, den revolutionären Weg gehen, den Weg des Kampfes für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland.

Gierek plant

Preiserhöhungen in Polen

Der Chef der polnischen Revisionisten-Clique Edward Gierek hat Anfang Januar Preiserhöhungen für Lebensmittel angekündigt. Zweimal hat die polnische Regierung schon versucht, dies durchzusetzen. Sowohl im Mai 1970, wie auch im Juni 1976 kämpften die polnischen Arbeiter mit revolutionärem Mut gegen die Teuerungspläne. Gierek mußte zurückweichen. Er wagte nicht mehr, offen Preise zu erhöhen. Dieses Mal versucht er die Preiserhöhung schrittweise zu verkaufen, mit einer gleichzeitigen Anhebung der Mindestlöhne. Doch die polnischen Werktätigen werden auch diesen Angriff auf ihre Lebensbedingungen entschieden bekämpfen.

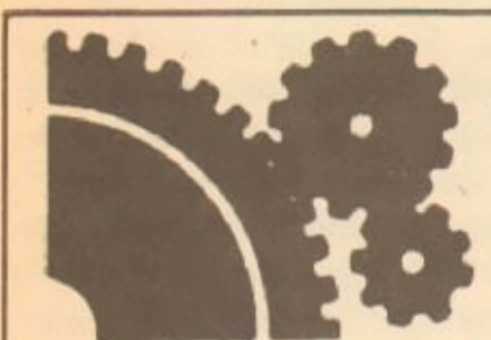
Die Preiserhöhungen für Grundnahrungsmittel sind ein deutliches Zeichen dafür, daß in den revisionistischen Ländern die sozialistische Planwirtschaft völlig liquidiert ist und die Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus wirken. Nicht nur in Polen, auch in den anderen Ländern des COMECON sind Preiserhöhungen an der Tagesordnung. So hat die ungarische Regierung in diesem Monat die Preise für Kaffee um 50%, für Kakao und Schokolade zwischen 30 und 33% erhöht. In Polen hat die Regierung bereits als erste Maßnahme eine Erhöhung der Preise für Fleisch, Geflügel und Fleischprodukte um 35% angekündigt.

Gierek begründet die Preiserhöhung mit den gleichen Argumenten, wie wir sie aus dem kapitalistischen Westen kennen: Die Produktionskosten seien gestiegen. Mit diesem Trick will er die schärfere Ausbeutung und Ausplünderung der Werktätigen rechtfertigen. Tatsache ist, seitdem in der Landwirtschaft wieder das Gesetz des Kapitalismus herrscht, sinkt die Produktion ständig. In den letzten vier Jahren sind die Schweinebestände um zwei Millionen zurückgegangen, die Rinderbestände ebenfalls.

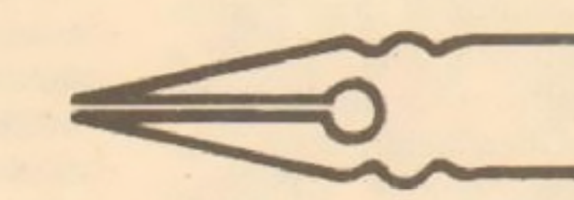
Die Krise Polens wird vor allem dadurch verschärft, daß Gierek das Land vollkommen an die russischen Sozialimperialisten und die westlichen Imperialisten verkauft hat. Schlachtvieh, Geflügel, Schinken werden zu einem großen Teil exportiert, um westliche Kredite zu bezahlen. Denn Polen hat 12,6 Milliarden Dollar Schulden im Westen. So arbeitet beispielsweise ein Fleischverarbeitungsbetrieb mit einer täglichen Kapazität von 26.000 Stück Schlachtvieh in Kolo zu 80% für den Export in die USA, um die notwendigen Devisen für die Bezahlung dieses Betriebes zu erhalten, den die Berliner Firma Consult errichtet hat.

Die polnischen Werktätigen werden die Abwälzung der kapitalistischen Krise auf ihren Rücken nicht kampflos hinnehmen. Gierek wird den revolutionären Kampfgeist der polnischen Arbeiter noch zu spüren bekommen.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen



Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26

„Wilder" Streik in zwei Glashütten

Seit langer Zeit sind Entlassungen und Stillegungen in der westdeutschen Glasindustrie gang und gäbe. Alte, meist kleinere Mundglashütten mußten den großen Konzernen, die vollautomatisch und rationeller produzieren, weichen oder sie wurden einfach geschluckt. In allen Teilen der Bundesrepublik sind hochqualifizierte Mundglasmacher arbeitslos.

Als Graf von Schaffgotsch die Cäcilienhütte (Glashütte) und die Josephinenhütte (Glasschleiferei) in Schwäbisch Gmünd an einen größeren Unternehmer „abgab", hofften viele Kollegen in beiden Hütten, ihre Arbeitsplätze würden sicherer werden. Aber diese Kollegen irrten. Sie wußten nicht, daß alle kapitalistischen Betriebe der Wolfsmoral des Kapitalismus unterliegen, die heißt: Profit, Profit.

Als die Geschäftsleitung bekanntgab, daß das Weihnachtsgeld (tarifliches 13. Monatsgehalt) nicht ausbezahlt werden soll, sondern in drei Monatsraten 1978, war das Faß zum Überlaufen voll. Die Kollegen der Josephinenhütte traten in den Streik. Zwei Tage später solidarisierten sich die Kollegen der Cäcilienhütte. Dann geschah das Ungeheuerliche: Auf einer Versammlung in der Werkskantine verkündete der Chef Seyfang, die Kollegen hätten innerhalb einer halben Stunde das Werksgelände zu verlassen, sonst würde die Polizei das erledigen.

Die Kollegen waren empört. Viele hätten sich das nicht so brutal vorgestellt. Aber es kam noch dicker: Am Montag darauf meldete Seyfang für beide Hütten Konkurs an. Mit der unverschämten Begründung, die Arbeiter hätten ihm das Weihnachtsgeschäft versaut; außerdem würden sie eh zuviel Ausschuß produzieren. Wie sollte es auch anders sein — „der Arbeiter ist eben an allem schuld". Und er ist vor allem in diesem System immer der Dumme, denn die Macht über die Maschinen und Menschen haben die Kapitalisten. So hätten sich die Kollegen Weihnachten 1977 sicher nicht vorgestellt: ohne Weihnachtsgeld und quasi auf der Straße — Prost Neujahr!

Jetzt sieht es so aus, daß die Cäcilienhütte ziemlich sicher stillgelegt wird; die Josephinenhütte darf bis 15. Januar weiterarbeiten — was dann kommt, steht in den Sternen. Die Mehrheit des Betriebsrats trat während des Kampfes zurück. Ein Kollege meinte: „Ach was, die haben doch Angst, sich für uns einzusetzen." Unterstützen wir den gerechten Kampf der Glasmacher und Glasschleifer gegen die Stillegungen!

Rot Front! Ein Genosse.

IGM-Bonzen testen die Stimmung

Liebe Genossen!

Vor kurzem waren wir auf einer Veranstaltung der IG Metall, wo es darum ging, die „Stimmung" der Kollegen zur Tarifrunde zu erfragen. Natürlich, die Forderung der IGM stand schon längst fest. Als der IGM-Bonze dann mit Verspätung kam, fing er dann auch gleich an zu stöhnen. Wieviel jetzt zu tun wäre und wie „hart" der Kampf dieses Jahr um jedes Prozent geführt werden müsse.

In der anschließenden Diskussion sagte dann ein ausländischer Kollege, er würde jetzt 17 Jahre in Deutschland arbeiten, aber noch nie hätte er erlebt, daß gestreikt würde und daß es endlich mal Zeit wäre, daß richtige Forderungen durch Streik durchgesetzt würden. Daraufhin wurde von einem Betriebsratsvorsitzenden gesagt, man müsse halt verstehen, daß unsere ausländischen Kollegen ein ganz anderes Temperament hätten und daß man den Streik wirklich nur als allerletzte Waffe benutzen dürfe, sonst würde die Waffe stumpf. Davon, daß eine Waffe, wenn man sie jahrelang in die Ecke stellt, verrottet, hatte er wohl noch nichts gehört.

Viele der anwesenden Kollegen traten für Forderungen in Mark und Pfennig ein. Sie wiesen die Prozentforderungen zurück, denn diese würden doch nur die Einkommensunterschiede zwischen den hohen und niedrigen Forderungen immer weiter vergrößern. Die Argumente des IGM-Bonzen waren, daß in Baden-Württemberg, wo letztes Jahr auch ein Sockelbetrag ausgehandelt wurde, dieses Jahr wieder Prozente ausgehandelt würden, das sollten sich die Kollegen doch mal überlegen. Das war alles, was er dazu sagen konnte, denn die gerechten Forderungen der Kollegen scheren diesen Herren doch einen Dreck.

Anschließend konnten wir uns mit dem ausländischen Kollegen über den Verlauf der Veranstaltung unterhalten. Der Kollege meint auch, daß das, was diese Herren da oben reden und das, was die Kollegen wollen, nichts miteinander zu tun hat.

Rot Front! Genossen aus Iserlohn.

Klöckner-Kollegen verurteilen 7%-Forderung

Liebe Genossen,

Kürzlich fand eine Vertrauensleute-Versammlung der Klöckner-Hütte statt. Der Tagesordnungspunkt Tarifrunde wurde kurz vor der Mittagspause im Eiltempo durchgezogen. Kein Wunder, denn Röpke — DKP-Betriebsrat und Mitglied der Tarifkommission — konnte die niederträchtige Forderung von 7% auch mit allen Tricks nicht aufpolieren. Um so mehr hob er die angebliche Opposition in der Tarifkommission hervor, die gegen die 7% gestimmt hat. Wo aber diese angebliche Opposition steht — auf Seiten des IGM-Apparats gegen die Arbeiter — das zeigte sich, als Kollegen folgende Resolution einbrachten:

„Wir verurteilen die Forderung der Tarifkommission von 7%, weil sie auf den von Unternehmern und Regierung beschlossenen Lohnraub von 4-5% hinausläuft. Wir verurteilen den Beschluß der Tarifkommission, das Abkommen über Schichtzuschläge nicht zu kündigen. Wir wehren uns entschieden gegen den Plan der Bundesregierung, die Schichtzuschläge zur Sozialversicherung heranzuziehen. Angesichts der Mehrwertsteuer-Erhöhung und der Preissteigerungen fordern wir weiterhin eine echte Lohnerhöhung und die Erhöhung der Schichtzuschläge ohne jegliche Abzüge. Statt nutzlose Verhandlungen mit den Unternehmern zu führen, sind wir dafür, Kampfmaßnahmen vorzubereiten."

Diese Resolution war von Kollegen aus mehreren Abteilungen beraten und unterstützt worden. In der Vertrauensleute-Vollversammlung wurde sie von der DKP- und SPD-Mehrheit niedergestimmt. Mehrere fortschrittliche Vertrauensleute waren darüber so sauer, daß sie sagten: „Was sollen wir eigentlich noch auf den Vertrauensleute-Versammlungen? Hier wird doch alles abgewürgt." Wir sprachen mit diesen Kollegen, um ihnen die Alternative zu erläutern: statt zu resignieren, die RGO aufbauen. Die RGO-Broschüre hatten wir ihnen schon vorher gegeben.

Rot Front!
Ein Genosse aus Bremen

Stahltarifrunde über Monate verschleppt

Kämpfen wir für echte Lohnerhöhungen!

Seit dem Auslaufen der alten Tarifverträge in der Eisen- und Stahlindustrie am 31. Oktober vergangenen Jahres sind nun bereits zweieinhalb Monate verstrichen. Und bis jetzt liegt noch nicht einmal ein Angebot der Stahlkapitalisten vor! Die Empörung in den Hüttenwerken über dieses unerhört provokative Verhalten der Konzernherren, aber auch über die schmutzige Unterstützung der Verschleppungstaktik durch den IGM-Apparat ist groß.

Jetzt ist allerdings auch Wachsamkeit geboten vor einem plötzlichen Überrumpelungsversuch der „Tarifpartner", den sie möglicherweise bereits hinter den Kulissen vereinbart haben, um den Stahlwerkern in einem Nacht- und Nebelabschluß einen üblen Lohnraub von vielleicht vier oder fünf Prozent aufzuzwingen. Denkbar ist auch, daß sie uns für die zwei oder drei Monate, die seit der Kündigung der Tarifverträge verstrichen sind, eine Lohnpause verordnen wollen.

Ohne Frage wären die Stahlwerker sofort bereit zu streiken, würde der IGM-Apparat dazu aufrufen und entsprechende Maßnahmen treffen. Aber machen wir uns nichts vor! Einen Streik zu verhindern, die Belegschaften zur Kapitulation, zur Hinnahme eines weiteren Abbaus ihrer Reallöhne zu drängen, das ist das einzige „Kampfziel", das sich der IGM-Apparat gesteckt hat. Sollte er doch noch zu einem Streik aufrufen, dann nur, wenn eine so starke Kampfbereitschaft in den Hüttenwerken besteht, daß die Gefahr eines sogenannten „wilden" Streiks droht. Die DGB-Bonzen denken nicht im Traum daran, die Milliarden, die sie aus unseren veruntreuten Mitgliedsbeiträgen zusammengehortet haben, in den Dienst des Kampfes der Arbeiter gegen Reallohnabbau und für echte Lohnerhöhung zu stellen. Vielmehr nutzen sie die enormen finanziellen Mittel und organisatorischen Möglichkeiten, über die sie verfügen, skrupellos aus, um die Kampffront der Arbeiterschaft zu zersetzen und den Angriffen ihrer Komplizen, der Kapitalisten, den Weg zu bahnen.

Zweieinhalb Monate nach dem Auslaufen der Tarifverträge warf der IGM-Apparat jetzt ein großaufgemachtes Flugblatt in die Hüttenbetriebe, in denen es wortradikal tönt: „Angebot muß auf den Tisch!" Aber damit können sie nicht übertünchen, daß sie unseren Kampf mit allen Mitteln sabotieren. Sie haben die Forderungen der Stahlarbeiter (z. B. 200 Mark mehr für alle, Kündigung der Schichtzuschläge) vom Tisch gefegt und diktatorisch die viel zu niedrige 7-Prozent-Forderung aufgestellt, von der überdies Loderer öffentlich erklärte, sie sei ja nur als „Einstieg" zu verstehen.

Aber der Widerstand unter den Stahlarbeitern gegen die Streikbruchpolitik des IGM-Apparates wird immer stärker. Beispielsweise brachten vor kurzem klassenkämpferische Vertrauensleute auf der Vertrauensleutevollversammlung der Klöckner-Hütte in Bremen eine Resolution ein, die die 7-Prozent-Forderung verurteilt und Kampfmaßnahmen zur Durchsetzung einer echten Lohnerhöhung fordert. Unter der Regie von DKP-Funktionären wurde diese Resolution abgeschmettert. In völligem Gegensatz dazu unterstützt die KPD/ML, die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse, rückhaltlos den Kampf für eine wirkliche Lohnerhöhung. Mit zahlreichen Flugblättern und Ausgaben ihrer Betriebszeitungen hat sie die Kampffront der Stahlwerker für echte Lohnerhöhung gestärkt und den Verrat des IGM-Apparates entlarvt.

Die KPD/ML zeigt den Kollegen auch, wie die Waffe geschmiedet werden muß, die uns die Kraft gibt, gegen die Streikbrecher des DGB-Apparats anzutreten und selbständig machtvolle Kämpfe gegen die Konzernherren zu führen: durch die Stärkung und den weiteren Aufbau der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO), die uns im unversöhnlichen Klassenkampf vereint und die Kapitalisten und den DGB-Apparat das Fürchten lehren wird. Kämpfen wir gegen den geplanten Lohnraub, für eine echte Lohnerhöhung! Stärken wir den Aufbau der RGO!

Menschenkontrollgeräte an Maschinen

Keine 'Programmschreiber' bei AEG!

Skrupellos nutzen die Kapitalisten die Existenz des Millionenheeres von Arbeitslosen aus, um in ihren Knochenmühlen immer mehr Leistung, immer mehr Profit aus den Arbeitern herauszupressen. Zu diesem Zweck lassen die Profithaie jetzt zunehmend Kontrollgeräte an den Maschinen anbringen, die in erster Linie der erbarmungslosen Steigerung der Arbeitshetze dienen.

Auch bei AEG, Zweigwerk Neumünster, sollen jetzt in verschiedenen Abteilungen die Maschinen mit solchen Geräten ausgestattet werden. Das Gerät wird als „Programmschreiber" bezeichnet und man kann es mit den Fahrtenschreibern vergleichen, wie sie bei Lastkraftwagen verwendet werden. Fahrtenschreiber laufen wie eine Uhr und zeichnen Fahrzeiten, Fahrtgeschwindigkeit, Verladezeiten, Pausen usw. auf eine Scheibe auf, die später abgelesen und kontrolliert wird.

Ähnlich ist auch die Funktion der Programmschreiber. Sie müssen von den Arbeitern, die an der Maschine arbeiten und die durch die Programmschreiber einer totalen Kontrolle unterworfen werden, selbst bedient werden. Das Gerät zeichnet alles mögliche auf: das Tempo, in dem die Maschine läuft, ob sie normal arbeitet, wie lange die Maschine eingerichtet wird, von wann bis wann ein Werkstück eingespannt wird, den Toilettengang des Arbeiters, den Kantinengang, eventuelle Rauchpausen, die Einhaltung der Pausenzeiten usw. usf. So können die Kapitalisten den Arbeiter bis ins letzte beobachten und kontrollieren, um ihn immer stärker und brutaler anzutreiben.

Ein ähnliches Gerät gibt es bei AEG Neumünster bereits seit einigen Jahren in der Kunstharzpresserei: den sogenannten „40-fach-Schreiber". Die Kollegen in dieser Abteilung wissen, wie unmenschlich solche Kontrollvorrichtungen sind. Sie vernichten den letzten Rest der Selbständigkeit des Arbeiters. Sie machen ihn zu einem vollständigen Anhängsel der Maschine. So erweist sich das Geschwätz von „Humanisierung der Arbeitswelt" als verlogene Phrase, mit der nur die kapitalistische Ausbeutung, die Lage des Arbeiters als Lohnsklave vertuscht werden soll.

Die Kollegen bei AEG werden diesen neuen Angriff der Kapitalisten nicht widerstandslos hinnehmen. Um den Widerstand gegen die Einführung der Programmschreiber zu stärken, hat „Der Rote Funke", die Betriebszeitung unserer Partei bei AEG Neumünster, ein Extrablatt herausgebracht. Unter der Parole „Keine Programmschreiber in der AEG!" wird darin die Unmenschlichkeit dieser Menschenkontrollanlagen angeprangert, und die Kollegen werden zum Kampf dagegen aufgerufen.

Boykottiert die Aufsichtsratswahlen!



Gegenwärtig führt unsere Partei an vielen Betrieben einen Kampf gegen den Mitbestimmungsbetrug. Im Gefolge des Gesetzes zur „erweiterten Mitbestimmung" finden in diesen Monaten in vielen Mittel- und Großbetrieben die Aufsichtsratswahlen statt. Die Belegschaften sollen die sogenannten „Arbeitnehmervertreter" in die Aufsichtsräte wählen, die dann für fette Tantiemen darüber mitbestimmen, wie die Ausbeutung im Betrieb verschärft wird, damit die Profite der Kapitalisten weiter steigen. Es gibt nur eine Partei, die einen kompromißlosen Kampf zur Entlarvung des Mitbestimmungsbetruges führt, das ist die KPD/ML. In allen Betrieben, in denen Aufsichtsratswahlen durchgeführt werden und in denen Betriebszellen der Partei kämpfen, ruft die Partei mit ihren Betriebszeitungen zum Wahlboykott auf.

Für die DGB-Bonzen, die sich mit Hilfe der Wahlordnung und der gegebenen Machtverhältnisse den weitaus größten Teil der Aufsichtsratssessel unter den Nagel reißen, bringt die erweiterte Mitbestimmung eine massive Stärkung ihrer wirtschaftlichen und politischen Machtstellung. Den Arbeitern und unteren Angestellten versucht man weiszumachen, sie würden durch die Mitbestimmung zu (fast) gleichberechtigten „Sozialpartnern" der Kapitalisten. Aber die weitere Verschärfung der unmenschlichen Ausbeutung in den Betrieben, der zunehmende Rationalisierungsterror und die Entlassungsfeldzüge der Unternehmer entlarven die totale Verlogenheit dieser Propaganda. Die meisten Kollegen spüren den arbeiterfeindlichen Charakter der Mitbestimmung. So ist die Wahlbeteiligung in der Regel sehr niedrig, oft liegt sie unter 50 Prozent. Bezeichnend ist, daß alle bürgerlichen Parteien den Mitbestimmungsbetrug unterstützen, einschließlich der revisionistischen DKP. Gierig strebt die DKP danach, selbst einige Aufsichtsratsposten zu ergattern. Bei Grundig in Nürnberg ist ihr das auch gelungen, dort zog ein DKP-Betriebsrat in die Chefetagen ein.

"Grenzen der Meinungsäusserung im Betrieb"

„Grenzen der Meinungsäußerung im Betrieb" — unter dieser Überschrift gibt ein Rundschreiben der „Wirtschaftsvereinigung Groß- und Außenhandel" den ihr angeschlossenen Unternehmern Hinweise, unter welchen Bedingungen sie ihre Betriebe von klassenkämpferischen Arbeitern mittels politischer Entlassung „säubern" können.

Da heißt es folgendermaßen:

*„Durch die im Grundgesetz gewährte freie Meinungsäußerung ist nicht jede Äußerung des Arbeitnehmers im Bereich des Betriebes gedeckt. Das Grundgesetz findet seine **Schranken in den Grundregeln über das Arbeitsverhältnis.** Danach darf der Arbeitnehmer öffentlich, z. B. durch Flugblätter, keine bewußten wahrheitswidrigen Behauptungen über den Arbeitgeber aufstellen und durch seine Aktionen nicht den Betriebsfrieden stören. Der Arbeitgeber ist zur **fristlosen Kündigung** in solchen Fällen berechtigt."*

Im Klartext bedeutet dies einen Aufruf an die Unternehmer, klassenkämpferische und revolutionäre Arbeiter oder Angestellte, denen in irgendeiner Weise nachgewiesen werden kann, daß sie sich konsequent für die Interessen der Kollegen einsetzen, daß sie den Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung aktiv unterstützen, zu feuern. Das Betriebsverfassungsgesetz gibt ihnen die Handhabe dazu. Merke: Die wahre Bedeutung solch wohlklingender Sprüche im Grundgesetz wie „freie Meinungsäußerung" ist es, als Tünche die gesellschaftlich-politische Realität zu verschleiern. Diese Realität besteht darin, daß zwar eine freie Meinungsäußerung über das Wetter, über den letzten Skatabend und dgl. mehr im Betrieb gewährt wird. Sobald aber eine Meinung öffentlich verbreitet wird, die den Standpunkt und die Interessen der Arbeiter und unteren Angestellten im Klassenkampf unterstützt, ist es aus mit der „freien Meinungsäußerung". Dann ist das eine „Störung des Betriebsfriedens", die laut BVG eine fristlose Entlassung rechtfertigt. So ist es um unsere berühmte „Demokratie" im Betrieb bestellt!

Gleich im nächsten Abschnitt des Unternehmerrundschreibens geht es dann um den „Ausschluß von Betriebsratsmitgliedern wegen parteipolitischer Agitation". Da heißt es:

„Greift ein Betriebsratsmitglied auf einer Betriebsversammlung einen Betriebsratskollegen in einseitiger, parteipolitischer, böswilliger Form an, so kann er wegen Verletzung seiner gesetzlichen Pflichten aus dem Betriebsrat ausgeschlossen werden. In erster Linie hat sich ein Betriebsrat an die Richtlinien des Gesetzes zu halten. Er kann nicht unter Berufung auf seine Meinungsfreiheit die gesetzlichen Grundlagen der Betriebsverfassung angreifen. Der Aufruf an die Belegschaft, ihre Sache selbst in die Hand zu nehmen, und daß die ‚roten Betriebsräte' sie darin unterstützen, ist eine Auflehnung gegen die gesetzliche Ordnung der Betriebsverfassung."

Das ist ein Appell des Unternehmerverbandes an seine Mitglieder, die Möglichkeiten, die das BVG bietet, nicht ungenutzt zu lassen und sich klassenkämpferische bzw. Rote Betriebsräte durch Ausschluß aus dem Betriebsrat und Entlassung schnellstens vom Halse zu schaffen. Dabei muß der Begriff „parteipolitische Agitation" auch richtig verstanden werden. Damit ist nicht etwa gemeint, daß beispielsweise Betriebsratsbonzen während eines Wahlkampfes prominente Politiker der Bonner Parteien auf Belegschaftsversammlungen einladen, damit sie dort Wahlpropaganda machen. Oder hat man jemals gehört, daß wegen eines solchen oder ähnlichen Falles einmal ein Betriebsrat gefeuert wurde? Aber wenn ein Betriebsrat davon spricht, daß wir Arbeiter gegen den Kapitalismus kämpfen müssen, dann ist das natürlich „parteipolitische Agitation"!

Die Kollegen vor den schmutzigen Machenschaften und dem Verrat des DGB-Apparates zu warnen, sie aufzufordern, ihren Kampf selbständig zu führen, wird in dem Rundbrief sogar als „Auflehnung gegen die gesetzliche Ordnung der Betriebsverfassung" bezeichnet. Am liebsten würden die Herren Unternehmer solche „Gesetzesbrecher" wohl gleich hinter Schloß und Riegel sehen!

Bundesarbeitsgericht sanktioniert Entlassungsterror

Bourgeoisie rüstet für Betriebsratswahl

Fortsetzung von Seite 1

tionären IGM-Betriebsratsclique enthüllt hatte. Kurz danach zum zweiten Mal, diesmal sogar fristlos. Zur Begründung zitierten die HDW-Bosse im Kündigungsschreiben einen Satz aus dem Programm der „Roten Liste", in dem das Betriebsverfassungsgesetz als Unterdrückungsinstrument gegen die Arbeiterklasse bezeichnet und darauf hingewiesen wurde, daß ein Betriebsrat, der sich an dieses Gesetz hält, die Interessen der Arbeiter nicht vertreten kann. Damals konnte Bernd über eine einstweilige Verfügung allerdings durchsetzen, daß er wenigstens anderthalb Stunden am Tag auf dem Werksgelände für seine Wahl werben konnte. Später, als gewählter Betriebsrat, konnte er ebenfalls durch eine einstweilige Verfügung erreichen, daß er trotz seiner Entlassung auf der Werft seiner Betriebsratsarbeit nachgehen konnte, allerdings nur für einige Monate.

Der Entlassungsterror hatte ebensowenig wie die maßlose Hetze der DGB-Bonzen und Revisionisten verhindern können, daß fast ein Viertel der Stimmen auf die revolutionäre Liste entfiel. Diese Stimmenzahl hätte ausgereicht, um nicht nur vier, sondern sieben revolutionäre Arbeiter in den Betriebsrat einziehen zu lassen. Bernd Woitalla war also, obwohl entlassen, trotzdem Betriebsrat auf HDW. Er klagte gegen die Entlassungen, und in den beiden ersten Instanzen wurden jeweils beide Entlassungen für unzulässig erklärt. Aber die Kapitalisten gingen bis vor's Bundesarbeitsgericht. Das BAG sprach sich nun zwar ebenfalls gegen die erste Entlassung aus (Bestechungsaffaire), sanktionierte jedoch die zweite, politisch viel wichtigere. Denn dieses Urteil bedeutet nichts anderes, als daß jetzt jeder Betriebsrat oder Betriebsratskandidat fristlos entlassen werden kann, wenn er die Wahrheit über das Betriebsverfassungsgesetz, über seinen Unterdrückungscharakter sagt.

Die BAG-Richter beriefen sich dabei auf § 74 Abs. 2 des BVG und speziell auf den Satz: „Arbeitgeber und Betriebsrat haben Betätigungen zu unterlassen, durch die der Arbeitsablauf oder der Frieden des Betriebs beeinträchtigt werden." D. h. also, wenn man öffentlich seine Meinung über das BVG oder überhaupt über Ausbeutung und Unterdrückung sagt, dann ist das bereits ein Entlassungsgrund. Wahrhaftig, eine schöne Demokratie!

In den vorhergehenden Instanzen hatten die Richter die Entlassung noch mit dem Argument abgelehnt, im Wahlkampf müsse es auch einmal erlaubt sein, „überspitzte und polemische Äußerungen" zu machen (sie konnten ja auch schlecht sagen: „... ausnahmsweise einmal die Wahrheit zu sagen"). Demgegenüber stellte jetzt das BAG ausdrücklich klar: Auch schon für die Zeit des Betriebsratswahlkampfes müsse das BVG schärfstens gehandhabt werden. Schließlich gehe es ja bei der Wahl der Betriebsratsmitglieder darum, „die Voraussetzungen für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Betriebsrat und Arbeitgeber zu schaffen". Im Klartext: Es muß verhindert werden, daß solche Betriebsräte gewählt werden können, die unbestechlich sind und den Kampf der Arbeiter für ihre Interessen unterstützen, statt ihn abzuwiegeln.

Daß dieses Urteil gerade jetzt gefällt wurde, ist kein Zufall. Das zeigt u. a. auch die Tatsache, daß das Unternehmerorgan „Handelsblatt" nichts Eiligeres zu tun hatte, als auf der ersten Seite einen großen Bericht darüber zu veröffentlichen. Das ist ein gezielter Vorstoß hinsichtlich der bevorstehenden Betriebsratswahlen. Dieses Urteil liefert den Kapitalisten rechtzeitig einen Präzedenzfall, um mit Entlassungsterror gegen Betriebsratskandidaten und Listen vorzugehen, die sich auf ein konsequentes Kampfprogramm im Interesse der Arbeiter und kleinen Angestellten berufen.

In der Verhandlung argumentierte der Unternehmerverbands-Rechtsanwalt, der die HDW-Bosse vertrat, folgendermaßen: In der jetzigen Situation, wo Unruhe und Terror anwachsen (er nannte konkret die Demonstrationen gegen den Bau von AKWs in Brokdorf und Grohnde), müsse das „sozialpartnerschaftliche Gedankengut" unbedingt geschützt werden. (Diese Ausführungen zeugen übrigens von unerhörtem Zynismus, denn Bernd Woitalla wurde bei der großen Demonstration gegen das AKW in Brokdorf im November 1976 durch den Steinwurf eines Polizisten lebensgefährlich am Kopf verletzt, als er mutig in den vordersten Reihen kämpfte. Noch heute hat er unter den Folgen der Verletzung schwer zu leiden.) Die „Rote Liste" bei HDW, so der Unternehmeranwalt weiter, habe immerhin 23 Prozent der Belegschaft hinter sich gebracht. Gehe man gegen solche Listen nicht entsprechend vor, könnten sie evtl. die Mehrheit hinter sich bringen. Dem schloß sich der Gerichtsvorsitzende in der Verhandlung ausdrücklich an. Und wie schützt man das „sozialpartnerschaftliche Gedankengut"? Dadurch, daß die Unternehmer das Recht haben, klassenkämpferische Arbeiter mit fristloser Entlassung zu bedrohen!

Zunehmend fürchtet sich die Bourgeoisie vor den Kämpfen der Arbeiterklasse. Das dokumentiert dieser Prozeß vor dem Bundesarbeitsgericht deutlich. Man fürchtet, daß der DGB-Apparat mit seiner Streikbruchpolitik nicht mehr durchkommt. Man sieht, wie die Klassenversöhnungspropaganda immer weniger anschlägt. Man zittert davor, daß breite Teile der Arbeiterklasse sich dem Einfluß des DGB und der sozialdemokratischen und revisionistischen Arbeiterverräter entziehen und daß sie unter Führung der Kommunisten den Weg des revolutionären Kampfes gegen das kapitalistische System einschlagen. Deshalb wird die demokratische Maske immer mehr gelüftet. Und was darunter zum Vorschein kommt, ist die nackte Diktatur der Bourgeoisie, ist die faschistische Visage der gewaltsamen Unterdrükkung der werktätigen Massen.

Im Sommer 1976 z. B. entließen die HDW-Bosse auf einen Schlag die restlichen drei Betriebsräte der revolutionären Liste. Und um den massiven Protest der Arbeiter dagegen zu unterdrücken, ließen sie sogar eine Hundertschaft Polizei auf die Werft einrücken. Jedoch können sie mit ihrem Terror den Kampf der Arbeiterklasse nicht aufhalten! Er führt letztlich nur zum beschleunigten Abbau noch bestehender Illusionen über den Kapitalismus. Kämpfen wir mutig und entschlossen, aber auch taktisch vorsichtig und klug für revolutionäre Betriebsräte, für die Schmiedung der revolutionären Einheit der Arbeiterklasse!

Aus unseren Betriebs- und Stadtteilzeitungen



Betriebsratswahl 1978
Drohung mit Gewerkschaftsausschluß

Schon frühzeitig faßte der Vertrauensleutekörper auf Initiative des Knapp-Betriebsrats im November neben den Beschlüssen, die Wahl bei den Angestellten als Listenwahl und bei den Arbeitern als Persönlichkeitswahl durchzuführen, auch den Beschluß, daß Kandidaten, die bei den Arbeitern eine Liste und bei den Angestellten eine andere als die IGM-Liste einreichen, **aus der IGM ausgeschlossen werden sollen.** „Das ist ja eine Sauerei" oder:

„Das ist ja wie in der DDR . . .!"

. . . so sagten Kollegen, die bisher davon hörten. Und die 301 Ausschlüsse bzw. Funktionsbeschränkungen der IGM zwischen 1971 und 1974 haben doch gezeigt, daß sich diese Unterdrückungsmaßnahmen nicht gegen tatsächliche berufsmäßige Streikbrecher richten (im § 12 der IGM-Satzung wird auch Streikbruch als Grund für den Ausschluß genannt). Nein, ausgeschlossen werden Kollegen, die konsequent und unbestechlich gegen die Lohnraubpolitik und Streikbruchtaktik des Gewerkschaftsapparats auftreten. Ihnen soll die Möglichkeit genommen werden, auf Gewerkschaftsversammlungen, als Vertrauensleute usw. die Kollegen im Kampf zusammenzuschließen. Deshalb lautet die Forderung jedes ehrlichen Kollegen:

Weg mit den Gewerkschaftsausschlüssen!

Für die freie politische Betätigung in den DGB-Gewerkschaften!

Doch was tun die Herren Arbeiterverräter des Betriebsrats? Sie fordern den Gewerkschaftsapparat offen auf, dieses Unterdrückungsmittel anzuwenden. Und natürlich versuchen sie jetzt auch ihre Gewerkschaftsausschlußdrohungen zu bemänteln:

- So reden sie groß von „Einheit der Arbeiterklasse", die durch Listenwahl geschädigt würde. Als wenn nicht sowieso praktisch eine Listenwahl stattfände. Die meisten Kollegen kennen doch die berühmten Zettelchen, die vor der Wahl in den Betrieben verteilt werden, damit auch ja jeder die „richtigen" Leute wählt;
- Bei Personalwahl könne man die besten Kandidaten heraussuchen — wie denn? Ein normaler Kollege kennt doch gerade den für ihn zuständigen Betriebsrat, andere kann er ankreuzen, weil er vielleicht mal die Namen gehört hat.

Was allerdings bei Personalwahl in der Regel nicht auftritt, ist, daß den Kollegen klare Programme geboten werden: Welche Forderungen vertreten die Kandidaten? Sind sie bereit, die Kollegen konsequent gegen die Mannesmann-Kapitalisten zu mobilisieren und gegen Entlassungen, Kurzarbeit und Lohnraub zu kämpfen, anstatt Geheimdiplomatie in den Chefetagen zu treiben? Stützen sie sich in ihrer gesamten Arbeit auf die Kollegen und beraten alle Schritte des Kampfes mit ihnen, oder geben sie sich zur „vertrauensvollen Zusammenarbeit" mit den Unternehmern her?

Aber genau das soll mit Hilfe der Gewerkschaftsausschlußdrohungen vermieden werden. Den Zusammenschluß von konsequenten, klassenkämpferischen Kollegen, die unnachgiebig unsere Interessen vertreten, das fürchten die Herren Arbeiterverräter wie der Teufel das Weihwasser. Die passende Antwort sollten sie bei der Betriebsratswahl erhalten! (gekürzt).

Zu den rechtlichen Bestimmungen für die Betriebsratswahl (Teil 3)

Der Wahlvorstand

Der Wahlvorstand ist verantwortlich für die „ordnungsgemäße Durchführung der Wahl". Seine Aufgaben liegen vor allem darin, den Wahltermin festzulegen, die Wählerliste aufzustellen, die Vorschlagslisten entgegenzunehmen und Einsprüche zu prüfen. Wird dabei auch nur eine Vorschrift des Betriebsverfassungsgesetzes oder der Wahlordnung nicht eingehalten, kann die Wahl angefochten werden. Der Wahlvorstand besteht aus einer ungeraden Zahl wahlberechtigter einer ungeraden Zahl wahlberechtigter Belegschaftsmitglieder. Sofern es sowohl Arbeiter als auch Angestellte im Betrieb gibt, müssen beide Gruppen im Wahlvorstand vertreten sein. Die Mitglieder des Wahlvorstandes können vom Tag ihrer Bestellung an bis sechs Monate nach der Stimmabgabe nicht fristgerecht gekündigt werden. Das bedeutet nicht, daß eine fristlose Kündigung wegen „Störung des Betriebsfriedens" ausgeschlossen wäre.

Bestellung des Wahlvorstands

Der amtierende Betriebsrat ist verpflichtet, spätestens acht Wochen vor dem Ablauf seiner Amtszeit einen Wahlvorstand zu bestellen. Besteht noch kein Betriebsrat, so wird der Wahlvorstand auf einer Betriebsversammlung mit der Mehrheit der anwesenden wahlberechtigten Belegschaftsmitglieder gewählt. Diese Betriebsversammlung kann von mindestens drei Wahlberechtigten oder von einer im Betrieb vertretenen Gewerkschaft einberufen werden. Vorschläge für den Wahlvorstand können die wahlberechtigten Belegschaftsmitglieder und die Einladungsberechtigten machen. Die Betriebsversammlung findet grundsätzlich während der Arbeitszeit statt. Die Kosten müssen die Unternehmer tragen. Falls kein Betriebsrat besteht und eine Betriebsversammlung nicht rechtzeitig zustande gekommen ist, oder falls der Betriebsrat es versäumt, rechtzeitig einen Wahlvorstand zu bestellen, so kann auf Antrag von mindestens drei Wahlberechtigten oder einer im Betrieb vertretenen Gewerkschaft der Wahlvorstand vom Arbeitsgericht eingesetzt werden.

Sitzungen des Wahlvorstands

Der Wahlvorstand faßt seine Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit. Über jede Sitzung muß eine Niederschrift angefertigt werden, die mindestens die gefaßten Beschlüsse wiedergibt.

Meldungen aus den Betrieben

Gewerkschaftsausschlüsse bei der ÖTV

Im vergangenen Jahr wurden in der ÖTV-Gewerkschaft 198 Mitglieder ausgeschlossen. Rund 80 Prozent davon mittels der „Unvereinbarkeitsbeschlüsse", nach denen die Unterstützung der KPD/ML, der RGO und überhaupt jedes Eintreten für den revolutionären Klassenkampf „gewerkschaftsschädigend" ist. Gegenwärtig laufen allein in Westberlin wieder 18 Ausschlußverfahren gegen ÖTV-Mitglieder. Meist handelt es sich dabei um klassenkämpferische oder revolutionäre Kollegen, darunter auch die drei Kollegen, die jüngst im Krankenhaus Neukölln auf einer klassenkämpferischen Liste für die Personalsratswahlen kandidierten. Diese Liste hatte zwei Sitze im Personalrat erobern können.

Interview zur Bonner Schulpolitik

Lehrermangel und Berufsverbote

Lehrerarbeitslosigkeit und Berufsverbote. Das sind zwei Schlagworte, die die Bildungspolitik des Bonner Staates kennzeichnen. Tausende von Lehrern sind es heute schon, die keine Anstellung an den Schulen bekommen, obwohl die Klassen überfüllt sind und massenweise Unterrichtsstunden ausfallen. Weit über tausend Lehrer sind mittlerweile schon vom Berufsverbot betroffen. Weil sie sich nicht an die reaktionären Lehrpläne gehalten haben, weil sie aktiv am Klassenkampf teilgenommen haben, weil sie Revolutionäre oder Kommunisten sind. Beides, Lehrerarbeitslosigkeit und Berufsverbote, sind aber nur die Spitze des Eisbergs. Wir sprachen mit einem angehenden Lehrer darüber, wie sich die reaktionäre Bildungspolitik für Schüler und Lehrer auswirkt.

RM: Tausende von Lehrern werden vom Staat nicht angestellt. Aber es gibt nicht nur diese „offene" Lehrerarbeitslosigkeit.

Antwort: Das stimmt. Bereits heute sind fast alle Referendare und Junglehrer von einer „schleichenden" Arbeitslosigkeit betroffen. Bei mir sah das so aus: Nach meiner ersten Staatsprüfung (Prüfung an der Pädagogischen Hochschule) im September 1976 hatte ich ein Jahr lang keine Anstellung. „Zufällig" waren die Bewerbungsfristen gerade abgelaufen. Ich konnte mich erst für September 1977 als Lehramtsanwärter bewerben. Allen meinen Kollegen ging es genauso. In diesem Jahr gab es keine Berufsausbildungsförderung, kein Arbeitslosengeld, keine Arbeitslosenhilfe. Nach der Referendarzeit geht das Gleiche dann wieder von vorne los. Wieder ein Jahr warten, wieder keine gesicherten Einkünfte, keinen Pfennig vom Arbeitsamt. Danach gibt es zwar dann eine Anstellung, aber man darf nicht die volle Stundenzahl, nämlich 26 Stunden unterrichten, sondern nur 18 Stunden. Dabei wird natürlich auch das Gehalt um ein Drittel gekürzt. Als „Ausgleich" werden an vielen Schulen alle Lehrer verpflichtet, jeden Monat genau drei Überstunden zu machen. Drei deshalb, weil bis zu drei Überstunden nicht bezahlt werden müssen. Auf diese Weise sparen manche Schulen zwei Lehrer ein.



Anfang 77: In Hamburg sollte die kommunistische Lehrerin Ulla Oehler Berufsverbot bekommen. 100 Schüler demonstrierten dagegen.

RM: Wie wirkt sich das für die Schüler aus?

Antwort: All das muß man vor dem Hintergrund sehen, daß der Lehrermangel an den Schulen nach wie vor verheerend ist. Von dem vielbeschworenen „Pillenknick" ist an den Grund- und Hauptschulen nichts zu sehen. Und deshalb sind die Folgen dieser Sparpolitik des kapitalistischen Staates immer deutlicher zu spüren: An meiner Schule — sie liegt in einem Dorf — erzählen mir viele Lehrer, daß die Kenntnisse der Schüler immer schlechter werden, vor allem, was das Grundwissen betrifft, Rechnen, Schreiben, Lesen. Kein Wunder, wenn dauernd Stunden ausfallen wegen Lehrermangel, wenn die Klassen so groß sind, daß sich die Lehrer um einzelne Schüler überhaupt nicht mehr kümmern können.

Immer mehr Schüler werden auch als „Legastheniker" eingestuft. Diese Schreib- und Leseschwäche ist angeblich eine angeborene Krankheit. In Wirklichkeit ist die Legasthenie aber nichts anderes als modernes Analphabetentum. Hervorgebracht von der volksfeindlichen Schulpolitik des Kapitalismus.

RM: Mit der Berufsverbotspraxis übt der Staat direkten politischen Druck auf die Lehrer aus. Daneben aber gibt es natürlich noch andere Methoden, mit denen die Lehrer zu strammen oder zumindest widerspruchslosen Erfüllungsgehilfen der reaktionären kapitalistischen Bildungspolitik gemacht werden sollen. Wie sieht das bei dir aus?

Antwort: Wir werden im Referendarjahr, also dem praktischen Ausbildungsjahr, einem enormen Druck ausgesetzt. Einige halten diesem Druck nicht stand. Mir sind mehrere Fälle von Selbstmord von Referendaren bekannt geworden. Nicht wenige Ausbilder (Fachleiter genannt) haben Sprüche auf Lager, wie: „Ihr Privatleben können Sie hier vergessen." Oder: „Was meinen Sie, wie viele Ehen in der Referendarzeit schon kaputt gegangen sind?" Wir müssen zwar nur acht Stunden in der Schule unterrichten, daneben gibt es aber eine sehr intensive sogenannte „theoretische Ausbildung", bei der es nicht in erster Linie darum geht, dem angehenden Lehrer ein fundiertes fachliches und pädagogisches Wissen zu vermitteln, sondern ihn mit den verschiedensten reaktionären pädagogischen, psychologischen, didaktischen, methodischen usw. Theorien vollzustopfen.

Vollkommen abhängig sind wir von den Ausbildern, die etwa alle 14 Tage in die Schule kommen, um unseren Unterricht zu begutachten, und später bei unserer Prüfung ein entscheidendes Wort mitreden. Vor einer solchen Stunde muß man zum Teil 15 Seiten lange Stundenentwürfe anfertigen. Nach einer solchen Stunde folgt dann ein Gespräch mit dem Ausbilder, bei dem u. a. auch bewertet wird, ob man „einsichtig" ist. Wer nicht „einsichtig" ist, also auf die Vorhaltungen des Ausbilders nicht mit „Jawohl, Herr Fachleiter" antwortet, muß damit rechnen, als „unkritisch" seiner eigenen Leistung gegenüber eingestuft zu werden. Bei der Bewertung dieser Stunden kommt es nicht etwa darauf an, daß die Kinder tatsächlich etwas lernen. Das könnte ja dazu führen, daß der angehende Lehrer sich kritisch mit dem Lehrinhalt, den Stoffplänen für den Unterricht usw. auseinandersetzt. Entscheidend für die Zensuren ist die Methode, und die muß vor allem „originell" sein. Welche absurden Blüten das treibt, zeigt das Beispiel eines Kollegen aus dem letzten Jahr, der sich für eine Vorführstunde in Erdkunde ein Flugzeug mietete und Luftbilder machte, die er dann in der Stunde einsetzte. Für solche Eskapaden gibt es dann gute Zensuren.

RM: Es ist bekannt, daß sich an den Schulen der Druck auf die Schüler verschärft. Zu welcher Haltung gegenüber den Schülern werden die angehenden Lehrer erzogen?

Antwort: Wir haben z. B. einen Ausbilder in Erdkunde, der uns rät: „Wenn Sie einem Schüler eine Fünf geben wollen, dann können Sie das auch. Holen Sie ihn einfach in einer Stunde nach vorne. Sie können immer solche Fragen stellen, die er mit Sicherheit nicht beantworten kann." Oder: „Sie wissen ja, daß in Erdkunde nach dem Gesetz keine zensierten Arbeiten geschrieben werden dürfen. Das können Sie aber ganz einfach umgehen. Nennen sie es nicht Klassenarbeit, sondern ‚Lernzielkontrolle'. Das Wort verstehen die meisten Eltern nicht, so daß sie auch nichts dagegen unternehmen werden." Diese „Tips" zeigen die grenzenlose Verachtung dieses Fachleiters gegenüber den Werktätigen und ihren Kindern, seine Verlogenheit und die hinterhältigen Methoden, die er uns beibringen will. Sicher ist er ein besonders übler Kerl. Aber nicht zufällig wird gerade er damit betraut, neue Lehrer auszubilden.

RM: Wie reagieren deine Kollegen auf den Druck und die Schikane, denen sie ausgesetzt sind?

Antwort: Meine Kollegen im Erdkundeseminar sind durchweg empört über die widerlichen Methoden unseres Fachleiters. Es besteht allerdings noch eine gewisse Angst, dagegen etwas zu unternehmen. An anderen Punkten waren kleinere Kämpfe schon erfolgreich. So haben wir durchgesetzt, daß die schriftlichen Stundenentwürfe nur fünf Seiten lang zu sein brauchen, vorher zum Teil 15 Seiten. In einigen Seminaren konnte es erreicht werden, die Zahl der Gruppenhospitationen (Unterrichtsbesuche des Fachleiters zusammen mit anderen Lehramtsanwärtern) herabzumindern.

Einige Kollegen sehen klar, daß wir dem Druck und dem Schüren von Konkurrenz untereinander nur durch gemeinsamen Widerstand begegnen können. Wir wollen einen Treff einrichten, wo wir regelmäßig über die Ausbildung in unserem Seminar diskutieren und evtl. eine kleine Zeitung herausbringen, in der z. B. solche Methoden, wie die des Erdkundefachleiters entlarvt werden sollen.

Die fortschrittlichsten Kollegen spüren deutlich die zunehmende Faschisierung der kapitalistischen Gesellschaft. Sie sind empört über die Berufsverbote und z. B. über das Gerede von „Bücherverbrennungen" des CDU-Abgeordneten in Bremen.



Demonstration in Hannover 1975

Die wenigsten Lehramtsanwärter allerdings sehen einen Ausweg daraus. Ich werde mich bemühen, mit einigen von ihnen mehr als bisher über die Ziele der Partei zu sprechen.

RM: Vielen Dank für das Gespräch.

Schluß mit der Bespitzelung von Mietern!

„Schluß mit der Bespitzelung von Mietern durch die Firma Schmitt!", fordert die Stadtteilzelle Dortmund-Schüren der KPD/ML in einem Flugblatt. Denn die Firma Schmitt unterzieht wie auch viele andere Firmen in der Bundesrepublik jeden, der eine Wohnung beziehen will, einem hochnotpeinlichen Verhör. In dem Flugblatt der Partei heißt es:

Sie suchen eine Wohnung? Sie gehen zu Schmitt. Schmitt hat Wohnungen. Im Vorläuferweg beispielsweise. Und das ist nur eine Straße von vielen, die ihm gehört.

Aber bis zu einer Unterschrift im Mietvertrag, dort im Büro von Schmitt, ist noch ein weiter Weg. Da werden Sie erstmal ausgeleuchtet: Arbeiten Sie? Und wenn ja, wo, wie lange, und wieviel verdienen Sie?

Was geht das eigentlich Schmitt an?

Aber damit nicht genug. Noch immer ist von einem Vertrag keine Rede. „Wir schalten zuerst eine Detektei ein", hören Sie da, und: „Sie bekommen Nachricht."

Eine Detektei — ist das nicht eines dieser Schnüffelinstitute?

Schmitt läßt seine Mieter also bespitzeln. Ob ihre Angaben über den Lohn stimmen, ob sie ihre Miete bisher pünktlich bezahlt haben, usw. Wenn Sie beispielsweise arbeitslos sind, wenn Sie — aus welchen Gründen auch immer — mal mit Ihrer Miete im Verzug waren, dann können Sie eine Schmitt-Wohnung in den Wind schlagen. Schmitt, der Hunderte von Familien ausnimmt durch hohe Miet- und Heizkosten, der jährlich Tausende von Mark aus den Taschen der Werktätigen zieht, will seiner Miete sicher sein. Daß Sie vielleicht dringend eine Wohnung brauchen, das interessiert Schmitt nicht. Denn die Wohnungen gehören Schmitt. Und was gehört Ihnen? Nichts!

Eine Schweinerei ist das. Und dabei ist Schmitt sicher nicht der einzige. Bespitzelt und überwacht — so sieht heute das Leben der Werktätigen aus.

Was immer Sie auch tun — ob Sie einen Kredit aufnehmen, bei einem Verkehrsdelikt erwischt oder auf einer Demonstration vom Verfassungsschutz erkannt werden — Sie werden registriert. Ihr Name, Ihre persönlichen Daten sind abrufbereit für die Polizei.

Das Schnüffel- und Spitzelsystem ist weit ausgebaut in der Bundesrepublik. Polizei-Lautsprecherwagen, die morgens um 7 Uhr durch Siedlungen fahren und die Bewohner zur Denunziation ihrer Nachbarn auffordern, wie nach der Schleyer-Entführung, gehören ebenso dazu wie die „privaten" Schnüffeleien der Firma Schmitt. Damit „Ruhe und Ordnung" herrscht in diesem Staat der Kapitalisten.

Auch Schmitt trägt dazu bei. Nicht nur, indem er seine Mieter ausplündert. Auch dadurch, daß er hinter ihnen herschnüffeln läßt. **Schluß mit der Bespitzelung von Mietern durch die Firma Schmitt!**

Leiter der Berufsfachschule schikaniert Schüler

Weg mit Prügellehrer Erdmann!

Gegen Unterdrückung und Schikanen durch reaktionäre Schulleiter und Lehrer müssen sich die Jugendlichen an vielen Schulen wehren. Der nachfolgende Artikel erschien in der „Jugend voran", der Zeitung der Roten Garde für die Kreisberufsschule Minden.

Es ist Freitag. Der letzte Schultag vor den Ferien. Die letzte Stunde in der Berufsfachschule ist in zwei Minuten zu Ende. Die Schüler freuen sich auf die Ferien. Ein Schüler nimmt jetzt, da der Unterricht zu Ende zu sein scheint, sein Brot aus der Tasche und fängt an zu essen. Da passiert es: Der Lehrer stürzt auf den Schüler zu, schreit ihn wie verrückt an und spart nicht mit den dreckigsten Schimpfworten. Doch das ist nur der Anfang. Voller Wut packt er den Schüler mit aller Kraft am Hinterkopf in die Haare und reißt ihn so hin und her. Der Schüler glaubt, ihm würde der ganze Haarschopf vom Kopf gerissen. Plötzlich läßt der Lehrer den Schüler los, geht zu zwei von seinen Nachbarn und mißhandelt sie in der gleichen Weise.

„Was hast du überhaupt für Eltern?"

„Das entstammt einem Roman aus dem letzten Jahrhundert", könnte man denken. — Irrtum! Das ist ein Vorfall, der sich vor einiger Zeit an der Berufsfachschule abspielte. Und der Lehrer, der die Schüler so traktiert hat, ist kein anderer als der Leiter der Berufsfachschule, Kurt Erdmann. Ein Ausrutscher? Keinesfalls! Kurt Erdmann ist bei den Schülern gerade wegen seiner häufigen Prügeleien bekannt und auch verhaßt. So ist es oft vorgekommen, daß er einen Schüler wegen irgendwelcher Kleinigkeiten geschlagen und geohrfeigt hat. In der selben Klasse, in der sich der oben beschriebene Fall ereignete, kam es zum Beispiel vor, daß Erdmann einen 18jährigen Schüler mehrmals brutal ins Gesicht schlug! In jeder Beziehung hat es dieser Schülerschinder darauf angelegt, einen fertigzumachen und herunterzuputzen. So ist es bei ihm keine Seltenheit, daß er einen Schüler, der irgendetwas im Unterricht nicht verstanden hat, wie folgt zu beschimpfen: „Was bist du überhaupt für einer? Du bist ja ein richtig dummer Hilfsschüler! Du kommst wohl von der Sonderschule! Was hast du überhaupt für Eltern?!"

Solche Unverschämtheiten kriegt man da an den Kopf geschmissen! Für ihn sind wir eben keine Menschen, sondern höchstens Untermenschen. Schließlich sind wir ja auch Arbeiterjugendliche und die kann man ja ruhig wie Dreck behandeln!

Was zeigt der Fall Erdmann?

Der Fall Erdmann zeigt, daß wir in der Schule fertiggemacht werden sollen. Nicht nur, daß wir auf der Arbeit schon genug schikaniert werden, auch in der Schule ist das so. Mit solch üblen Methoden, mit denen Erdmann gegen uns vorgeht, wollen sie nur erreichen, daß wir eingeschüchtert werden, daß wir nur noch duckmäusern und zu allem Ja und Amen sagen. Sie wollen uns gründlich austreiben, gegen Unterdrückung und kapitalistische Ausbeutung im Betrieb, gegen Schikane in der Schule aufzumucken. Dazu haben sie auch solche Prügel-Lehrer wie Erdmann.

— Wehrt Euch gegen die gewaltsamen Unterdrückungsmethoden Erdmanns!
— Kämpft mit der Roten Garde gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Schikane in Betrieb und Schule!
— Kämpft mit der Roten Garde für eine Gesellschaft ohne Unterdrückung, Ausbeutung, Krise und Krieg, für den Sozialismus!

Der reaktionäre Prügellehrer Kurt Erdmann muß aus dem Schuldienst entlassen werden!

Neues Meldegesetz

Überwachung auf Schritt und Tritt

Sie ziehen in eine andere Stadt um. Kaum eine Woche später weiß der Computer, ob Sie geschieden sind, ob Sie schon mal vorbestraft waren oder welche Lohnsteuerkarte Sie besitzen. Sie stellen sich bei einer Firma vor. Ein Anruf beim Einwohnermeldeamt. „Nein, danke. Sie waren früher ja schon mal im Erziehungsheim!" Sie kommen in eine Polizeikontrolle. Ausweis vorzeigen! Anruf beim Computer. „Aha, Sie haben Ihren Paß verloren! Kommen Sie mal mit!"

Diese allgegenwärtige Kontrolle ist keine Utopie. Die Regierung plant genau diese Überwachung auf Schritt und Tritt im neuen Meldegesetz, das zur Verabschiedung vorliegt. Bis zu 200 Informationen sollen über jeden von uns in Computern bei den Einwohnermeldeämtern gespeichert werden. Nicht nur Name, Geburtstag, Anschrift, wie bisher, sondern auch Einzelheiten über den Familienstand, Aufenthalte in Gefängnissen, Heimen, psychiatrischen Anstalten, Steuerverhältnisse und Vorstrafen. Dazu, ob jemand von einer Behörde gesucht wird. Und sei es nur wegen der Zahlung eines Strafzettels für falsches Parken.

Dieses perfekte Netz der Überwachung soll zusätzlich durch eine Verschärfung der Meldepflicht gesichert werden. Nicht nur die Mieter, auch die Wohnungsvermieter sollen jeden Aus- und Einzug melden. In den Hotels sollen die Besitzer die Ausweise der Reisenden prüfen und melden. An Krankenhäuser, Pflegeheime, ja sogar an Schiffe, Wohnwagen und Campingplätze ist gedacht. Kein Platz auf dem Boden der Bundesrepublik, wo man nicht registriert und polizeilich gemeldet wird.

Die Regierung hat keinen Zweifel daran gelassen, daß diese Speicherung von Adressen und Informationen für die Polizei und andere Unterdrückungsorgane dieses Staates wie für den Verfassungsschutz gedacht ist. So heißt es in der Begründung des Gesetzes, man habe den Eindruck gewonnen, „daß das derzeitige Meldewesen nur bedingt geeignet ist, die polizeilichen Fahndungsmaßnahmen wirksam zu unterstützen." Die Meldepflicht wird offen als „sicherheitspolizeiliches Instrument" gekennzeichnet.

Da ist nicht etwa nur an die Fahndung nach einer Handvoll „Buback-Attentäter" gedacht. Die gebrauchen, das weiß die Polizei ebenso wie wir, gefälschte Adressen und Ausweise. Nein, dieser Kontrollgriff soll die ganze Bevölkerung im Zaum halten. Soll den Polizeistaat noch perfekter machen. Damit es bei uns bald so aussieht wie in der faschistischen DDR. Denn der Bonner Staat sieht mit Sorge, daß die Unruhe unter den Werktätigen größer wird, daß die Zahl der Kommunisten wächst.

Um alle im Speicher zu haben, um bei Streiks und größeren Kämpfen mit Hausdurchsuchungen und Razzien zuschlagen zu können, um Listen von „Verfassungsfeinden" anfertigen zu können, um wie in NRW 8.000 Flugblattverteiler, Demonstranten und Parolenmaler herauszufinden und erkennungsdienstlich zu behandeln — dazu dient die polizeiliche Erfassung der gesamten Bevölkerung.

Manche mögen sich denken, was soll's, ich habe nichts zu verbergen. Nun, in das Verdächtigen-Netz gerät man leicht: Vielleicht haben Sie schon eine Unterschriftensammlung unterschrieben, die in die Hände des Staates geriet? Schon mal demonstriert? Oder ein „linkes" Buch aus einer öffentlichen Bücherei gelesen? Dann können Sie bereits zum Kreis der „Verdächtigen" gehören. Beim Verfassungsschutz sind Akten über drei Millionen Einwohner angelegt worden.

Das Meldegesetz, ebenso wie das geplante Razziengesetz, das die Durchsuchung von ganzen Häuserblocks rechtfertigen soll, richtet sich in Wirklichkeit gegen alle, die den Kampf führen, gegen alle Arbeiter und Werktätigen. Darum: Weg mit dem neuen Meldegesetz, diesem Spitzel- und Überwachungsgesetz.

Politische Verteidigung

Mit einem Bein im Gefängnis

Am 18. Januar beginnt vor dem Staatsschutz-Senat in Hamburg der Prozeß gegen Rechtsanwalt Kurt Groenewold. Seine Verteidigung von Andreas Baader und anderen RAF-Mitgliedern sei, so behauptet die Bundesanwaltschaft, „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung" gewesen. Dieser Versuch, die Verteidigung in politischen Strafprozessen zu kriminalisieren, soll als Exempel für alle fortschrittlichen Rechtsanwälte dienen. Darum geht dieser Prozeß nicht nur sie, sondern alle an, die gegen die Einschränkung der Verteidigerrechte, gegen die Faschisierung in den westdeutschen Gerichtssälen und Gefängnissen kämpfen.

Rechtsanwalt Groenewold wird vorgeworfen, er habe seine Stellung als Verteidiger ausgenutzt, um die RAF politisch zu unterstützen. Für das Verfahren unerheblich, daß die von ihm verteidigten politischen Gefangenen vor ihrem Tod in Stammheim überhaupt noch nicht als „kriminelle Vereinigung" angeklagt und verurteilt sind. Groenewold soll jedenfalls durch seine „politische Art" der Verteidigung das „Zusammengehörigkeitsgefühl" der politischen Gefangenen gestärkt und so „die Fortführung der kriminellen Vereinigung in der Haft" ermöglicht haben.

Man muß sich die Ungeheuerlichkeit der Argumentation vor Augen führen: Da arbeitet ein Rechtsanwalt nicht als verlängerter Arm des Richters und des Staatsanwaltes. Er tritt, wie Groenewold sagte, ein „für das Recht von Angeklagten, sich politisch zu verteidigen". Er sieht es als seine Aufgabe an, „das Leben und die Gesundheit seiner Mandanten zu schützen und gegen die menschenzerstörende Isolationshaft zu kämpfen". Und schon wird ihm daraus der Strick gedreht: politische Übereinstimmung mit den Gefangenen! Mittäterschaft! Dieser Angriff auf die Verteidigung dient eindeutig dem Versuch, faschistische Zustände in den Gerichtssälen herzustellen: keine Rechte für den Angeklagten; Staatsanwalt, Richter und Verteidiger Hand in Hand; Ausschluß aller Rechtsanwälte, die für die Rechte der Angeklagten eintreten.

Rechtsanwalt Groenewold ist seit der Verteidigung der politischen Gefangenen der RAF ständigen Verfolgungen und Nachstellungen des Staatsschutzes ausgesetzt. So wurde gegen ihn schon ein vorläufiges „Berufsverbot" ausgesprochen. Mit der zynischen Begründung, er erschüttere „das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Zuverlässigkeit der Anwaltschaft als einer tragenden Säule der rechtsstaatlichen Ordnung unseres Landes". Nachdem man ihn von der Verteidigung in Stuttgart ausgeschaltet hatte, überwachte die Bundesanwaltschaft die Telefone seines Büros und seiner Privatwohnung. Und nicht nur das, sie hörte über ein umgerüstetes Telefon auch Gespräche im Büro ab. Ohne gesetzliche Grundlage. Aber das zählt bei diesen Kriminalisierungsversuchen ebenso wenig wie die Tatsache, daß Justizminister Vogel schon 1976 vollkommen rechtswidrig die Anklageschrift an sechs Journalisten „zur besonderen Unterrichtung" gegeben hat, um so „mittelbar auf die öffentliche Meinung einzuwirken".

„Sie stellen sich außerhalb der Spielregeln, die unser demokratischer Rechtsstaat setzt" — diese Rechtfertigung des Kanzlers Schmidt für den Terror an den politischen Gefangenen hält auch dafür her, die faschistischen Maßnahmen, das offene Unterdrücken aller demokratischen Rechte bei der Verfolgung fortschrittlicher Rechtsanwälte zu rechtfertigen. Der Versuch, Rechtsanwalt Groenewold zu einer Gefängnisstrafe zu verurteilen, ist der vorläufige Höhepunkt in der Verfolgung dieses Anwalts. Treten wir den Angriffen auf die Verteidigung entgegen! Kampf der Einschränkung der Verteidigerrechte und der Kriminalisierung fortschrittlicher Rechtsanwälte! Freispruch für Kurt Groenewold!

Polizist erschießt 24jährigen Arbeiter

Fortsetzung von Seite 1

Das ist nichts anderes als ein Freibrief zum Mord! Vor allem die Freunde und Bekannten von Klaus Beinert sind maßlos empört: „Erst schießen sie ihn tot, und jetzt machen sie ihn noch schlecht", sagt ein Mädchen. Da kommt kein Richter, kein Staatsanwalt und ermittelt wegen „Beschmutzung des Andenkens Verstorbener", wie sie das bei Schleyer und Co. schon tun, wenn nur jemand wagt, die Wahrheit zu sagen, über SS-Vergangenheit usw. spricht und nicht trauert. Im Gegenteil. Gerade von den Behörden gehen die Verleumdungen aus.

Widerspruchslos wird der Tod von Klaus Beinert jedenfalls nicht hingenommen. Bereits am Montag nach der Tat hing ein Kranz an der Haustür, wo Klaus Beinert erschossen wurde mit der Aufschrift: „Hier wurde Klaus Beinert ermordet". Seine Witwe hat Anzeige wegen Mordes gegen den Polizisten erhoben und seine Angehörigen haben sich mit folgenden Forderungen an die Öffentlichkeit gewandt: „Wir fordern von der Polizei, der Staatsanwaltschaft und den politisch Verantwortlichen: 1. sofortige Entwaffnung des Ernst Eppstein; 2. sofortige Suspendierung vom Dienst; 3. unverzügliche Inhaftierung; 4. keine bewaffnete Polizei, sei es zivil oder uniformiert, in Riederwald; 5. rücksichtslose Aufklärung des Tathergangs."

Genossen der Partei und der Roten Hilfe Deutschlands haben sich um den Fall gekümmert, haben mit den Angehörigen und Freunden Klaus Beinerts gesprochen. Alle sind empört. Sie wollen, daß die Wahrheit ans Tageslicht kommt. Und unsere Genossen werden sie dabei voll unterstützen. Sie haben sich vorgenommen, weitere Tatsachen herauszufinden und die Bevölkerung zu informieren. Und sie setzen sich dafür ein, daß der Kampf gegen diesen Polizeimord, gegen Typen wie Eppstein, gegen den wachsenden Polizeiterror revolutionär geführt wird. Denn Klaus Beinert, der Landwirt Schlaudraff, der 14jährige Peter Lichtenberg, die zehn weiteren Menschen, die allein im letzten Jahr von der Polizei erschossen wurden, die 500 Menschen, die in den letzten Jahren von der Polizei erschossen oder erschlagen wurden, sind keine Opfer von angeblichen „Übergriffen" einzelner Polizisten. Sie sind Opfer des staatlichen Terrors, mit dem Bonn die Faschisierung immer weiter vorantreibt. Deshalb heißt es in dem Flugblatt, mit dem die KPD/ML zum Kampf gegen den Polizeiterror gegen Faschismus und Reaktion am 30. Januar aufruft: „Beschränken wir unser Handeln nicht auf papierne Proteste und Resolutionen. Gegen die konterrevolutionäre, reaktionäre, faschistische Gewalt der Herrschenden hilft nur die revolutionäre, fortschrittliche Gewalt der Unterdrückten!"

Kampf dem Polizeiterror! Gegen Faschismus und Reaktion!

Hannover: Grohnde-Prozesse beginnen

Vor der Großen Strafkammer des Landgerichts in Hannover begann am 13. Januar eine Serie von Prozessen gegen elf Demonstranten, die im vergangenen Jahr gegen das Atomkraftwerk in Grohnde gekämpft haben. Die Verhandlungstage reichen bis in den März. Schwerer Landfriedensbruch, gefährliche Körperverletzung, schwerer Widerstand gegen die Staatsgewalt — so lautet die Anklage. Die Klassenjustiz hat vor, die Demonstranten zu langen Gefängnisstrafen zu verurteilen. Denn die Große Strafkammer wird in der Regel nur mit Prozessen beauftragt, wenn eine Verurteilung von mindestens einem Jahr Gefängnis zu erwarten ist.

Mit diesen Prozessen soll die ganze Bewegung gegen die Atomkraftwerke getroffen und als kriminell hingestellt werden. Denn was die Behörden hier als „schweren Landfriedensbruch" bezeichnen, ist nichts anderes als der gerechte Kampf gegen die lebensbedrohenden Atomanlagen. Sie wollen damit vertuschen, daß gerade der Staat in Grohnde eines der größten Bürgerkriegsmanöver vorexerziert hat: 5.000 Polizisten, unter anderem mit Maschinenpistolen und Panzern ausgerüstet, bereit, die Demonstranten niederzuschlagen, bereit, in die Menge zu schießen. Der Widerstand gegen diesen brutalen Polizeieinsatz war vollkommen gerechtfertigt. Und es zeigt den ganzen Wahnwitz und Zynismus dieses Staates, wenn Ministerpräsident Albrecht die Justiz auffordert: „Die Demonstranten müssen wegen Mordversuchs angeklagt werden, wenn sie z. B. mit Steinen auf Polizisten geworfen haben."

Offensichtlich war der Justiz jedoch dieser Ruf nach Nazi-Methoden zu offen. Sie fertigten die Anklage aufgrund von gefälschten und unterschobenen Beweisstücken der Polizei. So berichtet der Angeklagte Rüdiger Jörß: „Ich bin gestolpert und lag völlig wehrlos im Graben. Das erste, was die Polizisten machten, war, mir den Helm vom Kopf zu reißen und wie verrückt auf Kopf und Rücken einzuknüppeln — Ich schrie um Hilfe. Sie schrieen Rufe ‚Schlagt ihn tot, das Schwein!' . . . Die Polizisten haben einfach einzelne Leute herausgegriffen und jedem irgendeinen Gegenstand zugeordnet, Spaten, Eisenstangen und so was. Mir haben sie das Katapult und die Schrauben untergeschoben."

Der Prozeß gegen die elf Demonstranten ist eine Provokation für alle, die gegen die Atomkraftwerke gekämpft haben und kämpfen. Die Angeklagten haben sich vorgenommen, den Prozeß zu einer Anklage gegen die Atomindustrie, den Staatsapparat und die Justiz zu machen. Diese Haltung findet unsere Unterstützung. Die Genossen in Hannover rufen zur Solidarität mit den Angeklagten auf. Die RHD hat bereits anläßlich der Brokdorf-Prozesse eine Broschüre über die Verfolgung der AKW-Gegner herausgegeben. **Freiheit für alle Grohnde-Demonstranten!**



Preis 1 DM zu bestellen bei der RHD 4600 Dortmund, Stollenstr. 12

Hamburg: Das ist Gesinnungsterror

Vor der Großen Hamburger Strafkammer begann am 9. Januar ein Prozeß gegen Klaus Reese, Maschinenschlosser, 28 Jahre alt, Sympathisant der KPD/ML. Was wird ihm vorgeworfen? Vor über drei Jahren provozierte die NPD mit einem Landesparteitag die Hamburger Bevölkerung. Die KPD/ML und andere Antifaschisten stürmten gegen die Polizeiketten an, hinter denen die Faschisten zeterten und zitterten. Elf Polizisten, so schrieb „Bild" damals, „mußten mit blutigem Kopf und tränenden Augen abtransportiert werden". Keiner der Antifaschisten konnte festgenommen werden, eine große Schlappe der Polizei.

Die Polizei versuchte sich zu rächen. Vierzehn Tage später wurde den eingesetzten Polizisten eine Reihe von Lichtbildern vorgelegt, „von Personen, die linksradikalen Kreisen zuzurechnen sind", wie es in den Akten heißt. Zwei der Polizisten wollen Klaus als Nummer 80 der Bildserie erkannt haben. Darunter ein Polizist, der einmal Mitschüler von Klaus war. Damit die Lügen nicht so offen dastanden, sagten sie allerdings, sie hätten nicht gesehen, daß der Beschuldigte sich an Gewalttätigkeiten beteiligt hätte. Der Staatsanwalt zimmerte trotzdem eine Anklage aus schwerer Körperverletzung, Widerstand und schwerem Landfriedensbruch zusammen.

Das Amtsgericht lehnte es ab, eine Hauptverhandlung zu führen. In der ersten Instanz vor dem Landgericht zerplatzten die Anklagepunkte der Staatsanwaltschaft wie Seifenblasen, das Gericht mußte den Genossen freisprechen. Doch die Staatsanwaltschaft ließ nicht nach bei dem Versuch, Klaus hinter Gitter zu bringen. Zehn Monate Gefängnis forderte sie und einen neuen Prozeß.

Dieser zweite Prozeß über drei Jahre nach dem Vorfall ist ein unerhörter Angriff auf den Kampf der Antifaschisten. Mit Flugblättern, Flugzetteln und einem Arbeitertreff rief die Partei die Hamburger Werktätigen zur Solidarität auf. Am Abend des zweiten Prozeßtages machte die RHD eine Unterstützungsveranstaltung. **Freispruch für Klaus Reese!**

Tübingen: Solidaritätskonzert für Genossen Wolfgang

Drei Tübinger Antifaschisten wurden im letzten Jahr vor das Gericht gezerrt, weil sie gegen die faschistische Hoffmann-Bande demonstriert hatten. Der „Rote Morgen" berichtete über den Prozeß. Der Genosse Wolfgang wurde von der Klassenjustiz zu 500 DM Geldstrafe verurteilt. Zusätzlich zur Zahlung von Prozeßkosten zwischen 10.000 und 15.000 DM.

Das Tübinger Antifaschismus-Komitee veranstaltete zur Unterstützung des Genossen ein Solidaritätskonzert mit bekannten Musikgruppen, darunter auch dem „Zupfgeigenhansl". Alle diese Gruppen spielten umsonst. Die Einnahmen (Eintrittspreis 5 DM) gingen fast ausschließlich an die Solidaritätskasse für Wolfgang. Zu dem Konzert am 11. 1. kamen über 1.000 Menschen. Genosse Wolfgang sprach während der Veranstaltung, er bedankte sich für die Solidarität und versprach, weiter entschlossen und konsequent gegen die Faschisierung zu kämpfen.

Recklinghausen: Eine Hand wäscht die andere!

Im März letzten Jahres startete die DKP in Recklinghausen ihren Werbefeldzug für ihr UZ-Volks(betrugs)fest mit einem aufwendigen Stand in der Innenstadt. Nicht ungestört allerdings! Die Partei agitierte gleich daneben für die Freilassung von Bernd Hübner, der zu dieser Zeit in der DDR in Stasi-Haft eingekerkert war. Das war den Revisionisten, die sich als „Biedermänner" tarnen wollten, natürlich ein Dorn im Auge. Entsprechend reagierten sie auch. Sie schickten ein paar ihrer Schläger herüber, einer trat das Stellschild um, die anderen sprühten einem Genossen, der dazwischenging, eine volle Ladung Tränengas ins Gesicht. Wir haben diesen feigen Überfall breit in Recklinghausen bekannt gemacht. Gleichzeitig haben wir Strafanzeige gegen einen der DKP-Faschisten wegen gefährlicher Körperverletzung gestellt.

Im Dezember nun fand in Recklinghausen der Prozeß statt. Zwei Genossen waren als Zeugen geladen. Sie beschrieben wahrheitsgetreu den Ablauf des Überfalls. Dann traten die Drahtzieher des Überfalls, Mitglieder der DKP-Orts- und Kreisleitung, in den Zeugenstand. Sie hatten ihre Rolle gut einstudiert. Ein Angriff auf das Stellschild der KPD/ML? Ausgeschlossen! Einsatz von Tränengas? Völlig undenkbar! Das Ganze sei eine abgefeimte Verleumdungskampagne der KPD/ML, der ja jedes Mittel Recht sei, um die DKP in Mißkredit zu bringen. Das sei ja wohl auch gerichtsbekannt.

Die beiden Polizisten, die anschließend aussagten, wurden bei den entscheidenden Punkten von ihrem Gedächtnis im Stich gelassen. Das geschieht bei Prozessen, wo es gegen die KPD/ML geht, „komischerweise" nie. Da können sich solche Herren immer an alle Einzelheiten erinnern, sogar an solche, die gar nicht passiert sind. Das Plädoyer des Staatsanwaltes war dann auch sehr kurz und bündig. Was man da gehört habe, reiche zur Verurteilung natürlich nicht aus. Freispruch!

Der Richter ließ die Gelegenheit nicht ungenutzt, noch eine indirekte Drohung mit einem Verfahren wegen wissentlicher Falschaussage gegen unsere beiden Genossen in die Urteilsbegründung einfließen zu lassen. Die bürgerliche Klassenjustiz hat der DKP in diesem Prozeß einen Freibrief für ihren sozialfaschistischen Terror ausgestellt. Sie sollen sich jedoch in acht nehmen! Denn außer der bürgerlichen Klassenjustiz existieren schließlich noch die proletarischen Fäuste!

Genossen aus Recklinghausen.

Korrespondenzen

Redaktion „Roter Morgen" Wellinghofer Str. 103 Postfach 30 05 26 46 Dortmund 30

„Wir sind Beispiele für die sogenannte Arbeitsbeschaffung"

Liebe Genossen!

Bei uns in der Schule waren dieser Tage drei Männer damit beschäftigt, das ganze Gebäude zu vermessen. Es dauerte mehrere Tage, und mir kam die Methode sehr umständlich und die ganze Sache merkwürdig vor, weil es ja Baupläne gibt, aus denen man alle Maße entnehmen kann. Ich wurde immer neugieriger und fragte sie schließlich, wozu das gut sein soll, ob wir vielleicht einen neuen Bodenbelag bekommen. „Nein, das nicht, sondern einige Putzfrauen weniger", war die Antwort. Die Männer waren vom Senator für das Bildungswesen extra zu dem Zweck angestellt worden, die Arbeitsplätze der Putzfrauen „richtig" zu bewerten. Dabei interessieren auch gar nicht die Baumaße, sondern wo z. B. ein Schrank steht, wie hoch der ist usw. Solche Daten bilden dann die Grundlage für die Ausarbeitung von Putzprogrammen, durch die Putzfrauen eingespart werden sollen.

Ich erkundigte mich, wie lange sie für die Vermessungsarbeit bräuchten, und sagte ihnen, daß es doch sinnlos sei, das Geld, was durch die Wegrationalisierung von Putzfrauen angeblich eingespart werden soll, für Arbeitskräfte auszugeben, die die Schulen nur zu diesem Zweck neu vermessen. Diesen Gedanken hatten die Vermesser auch schon miteinander besprochen. „Wir sind Beispiele für die sogenannte Arbeitsbeschaffung", erfuhr ich von ihnen. „Wir z. B. sind zehn Arbeitslose, die in einem halben Jahr 169 Schulen durchmessen, damit mindestens 10 Putzfrauen arbeitslos werden." Ein Kommentar erübrigt sich wohl!

Ein Genosse aus Bremen.

Von wegen: Nach dem Tod sind wir alle gleich!

Als ich letztlich mit meiner Mutter beim Rechtsanwalt war, kamen wir mit zwei Arbeiterfrauen ins Gespräch. Dabei berichteten sie uns folgenden unglaublichen Vorfall.

Ihre Söhne waren durch einen tödlichen Unfall, den ein Lastwagenfahrer verursacht hatte, ums Leben gekommen. Die Versicherung des Fahrers mußte für die entstandenen Folgekosten aufkommen. Als nun die beiden Frauen die Rechnung für das Grab und den Grabstein eingereicht hatten, lehnte es die Versicherung ab, den Betrag zu bezahlen. Und warum? Es ist kaum zu glauben: Weil die Beerdigungskosten zu hoch und der Grabstein für eine Arbeiterfamilie zu teuer — und damit nicht standesgemäß seien!

Um überhaupt Aussicht auf die Rückerstattung des Geldes zu haben, sind die beiden Frauen nun gezwungen, in ihrem Dorf und dessen Umgebung nachzuforschen, ob es eine Arbeiterfamilie gibt, deren Beerdigungskosten in gleicher Höhe gelegen haben.

Auch nach dem Tode wird ein Arbeiter in diesem System eben so behandelt wie im Leben — als Mensch zweiter Klasse.

Rot Front!

Eine Genossin aus Würzburg.

Drei Pistolen leergefeuert

Liebe Genossen,

der „Rote Morgen" berichtete bereits über die Hetzjagd, die ein Polizist im Wetteraukreis veranstaltete, wobei er einen Metzgermeister schwer verletzte. Ich möchte den Bericht durch einige Fakten ergänzen.

Der Polizist ist bekannt als einer, der gern zu tief ins Glas schaut, dabei auch schon mal mit der Pistole herumfuchtelt. Ich habe ihn selbst schon total betrunken mit Uniform und Pistole gesehen, er hat nicht nur einmal in diesem Zustand in Kneipen randaliert. Das alles ist allgemein bekannt, auch seinen Kollegen und Vorgesetzten bei der Polizei. Trotzdem wurde er zum Oberkommissar befördert. Wahrscheinlich hat dabei sein SPD-Parteibuch als Sprungbrett eine nicht unbedeutende Rolle gespielt. (In dieser Gegend gilt es als geflügeltes Wort, wenn jemand in die SPD eintritt: „Na, was will der denn für sich herausschlagen!")

Wie schon berichtet fuhr der Polizist also am Sonntagabend zum Dienst nach Büdingen. In der Bevölkerung munkelt man, er habe bereits da 1,8 Promille gehabt. Das ist nicht unwahrscheinlich. Der Metzgermeister stört ihn aus irgendeinem Grund, er eröffnet das Feuer. Dabei benutzt er nicht nur zwei, sondern drei Pistolen, die er nacheinander leerfeuert. Zum Nachladen hat er keine Zeit. Er führt also schon im Normalfall (mindestens) drei Pistolen in seinem Privatwagen mit sich. Die acht Einschüsse liegen alle gezielt auf der linken oberen Seite des Metzgerautos. Er hat also erst gar nicht versucht, auf die Reifen zu schießen, sondern sofort voll auf den Mann. Daß er ihn nicht getötet hat, ist nur Zufall. Mordversuch, klarer Fall, denkt man sich. Aber weit gefehlt. Es wird wegen versuchtem Totschlag gegen ihn ermittelt, vorläufig, vielleicht nur so lange, bis Gras über den Fall gewachsen ist. Vor der Reithalle hat er den Schwerverletzten nach Augenzeugenberichten noch brutal aus dem Auto gezerrt und getreten.

Und was passiert danach? Er meldet sich sofort nach der Hetzjagd erst einmal krank, vernehmungsunfähig. Und was gibt er später als Grund für sein Verhalten an? Man kann es sich schon vor selbst denken: Terroristenverdacht! Damit versucht er sich herauszureden, seine Mordlust zu bemänteln.

Der zuständige Staatsanwalt wird ihm sicher zustimmen, aber die Bevölkerung der Wetterau hat nun auch unmittelbar erfahren, wer die wirklichen Terroristen sind, nämlich die staatlich geschützten Killer.

Rot Front! Ein Genosse aus Frankfurt

Ein Albanien-Dia-Abend

Liebe Genossen,

schon lange wollte ich meine Freunde und Kollegen aus dem Kreis Plön einladen. Ende Dezember kam es dann zu einem Dia-Abend mit Köm und Bier. Da meine Bekannten zum größten Teil in der Landwirtschaft arbeiten, wählte ich Dias über die Landwirtschaft in Albanien aus. Anhand der Dias versuchte ich besonders die Prinzipien des Sozialismus zu erläutern. Der Vortrag wurde von den zwölf Kollegen mit Interesse und lebhafter Diskussion aufgenommen, so daß wir schließlich bis Mitternacht zusammensaßen und schnackten. Dabei redeten wir natürlich über die Landwirtschaft, aber genauso auch über die Parole „Auf die eigenen Kräfte stützen", die absolute Unabhängigkeit Albaniens, die Volksbewaffnung und über die Bedeutung des Sozialismus für uns in Deutschland. Obwohl längst nicht in allen Fragen Übereinstimmung herrschte, fanden die Erfolge in Albanien doch die volle Anerkennung der Kollegen. Als Resümee kann ich sagen, daß der Abend Spaß gebracht hat und bestimmt ein Erfolg war.

Rot Front! Ein Genosse aus Flintbek

Ältere Genossen berichten aus der Zeit des Hitler-Faschismus

Wir werden es nie vergessen

Wir werden es nie vergessen, sagen die Älteren über die Zeit des Hitlerfaschismus. Einige haben uns geschrieben. Eine Arbeiterin, die aus Osteuropa zwangsverschleppt wurde. Sie berichtet über den Terror der Faschisten, aber auch über die Solidarität einfacher Menschen, die sich weder aufhetzen, noch einschüchtern ließen. Heute kämpft sie zusammen mit der Partei, um ein neues '33 zu verhindern. Vom Kampf gegen den Faschismus in Bremen berichtet ein älterer Genosse, damals Mitglied der KPD.

Zwangsverschleppt

Ich möchte Euch von meinen Erfahrungen mit dem Hitler-Faschismus berichten. Ich mußte den Terror der Nazis erleben, die mich wie unzählige junge Männer, Mädchen und Frauen aus Osteuropa zwangsverschleppten. Ich wurde 1943, noch nicht einmal 16 Jahre alt, mitten in der Nacht von vier mit Maschinengewehren bewaffneten Nazis aus dem Bett geholt. Wir wurden erst zu einem Sammellager und dann mit dem Zug nach Lemberg gebracht. Bei diesem Transport wurden wir schlimmer behandelt als Tiere: 300 Leute in einen vernagelten Viehwaggon gepfercht, nichts zu essen, man mußte die ganze Zeit über stehen. Für mich war etwas besonders schlimm: Meine Mutter war zur Zugstation nach Lemberg gekommen. Sie lief am Zug entlang und rief meinen Namen. Schließlich gelang es ihr, mir Milch und Brot durch das Gitter des Waggons zuzustecken. Aber selbst dies war den Nazis schon zu viel. Ein Bewacher schlug sie mit dem Gewehrkolben nieder, so daß sie zu Boden stürzte. Dies war das Letzte, was ich von meiner Mutter sah...

Von Lemberg aus wurden wir über Wien nach Ingolstadt gebracht, von da aus in verschiedene Städte verteilt, immer unter schärfster Bewachung. Ich hatte noch Glück, daß ich dann auf einen Bauernhof kam. Diejenigen, die in einer Fabrik arbeiten mußten, traf es viel härter. Sie mußten im Lager hinter Stacheldrahtzäunen leben, bekamen nur einen elenden Fraß zu essen, waren noch entrechteter und unterdrückter als die Zwangsarbeiter auf den Bauernhöfen.

Ich mußte auf dem Bauernhof hart arbeiten. Aber die Bäuerin arbeitete genauso schwer, weil ihr Mann im Krieg war und sie den Hof allein bewirtschaften mußte. Später erfuhr ich, daß sie zwar eine Arbeitskraft für ihren Hof beantragt hatte, aber überhaupt keine Vorstellung davon hatte, auf welche Weise sie „beschafft" wurden. Meinetwegen nahm die Bäuerin sogar verschiedene Repressalien und Benachteiligungen in Kauf: Beispielsweise kam der Bürgermeister regelmäßig etwa alle drei Wochen vorbei, um zu kontrollieren, ob ich auch, wie vorgeschrieben, nicht etwa am selben Tisch, gemeinsam mit der Bäuerin und ihrer Tochter, aß. Denn das war verboten. Die Bäuerin ließ sich aber nicht einschüchtern und erklärte dem Bürgermeister: „Ich koche aus einem Topf, ihr rühre mit einem Kochlöffel um, also werden wir auch an einem Tisch essen." Der Bürgermeister, ein eingeschworener Nazi, sorgte dafür, daß sie deswegen alle möglichen Schwierigkeiten bekam. Z. B. erhielt sie keine Bezugsscheine mehr für Schuhe, Kleiderstoffe usw.

Die ausländischen Zwangsarbeiter hatten überhaupt keine Rechte. Ausgang gab es nur, wenn man sich vorher einen Passierschein vom Bürgermeister holte und dann sowieso nur für ein paar Stunden am Sonntag nachmittag. Ein faschistischer Polizist in unserem Dorf, der sich besonders eifrig bei der Überwachung der Vorschriften zeigen wollte, machte Jagd auf jeden, der diese Bestimmungen durchbrach. So wollte ein Pole seinen Freund in einem 14 km entfernten Dorf besuchen. Weil er keine Erlaubnis hatte, kleidete er sich wie ein Deutscher, wurde aber von diesem Polizisten erwischt. Er verschwand sofort im KZ. Nach dem Krieg wurde dieser Polizist von uns Ausländern bestraft. Es wurde a[illegible] ihn geschossen. Er wurde an den B[illegible]nen getroffen und konnte seitd[illegible] nicht mehr laufen (Rollstühle gab [illegible] nach dem Krieg nicht) und a[illegible] niemanden mehr Jagd machen.

Jeder Kontakt, jede Freundscha[illegible] zwischen Deutschen und Ausländ[illegible] war streng verboten. Wer sich nic[illegible] an diese Vorschriften hielt, setzte se[illegible] Leben aufs Spiel. 1944 wurde e[illegible] 22jähriger Pole gehängt, weil er si[illegible] mit einem deutschen Mädchen ang[illegible]freundet hatte und sie von ih[illegible] schwanger war. Man erhängte ihn ö[illegible]fentlich auf dem Marktplatz vo[illegible] Pfaffenhofen wegen „Rassenscha[illegible]de". Alle Ausländer aus der Umg[illegible]bung wurden mit Polizeiautos zusam[illegible]mengekarrt und gezwungen, sich d[illegible] Hinrichtung anzusehen. An sein[illegible] Beerdigung teilzunehmen, wurde u[illegible] allerdings verboten.

Trotzdem lernte ich viele Deu[illegible]sche kennen, die mich gut un[illegible] freundschaftlich behandelten — de[illegible] Verboten und dem Terror der Naz[illegible] zum Trotz. So trafen wir uns oft m[illegible] gleichaltrigen Jugendlichen ein[illegible] Familie aus dem Dorf und verbrach[illegible]ten heimlich die Freizeit mit ihnen[illegible] Andere dagegen wurden erst seh[illegible] plötzlich freundlich — nämlich a[illegible] das Ende des Faschismus abzusehe[illegible] war und sich die Amerikaner nähe[illegible]ten...

Dann flatterte unsere Fahne hoch über Walle

1. Mai 1933. Die Faschisten wa[illegible]ren schon an der Macht. Unse[illegible] Kampf war sehr hart und schwieri[illegible] — aber wir kämpften trotzdem. Zun[illegible] 1. Mai bekamen die Genossen au[illegible] dem Hafen, darunter ich, einen Auf[illegible]trag. Frühmorgens am 1. Mai ging ich mit „dickem Bauch" in den Be[illegible]trieb. Zum großen Kran! Die Genos[illegible]sen warteten schon verstreut un[illegible] hielten Wache. Es mußte schnel[illegible] gehen. Ich rauf auf den Kran, di[illegible] Fahne festgetütelt und in Windeseil[illegible] wieder runter... So flatterte unsere Fahne hochoben über Walle!

Kurzgeschichte von Carl Weiskopf

Neunzigtausend

Zu Beginn des Monats November konnte man in den kurhessischen Zeitungen eine amtliche Mitteilung finden, des Inhalts, daß die Geheime Staatspolizei den Kommunisten Ludwig Schleenbecker aus Gießen suche. Schleenbecker — so hieß es in der Mitteilung, auf deren wörtliche Wiedergabe in jener barbarischen Sprache, die von den Führern des Dritten Reichs für deutsch ausgegeben wird, wir verzichten wollen — Schleenbecker habe wiederholt in den Städten und auf dem Lande aufrührerische Flugblätter verteilt und werde deshalb wegen Hochverrats verfolgt; jeder, der etwas über ihn in Erfahrung bringe, müsse davon sofort das Geheime Staatspolizeiamt verständigen; Landjäger und Polizeibeamte seien angewiesen, bei einem Zusammentreffen mit Schleenbecker unverzüglich von der Schußwaffe Gebrauch zu machen; wer immer dem Hochverräter Unterschlupf oder Beistand gewähre, sei zu verhaften und unter Anklage zu stellen.

Das war im November.

Um die Weihnachtszeit konnte man in den kurhessischen Zeitungen die gleiche Mitteilung noch einmal lesen, ergänzt durch die Ausschreibung eines Kopfpreises. Schleenbecker trieb sich noch immer in den Städten und auf dem Lande umher und verteilte weiterhin kommunistische Flugschriften. Im Januar war aus den Zeitungen nichts über Schleenbecker zu erfahren. Im Februar wurde sein Kopfpreis auf das Dreifache erhöht. Von da ab wurde nichts mehr über ihn gemeldet. Vielleicht hat ihn die Geheime Staatspolizei gefaßt. Vielleicht auch nicht. Vielleicht faßt sie ihn morgen. Oder übermorgen. Aber auch wenn sie ihn faßt ... es gibt hunderttausend Schleenbeckers in Deutschland. Man kennt ihre Namen nicht, aber gerade sie, so sagen die Genossen, sind die größten Helden, ihre Namen kann das Geheime Staatspolizeiamt nicht einmal in die Zeitung setzen; es merkt von ihnen nur, wie gut sie arbeiten, aber es weiß nicht, wie sie heißen und wer sie sind.

Nach den Pressemeldungen einer Woche:

...klebten dreimal am Morgen, wenn die Angestellten der preußischen Staatsdruckerei zur Arbeit kamen, an den Schränken im Ankleideraum rote Zettel mit Hammer und Sichel, — die Täter blieben unbekannt...

...fuhren plötzlich, am hellichten Tage, vielleicht zweihundert Radfahrer durch die N..straße im Berliner Osten und sangen den „Roten Wedding" und die „Internationale", — sie blieben unbekannt...

...fanden die Bewohner eines Neubaublocks in Berlin-T... zwischen den Blättern des „Völkischen Beobachters", den ihnen SA-Männer in die Wohnung gebracht hatten, die verbotene „Rote Fahne", — die Täte[illegible] blieben unbekannt...

...verteilte eine nationalsozialisti[illegible]sche Propagandakolonne in Charlot[illegible]tenburg einen Stoß Aufrufe, den si[illegible] „zum Verteilen bestimmt!" in ihrem Vereinslokal gefunden hatte; erst al[illegible] man mit der Arbeit beinahe zu End[illegible] war, bemerkte jemand, daß e[illegible] getarnte kommunistische Aufruf[illegible] waren, — die Täter blieben unbe[illegible]kannt...

...erschoß sich der Buchdrucke[illegible] S... in seiner Wohnung, der sechsten seit er, ein früherer Kommunist, i[illegible] die Dienste der Geheimen Staatspoli[illegible] zei getreten war; er hatte fünfmal di[illegible] Wohnung wechseln müssen, we[illegible] trotz schräfster Bewachung imme[illegible] wieder am Haustor, an den Flurwän[illegible]den, an der Wohnungstür die Wort[illegible] „Spitzel! Arbeitermörder!" aufge[illegible]taucht waren; man hatte sie auch a[illegible] die Tür der letzten Wohnung gemal[illegible] — die Täter blieben unbekannt...

...erhielten in Schöneberg Pa[illegible]santen, die nichts für die Winterhilf[illegible] geben wollten, von den Sammler[illegible] Briefumschläge mit einer „letzte[illegible] Mahnung" in die Hand gedrückt; di[illegible] Umschläge enthielten illegale Schrif[illegible]ten, — die Täter blieben unbe[illegible]kannt...

In Ihrem Bericht an das Exekutiv[illegible]komitee der Kommunistischen Inte[illegible]nationale meldete die KPD Anfan[illegible] 1934 über neunzigtausend eing[illegible]schriebener Mitglieder. Neunzigtau[illegible]send Schleenbeckers! Man sucht sie[illegible] Man jagt sie. Man setzt Kopfpreis[illegible] auf sie aus. Es nützt nichts. Sie gebe[illegible] nicht nach. Sie werden mehr un[illegible] mehr. Sie sind die Stärkeren, sie wi[illegible]sen: Sie werden die Sieger von mo[illegible]gen sein.

1934 — Carl Weiskop[illegible]

Verhindert ein neues '33!

Fortsetzung von Seite 1

märsche gemeinsam mit den Faschisten brutal prügelnd gegen protestierende Werktätige vorzugehen, **hindert ihre Gerichte nicht daran, heute schon wieder Antifaschisten wegen ihres Eintretens für ihre Gesinnung für Monate ins Gefängnis zu werfen.**

Und was die nichtverfolgte DKP, diese sogenannten „Kommunisten", betrifft, **so braucht man sie,** wie vor 1933 die SPD, **dazu, dem Faschismus den Weg zu bereiten, indem sie versucht, die Arbeiterklasse vom revolutionären Kampf zum Sturz der kapitalistischen Herrschaft und damit zur Verhinderung des Faschismus abzuhalten.** Andererseits ist das, was die von ihren Komplizen in Ostberlin finanziell ausgehaltene DKP anstrebt, keinesfalls die Errichtung des Sozialismus, sondern die Errichtung einer sozialfaschistischen Diktatur, wie sie in der DDR seit der Wiederbelebung des Kapitalismus in neuer Form existiert.

„Sozialismus" als Faschismus

Dort drüben, im anderen Teil Deutschlands, wurde nach der Zerschlagung der Herrschaft der Arbeiterklasse durch eine neue kapitalistische Klasse von Parteibonzen, Technokraten und Managern unter dem Deckmantel eines angeblichen „Sozialismus" das errichtet, wonach man hier zur Zeit noch strebt, die offen faschistische Diktatur. Die brutale Unterdrückung der werktätigen Massen, die Zerschlagung ihrer kommunistischen Vorhutpartei. Nicht von ungefähr — um die Massen der Werktätigen zu täuschen — hatte auch Hitler seine Partei national-**sozialistisch** und **Arbeiter**partei genannt. Und niemand kann ausschließen, daß uns das Kapital in Zukunft seine faschistische Diktatur auch als eine neue Art „Sozialismus" anpreisen wird.

Sie haben gelernt, die westdeutschen Kapitalisten, das Finanzkapital. Nach dem Schmierentheater der westdeutschen Entnazifizierung nach 1945, die unter dem Motto lief: Die Kleinen hängt man, die Großen läßt man laufen, hatten sie es von Anfang an auf die Sicherung ihrer reaktionären Herrschaft abgesehen. Niemals mehr sollte es ihnen passieren, daß ihre Herrschaft am seidenen Faden hing.

Nur knappe drei Jahre, von 1948 bis 1951 herrschte in der Bundesrepublik eine bürgerlich-demokratische Ordnung, vergleichbar etwa denen in Schweden, Dänemark etc. (die allerdings auch nichts anderes sind als die verschleierte Form einer bürgerlichen Diktatur). Ab 1951 mit der Verabschiedung eines neuen politischen Sonderstrafrechts, den sogenannten Blitzgesetzen, und der Errichtung politischer Sonderstrafkammern nach faschistischem Vorbild, dem 1956 erfolgten KPD-Verbot und der Inhaftierung und Verfolgung Tausender der Kommunisten trieb die westdeutsche Monopolbourgeoisie die Faschisierung voran. **Mit der Verabschiedung der Notstandsgesetze im Jahre 1968 legte sie die Grundlage für die offene Errichtung ihrer faschistischen Diktatur.**

Polizeistaat in Aktion!

Das war anläßlich der Wirtschaftskrise 1966/67. Heute ist die Krise, sind mindestens eine Million Arbeitslose zu einer Dauererscheinung geworden. Und keine Verbesserung, eher eine Verschlechterung der Wirtschaftslage zeichnet sich ab. Die allgemeine Krise des Kapitalismus verschärft sich ständig. Die Monopolbourgeoisie aber befürchtet, wie sie sich ausdrückt, eine zunehmende Radikalisierung, das heißt den zunehmenden Widerstand der werktätigen Massen gegen verschärfte Ausbeutung und Unterdrückung. **Und sie verschärft ihren polizeistaatlichen Terror. Langsam, doch stetig, Schritt für Schritt baut sie die demokratischen Rechte des Volkes ab. Was wir heute erleben, ist die schleichende Machtergreifung des Faschismus, der offen terroristischen Diktatur des Finanzkapitals.**

Eine Terrorwelle, seit 1945 ohnegleichen, rollte erst vor kurzem über die Bundesrepublik. Unter dem Vorwand der Schleyer-Entführung demonstrierte der Staat seine Macht. Tausende des Nachts brutal aus den Betten gerissen, Straßenkontrollen mit vorgehaltener MP, sollten der Bevölkerung, wie es der frühere NRW-Innenminister Weyer schon vor Jahren forderte, Gelegenheit schaffen, „sich an den Anblick von mit Maschinenpistolen bewaffneten Polizisten zu gewöhnen". Ganze Häuserblocks, so in Dortmund, Stuttgart, Frankfurt und vielen anderen Städten wurden kriegsmäßig eingekesselt und durchkämmt. Arbeiter wie bei VW in Wolfsburg, wurden bei Schichtende am Tor von mit Maschinenpistolen bewaffneten Polizisten empfangen. Busse und Bahnen wurden kontrolliert.

Und wehe, es greift etwa bei der nächsten Verkehrskontrolle jemand zu hastig zur Brieftasche oder ins Handschuhfach. Es könnte ihm ergehen wie dem Landwirt H. Schlaudraff aus Leun in Hessen, den ein polizeilicher „Freund und Helfer" bei einer Kontrolle ohne Anruf und Warnung mittels einer gezielten Salve und einem Meter Entfernung ins Jenseits schickte.

Man glaube ja nicht, denen, die da auf Menschen schießen wie auf Hasen, würde groß etwas passieren. Hieß es bei den Nazis „auf der Flucht erschossen", so handelt der Killer heute in putativer (vermeintlicher) Notwehr. „Er hat mich so terroristisch angesehen." Da kann man selbst Kinder abknallen, wie den kleinen Peter Lichtenberg, und wird freigesprochen. Über 500 Menschen hat die Polizei in den letzten Jahren erschossen und erschlagen. Ein großer Teil von ihnen war völlig unbewaffnet und wurde aus nächster Nähe getötet. **Und jetzt soll das geplante Todesschußgesetz, der erlaubte Schußwaffengebrauch gegen Versammlungen und Demonstrationen, den Polizisten die letzten Hemmungen nehmen, den Abzug zu drücken. Ein westdeutscher „Schießbefehl".**

Dem Terror ausgeliefert

Doch wer hier von Mord spricht, der hat morgen seine Anklageschrift im Haus. Hilf- und schutzlos ist der Bundesbürger dem polizeilichen Terror, der polizeilichen Willkür ausgeliefert. Man wage ja nicht, einen Polizisten — solange man allein, ohne Zeugen ist — nach Namen und Ausweis zu fragen. Eine „polierte Fresse" und eine Anzeige wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt sind oftmals die Folgen. Mit unglaublicher Brutalität stürzen sich Ordnungshüter auf Demonstranten und Passanten. Niedergeknüppelte Menschen, blutverschmierte Gesichter, gasverätzte Augen. Wasserwerfer und Panzerwagen im Einsatz. **Der Staat probt den Notstand, übt den Bürgerkrieg.** Da werden Limonadenflaschen oder auch Schuhe zu gefährlichen Waffen deklariert, aus Borwasser zum Schutz der Augen gegen Tränengas oder aus Schutzhelmen wird eine passive Bewaffnung und der Aufruf zum Widerstand.

Ein Klima von Angst, Terror und Denunziation soll geschaffen werden. Zig Milliarden werden in die Aufrüstung von Polizei, Grenz- und Verfassungsschutz, Geheimdienste und Bundeswehr gesteckt. Mobile Killer-Kommandos üben den Fang-, den Todesschuß. **Wie in der Nazizeit soll jeder jeden bespitzeln.** Die Polizei ruft über die Presse dazu auf, alle „Verdächtigen" zu melden, den Nachbarn im Auge zu behalten. Telefonanschlüsse für Denunzianten werden geschaffen. Und verdächtig ist jeder: „Die jungen Leute von nebenan", wie die „Bild"-Zeitung schreibt, die jugendlichen Arbeitslosen, wie CDU-Generalsekretär Geißler meint. In Datenbänken sind die Namen von allein über drei Millionen verdächtigen Bundesbürgern registriert. Karteien werden angelegt. Jeder Streikende, jeder, der seinen Vorgesetzten, einen Polizisten mal schief angesehen hat, kann dort hineingelangen. **„Eingriffe in das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechgeheimnis" wie erst nach Hitlers Machtergreifung eingeführt, sind heute üblicher Alltag.**

Menschen, die sich nicht einschüchtern lassen, die der regierungsamtlichen Hetze nicht folgen, die einen SS-Mann wie Schleyer noch immer einen SS-Mann Schleyer, einen Nazi noch immer einen Nazi, einen Kapitalisten noch immer einen Kapitalisten, einen Mörder noch immer einen Mörder nennen, werden zu Sympathisanten erklärt und bestraft. Unter dem Stichwort „Sympathisanten" soll jeder, der sich dem Bonner Kurs auf ein neues 1933 entgegenstellt, mundtot gemacht werden.

Politisch verfolgt

Berufsverbote — wie bei den Nazis — gegen antifaschistische, kommunistische Lehrer und andere Beschäftigte des öffentlichen Dienstes sind nicht nur bei uns, sondern weltweit zum Symbol für das Wiederaufkommen des Faschismus in Westdeutschland geworden. Politische Entlassungen von Arbeitern und Angestellten, Vertrauensleuten und Betriebsräten sind an der Tagesordnung. Kaum ein Tag, der vergeht ohne Verfahren, politische Terrorprozesse gegen Gegner der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, gegen „Regimekritiker". Und eine in diesen Fragen gleichgeschaltete Presse, Rundfunk und Fernsehen versuchen zu verhindern, daß all dies an die Öffentlichkeit dringt. **Wie die Nazis versuchten, ihren Terror, ihre KZs zu verschweigen oder als harmlose „Umerziehungslager" hinzustellen, so versucht die bürgerliche Meinungsmache heute zu verschweigen oder zu leugnen, daß es in diesem Land vieltausendfache politische Verfolgung, Bestrafung und Einkerkerung gibt.** Kritische Redakteure und Journalisten müssen sich den Mund verbieten lassen, oder können den Hut nehmen. Gegen demokratische und antifaschistische Schriftsteller läuft — angeheizt durch eine reaktionäre Pogrompresse wie „Bild" — eine niederträchtige, systematische Hetzkampagne. CDU-Abgeordnete fordern bereits wieder zu Bücherverbrennungen auf. Bücherverbrennungen wie in der finsteren Zeit des Hitlerfaschismus.

Die „Beschränkung des Rechts auf freie Meinungsäußerung" wie unter Hitler, ist bei uns bereits wieder gang und gäbe. Flugblätter, Artikel, in denen Antifaschisten, Kommunisten, Revolutionäre ihre Meinung sagen, reicht den vielerorts eingerichteten politischen Sonderstrafkammern für monatelange Haftstrafen. Rechtsanwälte, die angeklagte Kommunisten und Revolutionäre verteidigen, stehen praktisch schon mit einem Bein im Gefängnis. Die Rechte der Verteidiger in politischen Prozessen werden immer weiter eingeschränkt. Verteidigerüberwachung und Kontaktsperregesetz machen eine Verteidigung politischer Gefangener nahezu unmöglich. Eine Flut von reaktionären Gesetzen und Verordnungen kommt auf uns zu: vom Razziengesetz, Todesschußgesetz, Verschärfung der Meldepflicht, Änderungen des Versammlungs-, Waffengesetzes, des Strafvollzugsgesetzes, bis hin zur Führungsaufsicht für verurteilte Demonstranten und Sicherungsverwahrung schon beim ersten politischen Urteil. Sie sind eine Fortsetzung der bereits bestehenden reaktionären Gesetze, wie dem Betriebsverfassungsgesetz, das der Arbeiterklasse den konsequenten Kampf für ihre Interessen gegen die Unternehmer verbietet. **Deshalb schon heute Illegalisierung spontaner Streiks, Polizeieinsätze in Betrieben. Deshalb keine Aufhebung des KPD-Verbots. Deshalb die Verbotsdrohungen gegen die KPD/ML und andere Organisationen.**

Kolleginnen, Kollegen,

laßt Euch nicht schrecken. Ihr seid stärker als Ihr denkt. Nicht wir, die Werktätigen, zittern vor ihnen, sie die Kapitalisten, zittern vor uns. Ihr staatlicher Terror ist die hysterische Reaktion auf unsere wachsende Kampfbereitschaft. Wenn schon eine Handvoll kleinbürgerlicher sogenannter „Terroristen" die herrschende Klasse in Angst und Panik versetzt, was wird dann erst werden, wenn die Arbeiterklasse auf dem Kampfplatz erscheint? **Schaffen wir eine Front gegen Reaktion und Faschismus! Setzen wir gemeinsam, unabhängig von unserer Weltanschauung und Religion, Sozialisten, Demokraten, Antifaschisten, Kommunisten, dem polizeistaatlichen Terror, Reaktion und Faschismus, die Einheit unseres Handelns entgegen.**

Lassen wir uns nicht verwirren von jenen, die in einer sogenannten „Antifaschistischen Aktion" ihren Schlag lediglich gegen die offen auftretenden Faschisten (die man natürlich schlagen muß) oder ein sogenanntes „Rechtskartell" richten. Sie wollen den Schlag nur vom Hauptfeind, dem Finanzkapital und seine, die Faschisierung vorantreibenden Parteien CDU/CSU, SPD/FDP ablenken. **Mit Leuten, die zwar etwas gegen den Neofaschisten Strauß, nichts aber gegen den Sozialfaschisten Honecker haben, kann es keine Einheit geben.**

Beschränken wir unser Handeln nicht auf papierene Proteste und Resolutionen. Mit Beten und frommen Sprüchen läßt sich kein neues 1933 verhindern. Gegen die konterrevolutionäre, reaktionäre, faschistische Gewalt der Herrschenden hilft nur die revolutionäre, fortschrittliche Gewalt der Unterdrückten. Setzen wir auf unsere Fahnen schon heute die Losung:

TOD DEM FASCHISMUS! FREIHEIT DEM VOLK!

Demonstriert am 30. Januar gegen Reaktion und Faschismus

unter folgenden Losungen: • Schluß mit der faschistischen Propaganda und Pogromhetze! • Weg mit den Notstandsgesetzen! • Kampf dem Polizeiterror! Weg mit dem geplanten Todesschußgesetz! • Auflösung der Sonderkommandos des Bundesgrenzschutzes und der MEKs! • Auflösung der politischen Sondergerichte! • Weg mit dem Kontaktsperregesetz! • Kampf der Einschränkung der Verteidigerrechte und der Kriminalisierung fortschrittlicher Rechtsanwälte! • Kampf der fortschreitenden Gleichschaltung von Presse, Funk und Fernsehen! • Schluß mit der Hetze gegen demokratische und antifaschistische Schriftsteller! • Für Presse- und Meinungsfreiheit! • Weg mit den Berufsverboten! • Weg mit dem Betriebsverfassungsgesetz! • Volle Durchsetzung des Streikrechts! • Freie politische und gewerkschaftliche Betätigung! • Weg mit dem KPD-Verbot! Weg mit den Verbotsdrohungen gegen die KPD/ML und andere Organisationen! Organisationsfreiheit für die Arbeiterklasse und alle Werktätigen!

Fackelzüge:

Bielefeld: 18 Uhr, Stresemannstr., Kundgebung 19 Uhr, Siegfriedsplatz
Bremen: 17.30 Uhr, Bremen-Neustadt, Delmemarkt
Düsseldorf: 19 Uhr, Düsseldorf-Reisholz, Fürstenbergerstr., Nähe S-Bahnhof
Frankfurt: 19 Uhr, Langobardenweg/Ecke Chattenweg
Hamburg: 17.30 Uhr, S-Bahn Holstenstraße (Hinterausgang)
Hannover: 18 Uhr, Hannover-Linden, Schwarzer Bär
Herne: 18.30 Uhr, Isederstr./Höhe Friedrich der Große, Abschlußkundgebung: 19.15 Uhr, Langforthstr.
Kiel: 18 Uhr, Vinetaplatz
München: 18 Uhr, Giesinger Bahnhofsplatz
Nürnberg: Nürnberg-Langwasser, 18 Uhr, vor U-Bahn Gemeinschaftshaus
Stuttgart: 18.30 Uhr, Stuttgart-Ost, Kniebisstraße/Strombergstr. (Buslinie 40 vom Hbhf.)
Westberlin: 17 Uhr, Schererstr. 10

Veranstaltungen:

Bochum: Veranstaltung der Roten Garde am 22. 1., 17 Uhr, Wattenscheid, Gaststätte Meier Bochumerstr. 90. Es wird der antifaschistische Spielfilm „Nackt unter Wölfen" gezeigt.
Bremen: 20.00 Uhr, Gaststätte „Weidenhöfer", Grenzwehr, Bremen-Osterholz.
Dortmund: 26. 1., 19.30 Uhr in Dorstfeld, „Haus Unland", Wittener Straße. / 26. 1., 19.00 Uhr in Hörde, „Kegler-Stuben", Hochofenstraße / Rote-Garde-Treff: 19. 1., 18.00 Uhr in Scharnhorst, „Zum Körnebach", Westheck 25.
Flensburg: 25. 1., Hotel Sommerlust Fruerlunderstr.
Freiburg: 30. 1., 20.00 Uhr, Hotel Sonne, Baseler Str.
Gießen: 25. 1., 19.00 Uhr, „Kongreßhalle", Schwedenzimmer.
Heilbronn: 27. 1., 19.30 Uhr, „Ernst-Thälmann-Keller", Holzstr. 12.
Iserlohn: 26. 1., 19.30 Uhr, Gaststätte „Westerhoff", Kurt-Schuhmacher-Ring 10.
Köln: 28. 1., 16.00 Uhr im Kino „Lux", Leverkusen-Wiesdorf, Hauptstr. 135. Es wird der Film „Rat der Götter" gezeigt, anschl. Diskussion.
Minden: 27. 1., 19.30 Uhr, Gaststätte „Zum Stern", Hahler Str./Sandtr. Es wird ein antifaschistischer Film gezeigt.
Rüsselsheim: 28. 1., 19.30 Uhr, „Zum Burggrafen", Friedrich-Ebert-Str.
Witten: 21. 1., 19.00 Uhr, Gaststätte „Haus Heckmann", Augustastr. 98/Ecke Crengeldanz. Es wird der antifaschistische Spielfilm „Nackt unter Wölfen" gezeigt.

Aus aller Welt

Italien: Massenkämpfe gegen die Faschisten

In Rom und mehreren anderen Städten Italiens sind seit über einer Woche heftige Straßenkämpfe gegen die faschistischen Banden und die Polizei entbrannt. Die Faschisten haben einen regelrechten Feldzug des Terrors gegen die Werktätigen begonnen. In einer Presseerklärung kündigten sie dreist an: „Heute beginnt eine antimarxistische Woche." Überfälle auf Jugendliche, Sprengstoff- und Brandanschläge, Verwüstungen von Büros und Wohnungen, all das ist damit gemeint.

Bei den Straßenkämpfen traten diese Banden mit Feuerwaffen auf und gaben wiederholt Schüsse auf Antifaschisten ab. Gegen diese Terrorwelle haben sich die Antifaschisten zur Wehr gesetzt. In mehreren Stadtvierteln Roms wurden Barrikaden errichtet. Die Polizei, die in der Hauptstadt unter dem Kommando eines revisionistischen Bürgermeisters steht, versucht mit allen Mitteln der reaktionären Gewalt, die antifaschistischen Kämpfe zu unterdrücken. Rom glich in den letzten Tagen einer belagerten Festung. Neben schwerbewaffneten Carabinieri wurden auch bewaffnete zivile Greiftrupps gegen die Antifaschisten eingesetzt.

Während dieser Kämpfe hat der amerikanische Präsident Carter seinen Botschafter aus der italienischen Hauptstadt nach Washington zurückgerufen. Unverhohlen erklärte er, dieser dramatische Schritt solle die „Besorgnis" der US-Imperialisten über die Lage in Italien zum Ausdruck bringen. Mittlerweile mischte sich Washington mit mehren Erklärungen offen und massiv in die italienischen Angelegenheiten ein. Die US-Imperialisten, die in Italien Militärstützpunkte und Truppeneinheiten haben, maßten sich dabei auch an, über die Zusammensetzung der italienischen Regierung zu entscheiden.

Britannien: Streik der Feuerwehrleute verraten

Neun Wochen lang standen die britischen Feuerwehrleute im Kampf für eine 30prozentige Lohnerhöhung. Damit wehrten sie sich gegen die ständige Verschlechterung ihrer Lebenslage. Sie bekommen noch einen weit geringeren Lohn als Facharbeiter in anderen Bereichen. Schon im letzten Jahr war der Gewerkschaftsdachverband TUC ihrem Kampf dadurch in den Rücken gefallen, daß er jegliche Streikunterstützung ablehnte. In der vergangenen Woche haben auch die Bonzen der Gewerkschaft der Feuerwehrleute den Kampf verraten und das den Lohnleitlinien der Regierung entsprechende Angebot einer 10prozentigen Lohnerhöhung angenommen. Vor dem Tagungsgebäude, in dem die Bonzen ihre Streikbruch-Versammlung abhielten, hatten sich viele Feuerwehrleute eingefunden. Sie griffen die Verräter an, die nur durch einen massiven Polizeieinsatz befreit werden konnten.

Nicaragua: Zehntausende kämpfen gegen die Diktatur

In Managua, der Hauptstadt des mittelamerikanischen Staates Nicaragua, folgten 30.000 Menschen dem Sarg eines von der Diktatur ermordeten Journalisten. Der Trauerzug entwickelte sich zur größten Demonstration seit Jahren. Die Massen griffen in der Hauptstadt Besitzungen des Diktators Somoza an und setzten sie in Brand. Ihm gehören eine Reihe von Gold- und Silberminen, Versicherungsgesellschaften und mehr als 20% des fruchtbaren Bodens Nicaraguas. Diese Massenkämpfe sind ein weiterer schwerer Schlag gegen das reaktionäre Regime.

Daneben hat auch der bewaffnete Kampf der Patrioten in der letzten Zeit einen Aufschwung genommen. So wurden kürzlich in der Stadt Masaya 20 Soldaten des Regimes kampfunfähig gemacht. Die Patrioten griffen auch mehrere Garnisonen an, darunter eine in der Hauptstadt Managua. Die Familie Somoza, die nunmehr vierzig Jahren ihre Blutherrschaft über das Volk ausübt, ist von den amerikanischen Imperialisten an die Macht gebracht worden. Sie sind auch bis heute die wahren Herren des Landes, die sich die größten Reichtümer Nicaraguas angeeignet haben. Eine Spezialeinheit der amerikanischen Armee steht im Land, amerikanische Offiziere führen die Strafexpeditionen der Somoza-Streitkräfte an, mit denen der weiße Terror in die Dörfer des Landes getragen wird. So wurden in einem Dorf der Provinz Zelyay 45 Männer, Frauen und Kinder ermordet, weil ihnen vorgeworfen wurde, die Patrioten unterstützt zu haben.

Das Volk von Nicaragua erweitert ungeachtet des Terrors seinen bewaffneten Kampf und betrachtet ihn als den einzig richtigen Weg zur Befreiung von Unterdrückung und Ausbeutung.

Iran: 76 Demonstranten erschossen

Ein blutiges Massaker richteten Polizeieinheiten des faschistischen Schah-Regimes in der südiranischen Stadt Qom an. Sie eröffneten das Feuer auf eine Menschenmenge, die gegen das Regime demonstrierte. Schon unter der ersten Salve fielen allein an einer Stelle acht Demonstranten. In Berichten aus dem Iran heißt es, daß die Straßen der Stadt mit Toten und Verwundeten übersät waren. Insgesamt wurden 76 Menschen bei dem faschistischen Feuerüberfall ermordet.

Azania: Der bewaffnete Kampf wächst an

In mehreren Städten Azanias (Südafrika) ist es zu neuen bewaffneten Kampfaktionen gekommen. In Johannesburg konnten die Patrioten mehrere Soldaten und Polizisten des Rassistenregimes töten. In Kapstadt, Port Elisabeth, in der Nähe Pretorias usw. explodierten Sprengladungen der Patrioten. Auch die Massenaktionen der Werktätigen in den Gettos halten an. Nach wie vor versucht das Vorster-Regime diese Kämpfe im Blut zu ersticken. Im Getto von Port Elizabeth eröffneten die Rassisten wieder das Feuer auf Demonstranten.

Auch der vorsätzliche heimtückische Mord gehört immer mehr zu den alltäglichen Methoden des Vorster-Regimes. In den Gefängnissen werden politische Gefangene kaltblütig umgebracht. Ein weißer Gegner des Regimes wurde kürzlich in seiner Wohnung überfallen und ermordet.

Kambodscha/Vietnam:

Wie die Nachrichtenagenturen melden, dauern die Kämpfe zwischen militärischen Einheiten Vietnams und Kambodschas weiter an. Gefechte aus diesem Gebiet werden schon seit einigen Wochen gemeldet.

Erklärung der KP Kolumbiens/Marxisten-Leninisten

"Wir leben in der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution"

Vor einiger Zeit erschien in „Revolucion", dem Zentralorgan der KP Kolumbiens/ML, eine Erklärung des Zentralen Exekutivkomitees der Partei, die die marxistisch-leninistische Einschätzung unserer Epoche gegen die opportunistischen Verfälschungen durch die „Theorie der drei Welten" verteidigt.

Die KP Kolumbiens bekräftigt: „Wir sind fest davon überzeugt, daß die grundlegenden Widersprüche unserer Epoche nur auf revolutionärem Weg gelöst werden können, d. h. mit dem Sieg der Völker unter Führung des Proletariats über ihre Ausbeuter und Unterdrücker." Nachdem in der Erklärung betont wird, daß der Sieg über den Imperialismus nicht errungen werden kann, ohne den schonungslosen Kampf gegen den Revisionismus in seinen verschiedenen Erscheinungsformen zu führen, heißt es weiter: „Der USA-Imperialismus und der sowjetische Sozialimperialismus stellen die Hauptfeinde der Völker dar, die von ihnen ausgebeutet und beraubt werden. Wir sind der Ansicht, daß die Natur des Imperialismus als System überall ein- und dieselbe ist, unabhängig von den Ländern, in denen er existiert. Die Behauptung, der USA-Imperialismus befinde sich in der Defensive und sei weniger gefährlich als der sowjetische Sozialimperialismus, stimmt nicht mit der konkreten Wirklichkeit überein und führt zu falschen Schlußfolgerungen... Der sowjetische Sozialimperialismus ist genauso gefährlich wie der amerikanische Imperialismus und befindet sich im Verfall genauso wie dieser. Dieser Verfall kennzeichnet das gesamte kapitalistische System."

In der Erklärung heißt es dann: „Wir wissen, daß es zwischen den Imperialisten Widersprüche gibt, daß es eine Aufgabe der Marxisten-Leninisten ist, diese Widersprüche im Interesse der Revolution auszunutzen. Wir wissen aber auch, daß sich die zwischenimperialistischen Widersprüche und die Widersprüche zwischen dem Imperialismus und den Völkern grundlegend unterscheiden und daß es nicht richtig ist, sie zu vertauschen, die einen den anderen unterzuordnen. Wenn die zwischenimperialistischen Widersprüche den Kampf der Völker begünstigen, so ist das darauf zurückzuführen, daß sie die Kräfte der Reaktion im Innern schwächen und keineswegs darauf, daß sie die Kräfte der Revolution stärken. Der Nutzen aus diesen Widersprüchen muß im Zusammenhang damit gesehen werden, daß die Revolution im wesentlichen nicht von den innerimperialistischen Widersprüchen abhängt, sondern vom Kampf der revolutionären Massen."

„Die Theoretiker der Drei-Welten-Theorie dagegen", heißt es weiter in der Erklärung, „heben die zwischenimperialistischen Widersprüche hervor, indem sie die anderen wesentlichen Widersprüche unserer Epoche ignorieren. Auf diese Weise wird der antagonistische und unversöhnliche Kampf zwischen den Kräften des Sozialismus und denen des Imperialismus ‚vergessen'. Der Kampf zwischen den Völkern und dem Imperialismus und Sozialimperialismus verschwindet. Man vergißt den Kampf der Arbeiterklasse und der Volksmassen gegen die herrschenden Klassen." Dann wird in der Erklärung betont: „Es ist klar, daß die Perspektive der Revolution verlorengeht, wenn man zu der sogenannten dritten Welt unterschiedslos Länder mit verschiedenen gesellschaftlichen Systemen zählt, angefangen von den sozialistischen Ländern bis zu den reaktionären Regimen. Die Theoretiker der sogenannten dritten Welt behaupten, daß die Länder, die zu dieser Welt gehören, die Triebkraft der Geschichte sind, womit sie sich in flagranter Weise vom Marxismus-Leninismus abwenden, der uns stets lehrt, daß es der Klassenkampf ist, der die gesellschaftliche Entwicklung vorwärtstreibt. Diese marxistisch-leninistische Lehre wurde auch von den wahrhaften Kommunisten bekräftigt und durch die revolutionäre Praxis vollständig bewiesen. Die Verschärfung des Klassenkampfes und nicht seine Milderung führt zum Sieg der Arbeiterklasse und der Völker über ihre Feinde. Dadurch wird die Revolution vorbereitet. Wir denken, daß es ein schwerer Fehler ist, sich mit einer Supermacht zu vereinigen, um die andere zu bekämpfen oder um sich vo[r] ihr zu schützen. Wir betonen die Not[wendigkeit], die Völker zu mobilisie[ren], damit sie die revolutionäre Gewal[t] anwenden und so voranmarschiere[n] können zur Zerschlagung ihrer grau[]samsten Feinde.



Kolumbianische Jugendliche im Kampf gegen die Polizei

Die Theoretiker der „drei Welten" kehren dem Klassenkampf den Rücke[n] und predigen die Kapitulation vor dem USA-Imperialismus, die Klassenver[]söhnung in jedem Land. Die Vereinba[]rungen mit dem Klassenfeind und di[e] Zugeständnisse können nicht die Leit[]linie des Proletariats sein, sie könne[n] nicht zu seiner Generallinie werde[n] unter dem Vorwand, die revolutionä[]ren Kräfte müßten bestimmte Kom[]promisse schließen. Die Kapitulation vor dem äußeren Feind und die Ver[]söhnung mit den herrschenden Klasse[n] im Lande führen unvermeidlich zu[r] Zusammenarbeit mit den Klassenfein[]den, mit den Feinden der Revolution und der gesellschaftlichen Entwick[]lung. Dies ist eine revisionistische Po[]litik und Praxis, die wir Kommunisten ablehnen müssen.

Heute verschärft sich die Rivalität zwischen den beiden imperialistische[n] Supermächten um die Weltvorherr[]schaft. Darum existiert und wächst di[e] Gefahr eines neuen Weltkriegs. Si[e] beherrschen aber nicht, wie sie es gern[e] hätten, die diesen neuen Krieg bestim[]menden Faktoren, denn die Kräfte, die fähig sind, diesen Krieg durch ihr[e] Aktionen aufzuhalten, wachsen. De[r] revolutionäre Kampf der Völker ver[]tieft sich und breitet sich überall hin aus. Er sichert die Perspektive de[r] Revolution gegen die Faktoren des imperialistischen Krieges.

In der Erklärung des Zentrale[n] Exekutivkomitees der KP Kolum[]biens/ML heißt es abschließend: Wi[r] halten mit unerschütterlicher Treue am proletarischen Internationalismus fest, indem wir ihn als Bestandteil der kom[]munistischen Moral betrachten, di[e] von uns fordert, daß wir den Interes[]sen des Weltproletariats treu sind und zum Sozialismus und Kommunismu[s] marschieren. Das ist eine der größte[n] Lehren der Lehrmeister des Marxis[]mus, die auf die unbedingte Notwen[]digkeit hinweist, daß sich das Prole[]tariat im allgemeinen gegen den Kapi[]talismus vereinigt, mit dem Ziel, di[e] Ausbeutung des Menschen durch de[n] Menschen ein für allemal zu besei[]tigen. Unsere Partei verspricht, daß si[e] den proletarischen Internationalismu[s] bis zum Schluß anwenden wird, de[n] den Kämpfen des Proletariats eine[n] universalen Charakter verleiht und di[e] Erfahrungen aller Völker in ihrem Kampf gegen Kolonialismus, Neoko[]lonialismus und die Reaktionäre, ge[]gen die imperialistischen und revisioni[]stischen Kräfte zusammenfaßt.

Krieg zwischen sozialistischen Ländern?

Krieg wird es immer geben, sagen die Kapitalisten. Auch im Kommunismus. Daß es Kriege gibt, liegt eben in der menschlichen Natur.

Lüge! Nicht in der menschlichen Natur, sondern in der Klassengesellschaft haben die Kriege ihre Ursache. Die ungerechten Kriege, die die Imperialisten für ihren Profit und für die Ausdehnung ihrer Macht führen, aber auch die gerechten Kriege, die die Proletarier und die Völker für ihre Freiheit, für die Abschüttelung des imperialistischen Jochs und für den Sturz der Herrschaft des Imperialismus führen. Deshalb wird es erst dann, wenn die Bourgeoisie in der ganzen Welt, und nicht nur in einigen Ländern, vollständig besiegt wurde und das kommunistische Weltsystem errichtet worden ist, auch keinerlei Kriege mehr geben.

Zwar sind wir heute noch nicht so weit. Noch gibt es erst einzelne sozialistische Länder. Aber schon heute gilt: Die sozialistischen Länder sind Bollwerke des Friedens. Alle Verleumdungen, mit denen die Imperialisten versuchen, die sozialistischen Länder als aggressiv und kriegstreiberisch hinzustellen, fallen deshalb auf sie selbst zurück. So wie etwa 1968 beim Überfall der Sowjetunion auf die CSSR. „Aggression eines sozialistischen Landes", schrien damals die Kapitalisten. In Wirklichkeit war die Sowjetunion damals längst kein sozialistisches Land mehr (die CSSR natürlich auch nicht) und gerade durch diesen imperialistischen Aggressionsakt erkannten da auch viele, die bis dahin noch Illusionen über die Sowjetunion hatten. Und genauso ein vergeblicher Versuch, die sozialistischen Länder zu verleumden, ist es, wenn auch heute die kapitalistischen Propagandaorgane von einem „marxistisch-leninistischen Krieg" bzw. einem „Krieg zwischen sozialistischen Ländern" schwadronieren. Niemals wird ein sozialistisches Land ein anderes Land mit Krieg bedrohen. Immer werden die sozialistischen Länder an der Seite der Völker im Kampf für Frieden und Freiheit stehen. Allerdings: Wenn der Sozialismus von der Bourgeoisie angegriffen wird, wenn der Imperialismus an[]strebt, das siegreiche Proletariat de[s] sozialistischen Staates zu zerschmet[]tern, wie es bei dem Überfall der Hit[]lerfaschisten auf die Sowjetunion Stalins der Fall war, dann wird darauf mit einem Verteidigungskrieg geantwortet werden. „In solchen Fällen", schrieb Lenin, „wäre ein Krieg unsererseits legitim und gerecht, es wäre ein Krieg für den Sozialismus, für die Befreiung der Völker von der Bourgeoisie", ein Krieg zur „Verteidi[]gung des siegreichen Proletariats gegen die Bourgeoisie anderer Länder."

Kriege zwischen sozialistischen Ländern sind deshalb ein Ding der Unmöglichkeit. Natürlich wird es auch zwischen sozialistischen Ländern Widersprüche geben. Aber diese Widersprüche können zwischen wahrhaft sozialistischen Ländern niemals antagonistischer Natur sein. Der Weg zu ihrer Lösung ist deshalb auch niemals der gewaltsame Weg des Krieges, sondern immer der friedliche Weg der Gespräche und Verhandlungen.

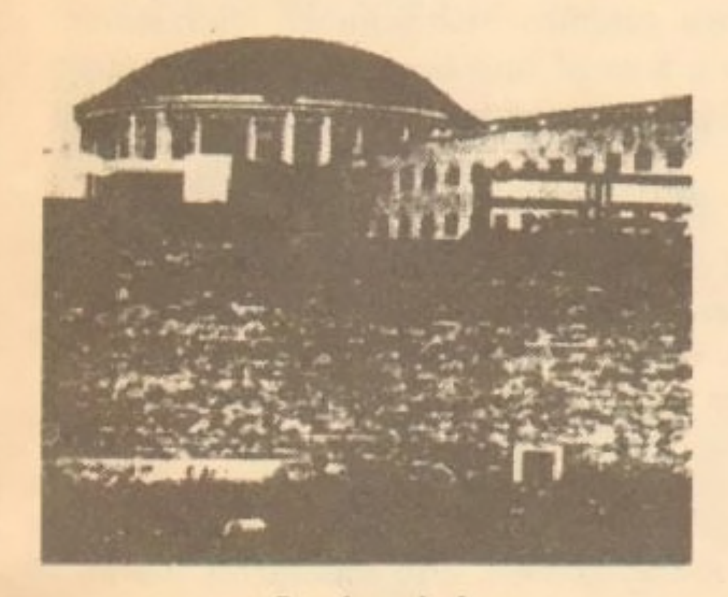
DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Reportage (Teil 2)

In dieser Ausgabe bringen wir den zweiten Teil der Reportage „Für Spaniens Freiheit". Geschrieben wurde dieser Bericht von einer Genossin, die Ende letzten Jahres als Gast unserer spanischen Bruderpartei, der illegalen KPSp/ML, Spanien besuchte. Im ersten Teil hatte sie über die Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit der spanischen Genossen und über ein revolutionäres Volksfest in Madrid berichtet.

Für Spaniens Freiheit!

Am nächsten Tag treffe ich einen Genossen in Carabanchel. Wir gehen in Richtung Gefängnis. Die Straßen sind voller Menschen an diesem Nachmittag. Wir verlassen den alten Stadtkern und kommen in ein Neubaugebiet. Eine Kolonne von Polizeiautos überholt uns. Schon von hier aus sehen wir, daß über dem Gefängnis ein Hubschrauber kreist. Die Gefangenen machen einen Aufstand. Sie meutern, weil das neue Amnestiegesetz nur die politischen Gefangenen betrifft. Nach etwa zehn Minuten Fußmarsch sind wir ziemlich nah am Gefängnis von Carabanchel. Genosse R. meint, daß das Fotografieren hier nicht ungefährlich sei. Deshalb suchen wir uns einen sicheren Platz, und ich fotografiere nur kurze Zeit.



Carabanchel

Das Gefängnis liegt etwas außerhalb des bewohnten Gebiets auf einer leichten Anhöhe. Von weitem sieht man eine große graue Kuppel im Mittelpunkt, von der die verschiedenen Trakte abgehen.

Bis auf etwa 500 Meter kann man sich diesem berüchtigten Bau nähern. Dann versperrt eine von Zypressen gesäumte hohe Ziegelsteinmauer den Weg. R. erzählt mir, daß es in Spanien zwei Arten von Gefängnissen gibt: solche für Untersuchungsgefangene und Häftlinge mit Strafen bis zu fünf Jahren und solche für Verurteilte mit langen Haftstrafen. Carabanchel gehört zum ersten Typ. Anhand seiner eigenen Erfahrungen schildert mir der Genosse, wie die Schergen des Regimes mit den Verhafteten verfahren.

Die politische Polizei hat ein eigenes zentral geleitetes Kommando, dessen Aufgabe es ist, Genossen der FRAP und der ETA, der Organisation der baskischen Patrioten, zu jagen. Direction de Seguridad Social (DSG) — Direktion der sozialen Sicherheit, so nennt das Regime seine politische Polizei. Jeder Genosse, den sie in Madrid verhaften, wird in das Gebäude der DSG in der Altstadt geschleppt. Hier direkt an der belebten U-Bahnstation Puerta del Sol kommen täglich Tausende von Menschen auf ihrem Weg zur Arbeit vorbei. Sie sehen dieses alte im Stil eines Schlößchens mit einem Glockenturm gebaute Haus. Die Fensterreihe im Erdgeschoß ist vergittert. Dort liegen



Das Gebäude der DSG

die berüchtigten „mazmorras", die Folterkammern. Vor dem Gebäude patroullieren die Grauen mit Maschinenpistolen. „Grises", Graue — so nennt das Volk nach der Farbe ihrer Uniform die verhaßte bewaffnete Polizei. Sie hat ebenfalls hier ihr Hauptquartier.

Unmittelbar nach der Verhaftung wird der Gefangene in eine Zelle gebracht, wo er bis zum Verhör warten muß. Er wird dann in einen anderen Raum geschleppt, wo nicht nur mehrere DSG-Leute auf ihn warten, sondern auch ein Arzt. Das Verhör beginnt mit Beschimpfungen. Die „Sozialen" bauen sich um den Verhafteten auf, schreien ihn an. Dann kommen die ersten Schläge auf alle möglichen Körperteile. Stiche mit spitzen Gegenständen folgen, das Verharren in schmerzhaften Körperstellungen, Elektroschocks. Sie haben sich viele bestialische Torturen ausgedacht, wie zum Beispiel das „Bad". Der Gefangene wird mit dem Kopf in einen Kübel voller Exkremente gesteckt, bis er zu ersticken droht.

Und der Arzt? Der ist dazu da, die Pausen zwischen den Folterungen festzulegen. Er soll aufpassen, daß kein Gefangener unter der Folter stirbt. Außer diesen brutalen Terrormaßnahmen haben die „Sozialen" auch ihre Methoden der psychischen Folter entwickelt. Sie bedrohen den Gefangenen mit dem Tode oder kündigen ihm an, seine Angehörigen zu ermorden. Tagelang werden die Verhafteten am Schlafen gehindert, sie dürfen weder liegen noch sitzen. Die Folterknechte erzählen ihnen, daß sie von ihren Genossen verraten worden sind und andere schmutzige Lügen. So versucht die DSG, die Gefangenen kleinzukriegen.

Die Schweigezellen

Das Ziel der Folter ist es, eine „Aussage" zu bekommen. Den Text dazu haben die Schergen selbst verfaßt, der Verhaftete soll nur noch unterschreiben. Und dann wird er nach Carabanchel gebracht. Allerdings können die „Sozialen" im Ausnahmezustand einen Gefangenen beliebig lange in der DSG festhalten. Aber auch, wenn kein Ausnahmezustand verhängt ist, bleiben die Gefangenen fast immer länger als gesetzlich erlaubt auf der DSG. Es gibt Genossen, die bis zu sechs Wochen dort festgehalten wurden und den brutalen, hinterhältigen Folterknechten ausgeliefert waren.

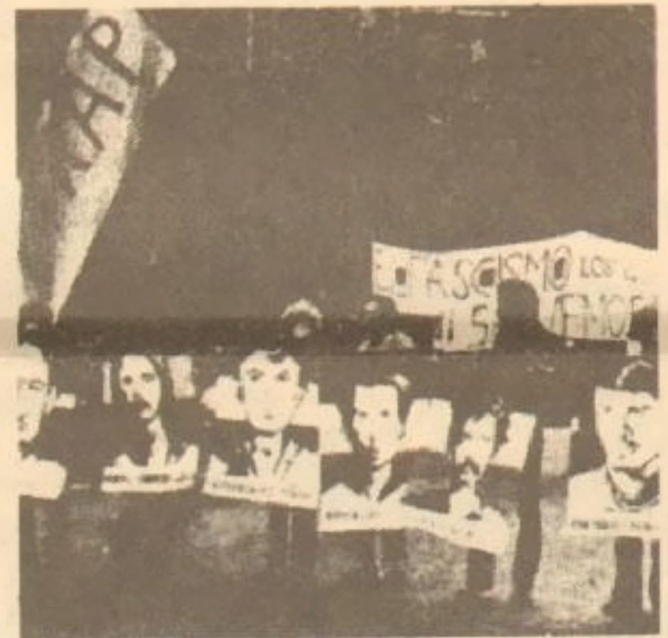


„Vollständige Amnestie" für die politischen Gefangenen!

Wenn man wegen eines „kleinen Vergehens" angeklagt ist und keine Beweise vorliegen, besteht die Möglichkeit, daß man gegen eine hohe Kaution auf freien Fuß gesetzt wird. Das gilt jedoch nicht für denjenigen, der aufgrund des Gesetzes gegen den Terrorismus angeklagt ist. Er kommt sofort nach der Verhaftung in die Celdas de castigo, die Schweigezellen, ein mal zwei Meter große Löcher, in denen der Gefangene vollständig isoliert wird. Ihre Einrichtung besteht nur aus einem Kübel für Exkremente und einer total verdreckten Matratze, vor der man sich ekelt. Auch diese Matratze wird nur nachts in die Zelle gelegt.

Bis zu 30 Tagen kann der Verhaftete ohne Unterbrechung in die Celdas de castigo gesperrt werden. Während dieser Zeit bekommt er besonders schlechtes Essen, darf er sich weder waschen noch rasieren, kämmen oder seine Zähne putzen. Er darf nicht singen, nicht laut reden, nicht lesen oder schreiben, das Rauchen ist verboten, und weder seine Familie noch sein Anwalt dürfen ihn besuchen. Gewöhnlich wird er in dieser Zeit von einem Gerichtsmediziner untersucht, der dann bescheinigt, daß an dem Gefangenen keine äußerlichen Merkmale einer Folter festzustellen sind. Diese Untersuchung findet jedoch frühestens nach 15 Tagen Isolationshaft statt.

Bei dem Militärgerichtsverfahren, das diese Gefangenen erwartet, haben die Anwälte so gut wie keine Rechte. Jederzeit können sie durch Pflichtverteidiger, die das Gericht bestellt, ersetzt werden. Die Beweise, die von den Anwälten in den Militärprozessen vorgelegt wurden, haben die faschistischen Richter einfach beiseite gefegt. So hat z. B. der Anwalt des Genossen Baena 36 Beweise für die Unschuld des Angeklagten angeführt, darunter ein ballistisches Gutachten. Alle wurden als „kindisch" abgelehnt, der Genosse zum Tode verurteilt und von einem Mordkommando hingerichtet.



„Rettet das Leben der zum Tode Verurteilten!" Demonstration vor dem Mord an den fünf Genossen

Wo ist das Grab von Hans Beimler?

Donnerstag. Heute fahre ich nach Fuencarral, einem kleinen Dorf nördlich von Madrid. Auf dem Friedhof dieses Dorfes liegen viele Interbrigadisten, die im Kampf für Spaniens Freiheit gefallen sind. Mit dem Auto erreicht man den Ort in wenigen Minuten. Die neuen Hochhäuser von Madrid sind fast bis an das Dorf herangewachsen. Als wir von der Autobahn abbiegen, sehen wir schon von weitem den Friedhof, eine weiße Mauer und den Turm der Kapelle. Schlanke dunkelgrüne Zypressen säumen die Friedhofsmauer. Das Dorf liegt einige Kilometer entfernt. Unter der brennenden Sonne fahren wir den schmalen staubigen Weg hinauf, um den auf einem Hügel gelegenen Friedhof zu erreichen.

Hier hat sich das Gras in der großen Hitze schon bräunlich verfärbt. Dazwischen leuchten violette Blumen, die wie Krokusse aussehen. Der Friedhof liegt wie ausgestorben da. Mein Begleiter zweifelt daran, daß er heute überhaupt noch benutzt wird. „Wir können von Glück sagen", meint er, „wenn wir da hineinkommen."

Aber er irrt sich. Als wir das Auto verlassen, sehen wir drei alte Männer in der Pforte stehen. Einer von ihnen trägt eine Mütze mit einem Abzeichen. Er ist wohl der Wächter hier. Ich wende mich an ihn. Er ist vielleicht 60 Jahre alt und trägt einen schmalen Oberlippenbart. Eine nicht gerade sympathische Erscheinung, denke ich.

„Wo kann ich hier die Gräber der Deutschen finden", frage ich, „das Grab von Hans Beimler."

„Solche Gräber gibt es hier nicht", antwortet er barsch.

Einer der beiden anderen Männer schaltet sich in das Gespräch ein. Er nimmt mich zur Seite, zieht mich weiter in den Friedhof hinein. Jetzt kann ich sehen, daß hier Umbauarbeiten stattfinden und daß es auch frische Gräber gibt.



Der Friedhof bei Fuencarral zur Zeit der Republik: Ruhm den gefallenen Genossen!

„Ja, hier waren sie, die Gräber der Deutschen", sagt der alte Mann, „damals in der Republik. Der ganze Friedhof war ein Massengrab. Aber heute? Einige Angehörige haben ihre Toten in die Heimat überführen lassen. Die meisten sind jedoch geblieben. Man hat sie auch gar nicht identifizieren können. Seit 1950 wurden dann die Gräber zur Wiederbenutzung verkauft."

Interessiert fragt er mich, ob ich Angehörige suche. Als ich ihm sage, daß ich das Grab von Hans Beimler suche, wird er noch freundlicher. „Wer war dieser Hans Beimler", fragt er.

„Er war ein deutscher Kommunist", sage ich, „einer, der in den Reihen der Interbrigaden gegen den Faschismus kämpfte und im Kampf sein Leben verloren hat."

„Ich war auch ein Roter", sagt der Alte freundlich lächelnd, „ich bin es bis heute geblieben. Damals habe ich auch in den Interbrigaden gekämpft, im Bataillon Ernst Thälmann. Mit 17 Jahren bin ich dort eingetreten. Mein Bataillon war nach dem Führer der Kommunistischen Partei Deutschlands benannt." Ob



Hans Beimler an der Spitze des Thälmann-Bataillons

ich ihn kenne, will er wissen. Zweimal ist mein Gesprächspartner verwundet worden. Aber das war nicht so schlimm, sagt er. Viele Soldaten hat es gegeben in den Interbrigaden. Aus allen Ländern kamen sie, mutig und heldenhaft haben sie gekämpft.

„Es war aber nicht so einfach in den Interbrigaden. Wir konnten ja nicht sprechen miteinander. So haben wir uns mit der Zeichensprache verständigt. Ich konnte keine andere Sprache, deshalb war ich meistens mit den spanischen Genossen zusammen. Viel Blut ist in den Schlachten um Madrid geflossen, und die Faschisten haben viel mehr Menschen ermordet, als sie zugeben", flüstert er mir leise zu.

Gemeinsam gedenken wir der Genossen, die so heldenhaft die Freiheit gegen den wütenden Angriff der Faschisten verteidigt haben. Ich will noch ein Foto von dem Friedhof machen, damit ich den Genossen zu Hause zeigen kann, wo die Gräber unserer Toten waren. Der mit dem Oberlippenbärtchen, der die ganze Zeit nur einige Meter neben uns gestanden hat, zischt mich an: „Es ist verboten, hier zu fotografieren."

Der alte Genosse fordert ihn freundlich auf, doch wegzusehen, während ich die Bilder mache. Und zu mir sagt er: „Schnell, stell dich hinter das Auto und fotografiere einfach. Ist doch klar, daß du eine Erinnerung mitnehmen mußt." Aber der andere greift sofort ein. Ohne die Bilder muß ich den Friedhof verlassen. Natürlich, die Faschisten sind wütend. Sie sehen, daß sie auch durch das Umpflügen der Gräber der Kämpfer für die Republik das Andenken dieser Helden im Volk nicht zerstören können. Das Volk wird sie nie vergessen, und wenn es eines Tages die Macht ergriffen hat, wird es ihnen würdige Denkmäler setzen. Bewegt verlasse ich den Friedhof. Es ist eine Schande, wie die Faschisten das Andenken der besten Töchter und Söhne des spanischen Volkes und der Arbeiterklasse aus allen Ländern mit Füßen treten.

Ein Arbeiter von der PCE

Am Abend nehmen mich die Genossen zu einem Treffen mit einem Mitglied der PCE mit. Auf einer Demonstration der Revisionisten, bei der die Partei Propaganda gemacht hat, war er mit den Genossen ins Gespräch gekommen und hatte Interesse an der Politik der Partei gezeigt.



Carrillo stößt sich an der Einheit des Volkes den Kopf blutig

Jetzt weist er darauf hin, daß er schon seit zwölf Jahren Mitglied der PCE ist. Viele Jahre hat er illegal gearbeitet. Er ist ein klassenbewußter Arbeiter, der fest entschlossen ist, für die Sache seiner Klasse zu kämpfen und im Kampf auch etwas zu riskieren. Was die Leute von der FRAP und von der PCE/ML sagen, erscheint ihm einleuchtend. Er ist auch für die Republik und solidarisch mit allen, die gegen den Faschismus kämpfen.

Die Genossen zeigen ihm, daß er mit dieser Haltung im Widerspruch steht zu den Revisionisten um den Erzverräter Carrillo. Die paktieren heute mit der Diktatur, und sie wollen die Verfolgung der Revolutionäre. Um mit diesem Arbeiter seine hauptsächliche Frage, nämlich was denn die Revisionisten davon haben, wenn sie den Kampf des Volkes verraten, genauer diskutieren zu können, will man beim nächsten Treffen einige Texte von Lenin und Stalin hinzuziehen.

Er will die Schriften gründlich studieren. Die Fragen, die er heute mit den Genossen diskutiert hat, wird er auch in seine Grundorganisation tragen. Viele sehen dort auch, daß er mit seinen Ansichten recht hat.

(Diese Reportage wird im „Roten Morgen" Nr. 5 fortgesetzt).



Vor der Fabrik . . .

Im Unterricht über Schleyer gesprochen

Eine ganze Schulklasse wird zum Verhör geschleppt

Eine ganze Mädchenklasse der Frankfurter Elisabethschule mußte letzten Monat im Polizeipräsidium antreten. Eins nach dem anderen wurden die Mädchen von der politischen Polizei ins Verhör genommen. Der Grund? Gegen eine Lehrerin wird aufgrund einer Denunziation ermittelt, und die Herren vom Staatsschutz wollten offensichtlich aus den Schülerinnen „Beweise" herausholen.

Und welches Verbrechen wird der Lehrerin vorgeworfen? So unglaublich es klingen mag: Sie ist nur deshalb Gegenstand von Ermittlungen geworden, weil sie im Unterricht darauf hingewiesen hat, daß Schleyer „wichtige Funktionen in der SS gehabt hat", weil sie weiter den Schülerinnen erklärt hat, nach dem Urteil des Nürnberger Gerichts wäre die SS eine „verbrecherische Organisation".

Das reicht also heute schon. Nicht nur dafür, eine Lehrerin zu denunzieren und zu bespitzeln, sondern auch dazu, eine ganze Schulklasse in die Schnüffeleien einzubeziehen und eine Anklage wegen „Billigung von Straftaten" vorzubereiten. Billigung von Straftaten! Man muß sich das einmal vorstellen. Die verbrecherische Organisation, deren aktives Mitglied dieser Schleyer war, hat unter dem deutschen Volk, unter den Völkern Europas die grausamsten und blutigsten Massaker angerichtet.

Aber verfolgt werden in diesem Staat nicht etwa diejenigen, die immer dreister diese Verbrechen öffentlich billigen wie die ganze braune Brut der Neonazis. Ja, verfolgt werden nicht einmal diejenigen, die diese Verbrechen begangen haben oder an ihnen beteiligt waren. Der SS-Mann Schleyer, der es im Bonner Staat zu höchsten Ehren brachte, war ja selbst einmal ein lebendiges Beispiel dafür. Verfolgt werden diejenigen, die einen alten SS-Mann beim Namen, die ein Verbrechen ein Verbrechen nennen.

Und das ist nicht etwa eine dienstliche Entgleisung einiger besonders fanatischer Staatsschützer. In Hamburg, der „Rote Morgen" berichtete darüber, bemühte sich der SPD-Schulsenator Apel persönlich, um den Lehrern der Hansestadt genau das zu verbieten, was ihre Frankfurter Kollegin jetzt getan hat, nämlich die Wahrheit über Schleyers Karriere beim Namen zu nennen. Und die gleichen Herren werden nicht müde, diesen Staat als den freiheitlichsten, den es je gegeben hat, anzupreisen. Aber ein Staat, der seinen Lehrern mit Strafverfolgung droht, wenn sie in den Schulen die einfachsten Wahrheiten sagen, ein solcher Staat ist alles andere als freiheitlich. Es wird doch immer deutlicher: Bonn nimmt Kurs auf ein neues '33.

In Frankfurt haben sich die Schüler und Lehrer der Elisabethen-Schule durch die unverschämten Schnüffeleien nicht einschüchtern lassen. Die Empörung über diesen Angriff wird immer stärker.

Im Fernsehen: *Panzerkreuzer Potemkin*



Auf der „Potemkin" beraten die aufständischen Matrosen mit den Abgeordneten der streikenden Arbeiter von Odessa.

Am 22. Januar zeigt das Zweite Deutsche Fernsehen um 10.30 Uhr zum 80. Geburtstag von Sergej Eisenstein den Film „Panzerkreuzer Potemkin". Wer ihn noch nicht kennt, sollte ihn sich ansehen. Der Film beschreibt den revolutionären Aufstand von Matrosen der russischen Flotte im Schwarzen Meer. Dieser Stummfilm wurde von Eisenstein zum zwanzigsten Jahrestag der russischen Revolution von 1905 fertiggestellt. Ein begeisterndes, revolutionäres Kunstwerk, das die gewaltige Kraft des Volkes, sein Heldentum, seinen Haß auf die Feinde und seinen festen Glauben an die Zukunft darstellt. Kein Film hat je eine solch unmittelbare revolutionäre Wirkung ausgeübt wie „Panzerkreuzer Potemkin". So nahmen sich im Jahre 1933 holländische Matrosen den Film zum Vorbild für ihren Aufstand auf dem Kriegsschiff „De zeven provincien". Die Bourgeoisie dagegen hat diesen Film immer gehaßt und verfolgt. Die Regierung der Weimarer Republik hat ihn zweimal verboten. Aus Furcht, wie die Zensurkommission dokumentiert: „Der Film beschreibt, besingt und predigt den Aufstand... Die Filmvorführungen bewirken, daß in breitesten Kreisen der deutschen Bevölkerung eine Umsturzstimmung hervorgerufen wird."

Nazis raus aus Bochum!



Unter dieser Parole rief die Partei in Bochum zum Protest gegen eine öffentliche Kundgebung der Faschisten in der Bochumer Innenstadt am 14. 1. 78 auf. 40-50 Neonazis hatten die Jungen Nationaldemokraten dort zusammengekarrt, um unter der Losung „Deutscher Sozialismus vernichtet den Marxismus" Pogromhetze gegen Kommunisten und andere fortschrittliche Menschen zu betreiben. Wie üblich unter dem massiven Schutz der Polizei!

Genossen der Partei und andere Antifaschisten sorgten mit Sprechchören dafür, daß von den Hetzreden der Faschisten nichts zu hören war. Genossen, die vor und während der Faschistenkundgebung Flugblätter der Partei verteilten, berichten, daß die Empörung der Passanten über diese Faschistenprovokation sehr groß war.

* * *

Die NPD-Faschisten sind dabei, ihre Bundeszentrale nach Wattenscheid in die Günnigfelder Straße zu verlegen. Vor einigen Wochen wurden die empörten Wattenscheider Zeugen, als Männer mit schwarzen Hosen und Hemden, in ledernen Schaftstiefeln — in der Uniform der SS — aus dem Haus kamen. Und auf dem Hof steht neben einigen Wagen des Toilettenwagenverleihers Heinz Heilmann, der den Bau offensichtlich erworben hat, ein VW mit faschistischen Emblemen bemalt. In einem Flugblatt der Partei dazu heißt es: „Eins ist sicher: Freiwillig werden die Faschisten nicht aus unserer Stadt verschwinden. Hier kommt es auf uns alle an, die wir nicht bereit sind, diesem faschistischen Treiben tatenlos zuzuschauen. Schließen wir uns zusammen im Kampf und begegnen wir gemeinsam dieser faschistischen Provokation: Nazis raus aus Bochum!"

Bild oben: Während der Aktion gegen die Faschisten wurden auch mehrmals Flugzettel mit der Aufschrift „Tod dem Faschismus" geworfen. Unten: Das Flugblatt der Partei zeigt die Faschistenzentrale in Günnigfeld: „Heute so... morgen?... NIEMALS!"

15. Januar 1919: Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg



Trauer um den ermordeten Karl Liebknecht. Holzschnitt von Käthe Kollwitz.

Am 15. Januar 1919 ermordeten Reichswehr-Offiziere feige und hinterhältig die beiden unvergeßlichen Führer des deutschen Proletariats Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Karl Liebknecht wurde in Berlin-Tiergarten erschossen, Rosa Luxemburg zusammengeschlagen und in den Landwehrkanal geworfen. Auf die beiden Führer der KPD hatte die Bourgeoisie ihren ganzen Haß konzentriert, weil sie die Arbeiter Deutschlands zur proletarischen Revolution aufriefen und organisierten. Die SPD zeigte bei diesem Mord ihr sozialfaschistisches Gesicht. Es war der sozialdemokratische „Vorwärts", der Tage vor der Ermordung durch Hetze und Verleumdungen zu dieser Bluttat aufrief und nach dem Mord die Sprachregelung „Liebknecht auf der Flucht erschossen, Rosa Luxemburg von der Menge getötet" unter den Arbeitern zu verbreiten versuchte. Die direkte Zusammenarbeit Noskes mit den Mördern wurde im Prozeß verwischt. Aber die revolutionären Arbeiter werden diese blutige Schmutzarbeit der Sozialdemokratischen Partei nie vergessen. „Gegen Leute, die so handeln wie die deutschen Offiziere bei der Ermordung Liebknechts und Rosa Luxemburgs, gegen Leute vom Schlage der Stinnes und Krupp, die die Presse kaufen — gegen solche Leute sind wir gezwungen, Gewalt und Terror anzuwenden." (Lenin) In diesem Geist wird die deutsche Arbeiterklasse den Mord an ihren Führern rächen!

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag
G. Schneider
Postfach 30 05 26
4600 Dortmund 30

ROTER MORGEN

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. .....

○ für 1 Jahr ○ für 1/2 Jahr ○ Probenummer

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Unterschrift: .... Datum: ....

(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Die Zahlung erfolgt:

○ jährlich **DM 30,00** ○ halbjährlich **DM 15,00** ○ vierteljährlich **DM 7,50**

Die jeweiligen Gebühren sind im voraus nach Erhalt der Rechnung zu überweisen auf das Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 — 465 oder Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements).

Besuchen Sie die Parteibüros der KPD/ML!

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML, REDAKTION „ROTER MORGEN", 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92.

5100 **AACHEN**, Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 25. Öffnungszeiten: Mo, Mi u. Fr 16.30-18.30, Sa 10.00-13.30 Uhr.

4800 **BIELEFELD**, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31, Tel.: 0521 / 17 74 04. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9-12 Uhr.

4630 **BOCHUM**, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 51 15 37. Öffnungszeiten: Mo, Di, Do, Fr 16.00-18.30, Mi 17.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 39 38 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

4600 **DORTMUND** 30 (Hörde) Buchladen „Roter Morgen", Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 u. 43 36 92. Öffnungszeiten: Mo-Fr 9-12 u. 14-18, Sa 9-14 Uhr.

4100 **DUISBURG** 1 (Hochfeld), Buchladen „Roter Morgen", Paulusstr. 36, Tel.: 0203 / 6 47 96. Öffnungszeiten: Fr 16.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.

4300 **ESSEN** (Altendorf), Buchladen „Roter Morgen", Helenenstr. 35, Tel.: 0201 / 62 42 99. Öffnungszeiten: Mi u. Do 16.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.

6000 **FRANKFURT**, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78, Tel.: 0611 / 43 75 95. Öffnungszeiten: Di-Fr 16.30-18.30, Sa 10-13 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen", Schulterblatt 98, Tel.: 040 / 4 30 07 09. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

3000 **HANNOVER**, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511 / 44 51 62. Öffnungszeiten: Di-Fr 17-19, Sa 9-13 Uhr.

2300 **KIEL** 1, Buchhandlung „Roter Morgen", Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 56 77 02. Öffnungszeiten: Mo-Do 9-13 u. 15-18, Fr 9-13 u. 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

5000 **KÖLN** 91 (Kalk), Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221 / 85 41 24. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

6700 **LUDWIGSHAFEN** (Friesenheim), Parteibüro der KPD/ML, Ruthenstr. 1, Tel.: 0621 / 69 71 09. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9.30-13.00 Uhr.

2400 **LÜBECK**, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451 / 7 69 39. Öffnungszeiten: Mo, Mi u. Fr 16.30-18.30 Uhr.

4400 **MÜNSTER**, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16, Tel.: 0251 / 6 52 05. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11-14 Uhr.

7000 **STUTTGART** 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 43 23 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

8000 **MÜNCHEN** 2, Buchladen „Roter Morgen", Maistr. 69, Tel.: 089 / 53 59 87. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 WESTBERLIN 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10, Tel.: 030/4652807. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.